

ifo Dresden berichtet

Aktueller Kommentar

- *Joachim Ragnitz*
Warum wächst die Wirtschaft in Ostdeutschland nicht schneller?

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Wolfgang Nierhaus*
Deutschlandprognose 2011: Aufschwung in langsamerem Tempo
- *Stefan Arent, Alexander Eck, Michael Kloß und Robert Lehmann*
Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2010/2011: Normalisierung der Konjunktur
- *Katja Baum und Björn Ziegenbalg*
Evaluierung der Ergebnisse der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg
- *Christos Evangelinos und Sebastian Ebert*
Zur Erreichbarkeit regional-ökonomischer Zentren: Die Messbarkeit verkehrlicher Anbindungsqualität

Im Blickpunkt

- *Michaela May und Joachim Ragnitz*
Verkehrsinfrastruktur im Freistaat Sachsen

ifo Dresden berichtet

18. Jahrgang (2011)

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 1/2011

Aktueller Kommentar

Warum wächst die Wirtschaft in Ostdeutschland nicht schneller?

3

Joachim Ragnitz

Aktuelle Forschungsergebnisse

Deutschlandprognose 2011: Aufschwung in langsamerem Tempo

5

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

Die deutsche Wirtschaft hat ihren vor mehr als einem Jahr begonnenen Aufholprozess mit hoher Dynamik fortgesetzt. Nachdem die Impulse dafür zunächst aus dem Ausland gekommen waren, gewann die Binnenwirtschaft 2010 mehr und mehr an Bedeutung. Besonders wichtig war dafür der Investitionsanreiz, der aus einem historisch niedrigen Zinsniveau resultierte. Im Jahr 2011 bleiben die Konjunkturampeln in Deutschland auf Grün, das Bruttoinlandsprodukt dürfte – bei einem 67-%-Unsicherheitsintervall von 1,4 % bis 3,4 % – um 2,4 % steigen. Entscheidend hierfür wird voraussichtlich die Entwicklung der heimischen Nachfrage sein. Bei alledem ist zu erwarten, dass sich die Beschäftigungssituation weiter verbessert. Die Arbeitslosenquote dürfte auf 7,0 % sinken.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2010/2011: Normalisierung der Konjunktur

14

Stefan Arent, Alexander Eck, Michael Kloß und Robert Lehmann

Das Jahr 2010 war auf gesamtdeutscher Ebene geprägt durch einen rasanten Aufschwung. Solch eine Entwicklung zeigte sich mit unterschiedlicher Intensität in allen Gebietskörperschaften. Während die Auftriebskräfte zunächst aus dem Außenhandel kamen, wurde die Binnennachfrage zunehmend wichtiger für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Insbesondere das Verarbeitende Gewerbe zog die ostdeutsche bzw. sächsische Wirtschaft aus der tiefen Rezession des Jahres 2009. Der vorliegende Beitrag präsentiert die Ergebnisse der aktuellen ifo Dresden Konjunkturprognose. Für Ostdeutschland (einschließlich Berlin) wird für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ein Anstieg von 2,8 % (2010) bzw. 2,0 % (2011) erwartet. Das Wirtschaftswachstum im Freistaat Sachsen dürfte in beiden Jahren etwas stärker ausfallen als im ostdeutschen Durchschnitt. Die Zahl der erwerbstätigen Personen wird voraussichtlich sowohl in Sachsen als auch in Ostdeutschland um rund 0,6 % expandieren.

Evaluierung der Ergebnisse der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg

23

Katja Baum und Björn Ziegenbalg

Mit der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung im Land Brandenburg im Jahr 2005 wurde eine stärkere regionale und sektorale Fokussierung der Wirtschaftsförderung durchgesetzt. Die nunmehr 14 förderintensiven Branchenkompetenzfelder (BKF) verfügen in Brandenburg über besondere Entwicklungspotenziale. Zahlreiche Förderprogramme auf Landesebene wurden deshalb zielgerichteter auf diese BKF ausgerichtet. Der vorliegende Artikel gibt einen Überblick über die Entwicklung der Beschäftigten und des Umsatzes im Wirtschaftsraum Brandenburg sowie der einzelnen BKF in den Jahren 2005 bis 2009. Zusätzlich werden die Förderprogramme des Landes Brandenburgs systematisch auf ihre Verwendung untersucht.

Zur Erreichbarkeit regional-ökonomischer Zentren: Die Messbarkeit verkehrlicher Anbindungsqualität

33

Christos Evangelinos und Sebastian Ebert

Die infrastrukturelle Anbindung von Städten oder Regionen innerhalb des gesamten Verkehrsnetzes eines Landes bestimmt nachhaltig, in welchem Maße diese am gesamtwirtschaftlichen Wachstum partizipieren können. Unzureichend vorhandene Verkehrsinfrastruktur führt zu Wohlfahrtseinbußen; Output und Produktivität der Wirtschaft werden entscheidend durch die Akkumulation von Infrastrukturkapital beeinflusst. Globalisierung und zunehmend überregionaler Wettbewerb stellen folglich nicht nur hohe Anforderungen an die Effektivität von Infrastrukturnetzen in Städten und Regionen, sondern insbesondere auch an deren Anbindungsqualität untereinander. Wie der vorliegende Beitrag zeigt, bestehen trotz der enormen Investitionen in die ostdeutsche Verkehrsinfrastruktur in den letzten 20 Jahren bezüglich verkehrlicher Anbindungsqualität weiterhin signifikante Unterschiede zu Westdeutschland.

Im Blickpunkt

Verkehrsinfrastruktur im Freistaat Sachsen

40

Michaela May und Joachim Ragnitz

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur gilt als eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Zwar ist eine günstige Verkehrsanbindung einer Region allein nicht ausreichend; eine eingeschränkte Erreichbarkeit ist jedoch durch Vorteile bei anderen Standortfaktoren kaum zu kompensieren. Insbesondere in peripher gelegenen Regionen – und hierzu gehört auch der Freistaat Sachsen – ist ein guter Ausbauzustand der Verkehrsinfrastruktur bedeutsam, um bestehenden Lagenachteile auszugleichen. Wenngleich viele Regionen Sachsens bereits sehr gut an das überregionale Verkehrsnetz angeschlossen sind, fallen einige Randgebiete noch immer ab und liegen bei verschiedenen Erreichbarkeitsindikatoren deutlich unter dem sächsischen Durchschnitt.

Daten und Prognosen

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2010

45

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

47

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

49

Aus der ifo Werkstatt

ifo Veranstaltungen

52

ifo Vorträge

52

ifo Veröffentlichungen

53

ifo intern

54

Warum wächst die Wirtschaft in Ostdeutschland nicht schneller?

Joachim Ragnitz*

Seit etwa Mitte der 1990er Jahre liegen die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland nur in etwa gleich hoch wie in Westdeutschland: Von 1995 bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008 betrug das Wirtschaftswachstum in den neuen Ländern im Schnitt lediglich 1,7 % pro Jahr, in Westdeutschland waren es 1,6 % (jeweils ohne Berlin). Die kräftige Steigerung der wirtschaftlichen Leistungskraft, erkennbar an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen, hat sich ganz offenkundig nicht in einem höheren gesamtwirtschaftlichen Wachstum niedergeschlagen. Stattdessen wurde die Beschäftigung stark reduziert.

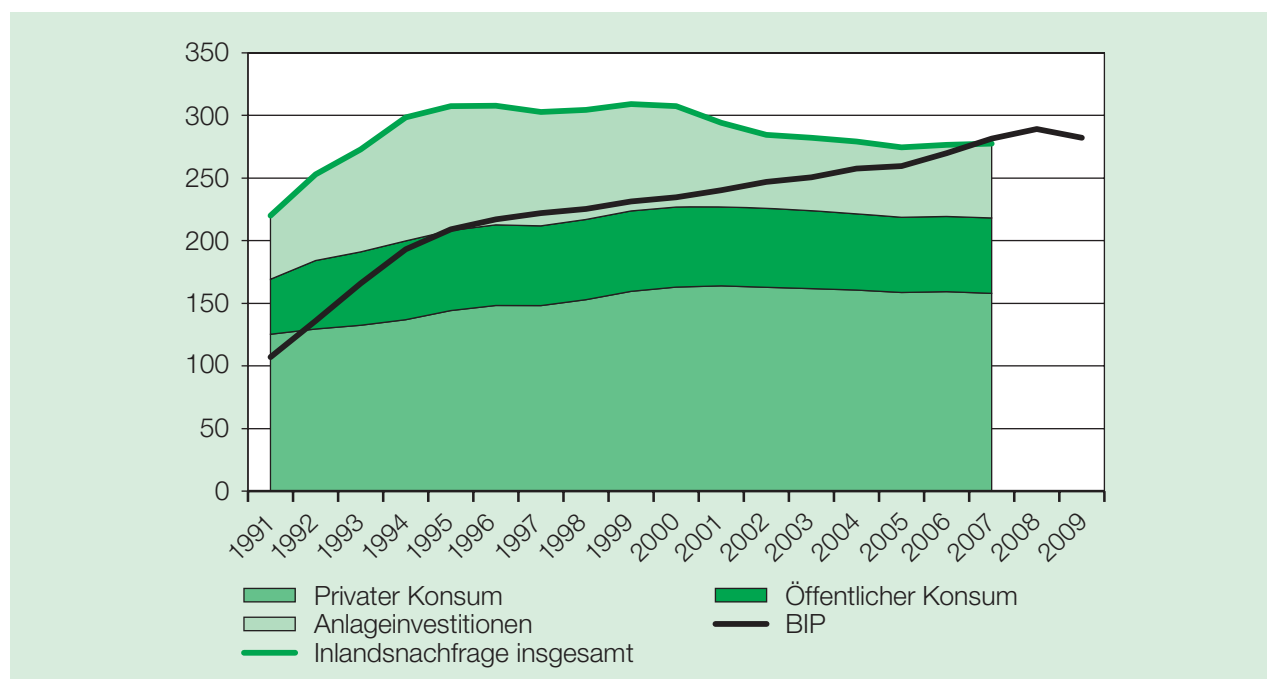
Für die unbefriedigende Wachstumsdynamik in den ostdeutschen Ländern werden gemeinhin strukturelle Faktoren als Begründung angeführt, so der hohe Anteil kleinerer Unternehmen mit großenbedingten Kostennachteilen, die starke Ausrichtung der Industrie auf die Produktion von Vorleistungsgütern oder auch die Dominanz von eher nachgelagerten Teilen der Wertschöpfungskette. Bislang unberücksichtigt blieb aber die Nachfrageseite. Tatsächlich ist die unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland aber auch

darauf zurückzuführen, dass die Binnennachfrage in den neuen Ländern in den vergangenen Jahren mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht einmal annähernd Schritt gehalten hat. Dies wiederum hat – wie im Folgenden gezeigt wird – ganz entscheidend mit der hohen Transferabhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft zu tun.

Wie Abbildung 1 zeigt, ist die Binnennachfrage in Ostdeutschland von 1995 bis 2007 – aktuellere Angaben liegen bisher nicht vor – preisbereinigt um rund 10 % zurückgegangen. Dies reflektiert zu einem erheblichen Teil die Verringerung der Bevölkerungszahl (um 7 % seit 1995) aufgrund von Abwanderung und Geburtendefizit; auch je Einwohner gerechnet, war die Entwicklung der Inlandsnachfrage in den neuen Ländern im Betrachtungszeitraum jedoch negativ (–3 %). Grund dafür ist vor allem ein massiver Rückgang der Investitionen – was nicht verwundert, ist der transformationsbedingte Aufbau eines neuen Kapitalstocks in Ostdeutschland doch

* Dr. Joachim Ragnitz ist Managing Director der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt und Inlandsnachfrage in Ostdeutschland (ohne Berlin, in Mrd. €)



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

im Laufe der 1990er Jahre allmählich zum Ende gekommen. Aber auch die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (und damit deren Konsumausgaben) sind deutlich schwächer gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt insgesamt. Damit fehlten auch von dieser Seite expansive Impulse.

Ein Grund für die schwache Dynamik der Binnennachfrage ist darin zu sehen, dass diese zu einem erheblichen Teil durch öffentliche Transferzahlungen gestützt ist. Aktuell belaufen sich die öffentlichen Leistungen, die die neuen Länder vom Bund, über den Länderfinanzausgleich und über die Sozialversicherungssysteme erhalten, nach Abzug von Steuern und Beitragseinnahmen auf rund 60 Mrd. € jährlich – knapp ein Fünftel der gesamten Inlandsnachfrage in Ostdeutschland. Davon entfällt nur ein kleiner Teil auf die sogenannten „wachstumsrelevanten“ Ausgaben, die primär der Verbesserung des Angebotspotenzials der ostdeutschen Wirtschaft dienen sollen. Der weit überwiegende Teil ist eher verteilungspolitisch motiviert oder dient der Erfüllung öffentlicher Aufgaben in den neuen Ländern: So liegt der Anteil der monetären Sozialleistungen des Staates an den verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland bei rund 40 % (Westdeutschland: 27 %), und auch die Einnahmen der Länderhaushalte in Ostdeutschland bestehen zu 43 % aus Finanztransfers von außen (Westdeutschland: 13 %).

Infolge der Einbindung Ostdeutschlands in die gesamtdeutschen Solidarsysteme sind die in die neuen Länder fließenden Gelder in einem hohen Maße von der Entwicklung der dortigen Wirtschaftskraft abhängig: Verbessert sich die wirtschaftliche Lage in den neuen Ländern im Vergleich zum Westen, so reduzieren sich die (Netto)Zahlungen, die Ostdeutschland aus Westdeutschland erhält. Mit anderen Worten: Eine Zunahme der selbst erwirtschafteten Einkommen in Ostdeutschland wird in ihren Wirkungen auf die Binnennachfrage zumindest zum Teil durch eine Verringerung der Transferleistungen abgeschwächt. Nimmt man hinzu, dass Ostdeutschland seit der Jahrtausendwende auch im privaten Bereich Nettokapitalexporteur ist, also Kaufkraft

verliert, so erklärt dies die schwache Entwicklung der heimischen Nachfrage in den vergangenen Jahren – und auch, dass gerade die auf die Regionalmärkte orientierten Wirtschaftsbereiche seit Mitte der 1990er Jahre sich nur unterdurchschnittlich entwickelt haben.

Wenn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Ostdeutschland seit Mitte der 1990er Jahre trotzdem um fast 20 % gestiegen ist, resultiert dies allein aus der Veränderung von Importen und Exporten (die in diesem Fall die Lieferungen von und nach Westdeutschland einschließen). Ostdeutschland bezieht seit jeher mehr Waren und Dienstleistungen aus anderen Regionen als es selbst dorthin verkauft und finanziert diesen „Verbrauchsüberhang“ mit öffentlichen und privaten Kapitalzuflüssen. In den vergangenen fünfzehn Jahren haben jedoch die Importe ab- und die Exporte zugenommen, sodass sich der negative „Außenbeitrag“ zum BIP von ehemals 50 % des Bruttoinlandsprodukts auf nur noch 10 % reduzierte. Ostdeutsche Hersteller können somit inzwischen einen größeren Teil der gesamten Inlandsnachfrage aus eigener Produktion decken als es Mitte der 1990er Jahre der Fall war, was sich positiv auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ausgewirkt hat.

Die nach wie vor hohe Transferabhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft stellt auch deswegen ein Problem dar, weil diese Zahlungen in Zukunft weiter abnehmen werden: Zum einen, weil eine Reihe von Zahlungen gesetzlich fixiert und ihr Abbau bereits beschlossen ist (Solidarpakt II), zum anderen, weil künftige Verbesserungen der wirtschaftlichen Situation in den neuen Ländern zu einer Verringerung der Transfers führen dürften (Länderfinanzausgleich, Sozialtransfers). Dies wird über eine Dämpfung der Nachfrage auf die wirtschaftliche Dynamik zurückwirken. Immerhin: Ein starkes Zurückfallen der ostdeutschen Wirtschaft ist auch ausgeschlossen, weil die nach dem Solidarprinzip organisierten Umverteilungssysteme eben dies verhindern. Von einer „selbsttragenden“ Entwicklung kann jedoch erst dann gesprochen werden, wenn die Abhängigkeit von Transferzahlungen soweit abgebaut ist, dass auch eigenständige Entwicklungspfade möglich sind.

Deutschlandprognose 2011: Aufschwung in langsamerem Tempo¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltkonjunktur, die im Winterhalbjahr 2009/10 sehr kräftig war, hat seit dem Frühjahr 2010 an Schwung verloren. Das im Rahmen des ifo World Economic Survey erhobene Weltwirtschaftsklima deutet für das vierte Quartal 2010 eine weitere Abschwächung der weltwirtschaftlichen Dynamik an. Der Indikator befindet sich allerdings weiterhin über seinem langfristigen Durchschnitt. Die Entwicklung ist in einzelnen Wirtschaftsräumen und Ländern sehr unterschiedlich. Während sich die Expansion in den Schwellenländern bereits seit Jahresbeginn 2010 abgeflacht hat, haben die Industrieländer erst ab Jahresmitte zunehmend an Dynamik eingebüßt.

Der konjunkturelle Tempoverlust hat unterschiedliche Ursachen. So haben die Schwellenländer nach einer sehr raschen Erholung bereits im Sommer 2010 ihren längerfristigen Trendpfad wieder überschritten. Die aktuell beobachtete Abschwächung des Produktionszuwachses geht vor allem auf restriktive Maßnahmen der Geld- und Fiskalpolitik zurück, um aufkommenden Inflationsdruck zu dämpfen und Übertreibungen an den Immobilien- und Kapitalmärkten entgegenzuwirken. In den Industrieländern liegt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung hingegen weiterhin deutlich unterhalb des Vorkrisenniveaus. Anhaltende strukturelle Probleme im Finanz- und Immobiliensektor sowie der starke Konsolidierungsdruck auf Grund der hohen privaten und öffentlichen Verschuldung belasten die gesamtwirtschaftliche Aktivität und verhindern eine rasche Rückkehr auf das Vorkrisenniveau.

Die Stimmung an den internationalen Finanzmärkten bleibt angespannt. Die Sorgen um die stark gestiegenen Budgetdefizite und Schuldenstände der Industrieländer und die damit einhergehenden Zweifel an der Zahlungsfähigkeit insbesondere einiger Länder der Euroraum-Peripherie bestimmen das Geschehen. So sind die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen der betroffenen Länder trotz der Einrichtung von umfangreichen Rettungsmechanismen durch die europäische Staatengemeinschaft, den INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS und die EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK weiter angestiegen.

Im Prognosezeitraum wird die konjunkturelle Dynamik der Weltwirtschaft voraussichtlich abnehmen, und zwar sowohl in den Industrieländern als auch in den Schwellenländern. Unterstützt wird diese Prognose durch das ifo Weltwirtschaftsklima, das in allen wichtigen Regionen zurückgegangen ist. In denjenigen Ländern, in denen keine strukturellen Verwerfungen die wirtschaftliche Erholung behindert haben, hat die zwischenzeitliche außergewöhnliche Tempoerhöhung dazu geführt, dass der krisenbedingte Einbruch weitgehend wettgemacht worden ist. Dort dürfte die Konjunktur daher im Jahr 2011 in eine gemäßigte Gangart zurückschalten, zumal die Wirtschaftspolitik bereits vielerorts auf einen restriktiven Kurs eingeschwenkt ist. In denjenigen Ländern dagegen, die unter Strukturproblemen leiden, sind die Möglichkeiten der Stimulierung durch die Politik vielfach ausgereizt. Daher dürften die schmerzhaften, aber notwendigen Anpassungsprozesse dort weiter den wirtschaftlichen Fortgang bestimmen und das Expansionstempo drücken. Es ist insbesondere damit zu rechnen, dass in den USA und Japan eine Schwächephase beginnt, die durch die notwendigen Konsolidierungsbemühungen des privaten und öffentlichen Sektors in Reaktion auf ihre hohe Verschuldung geprägt ist. Dies gilt in noch größerem Maße für die Länder der europäischen Peripherie, die bislang in den Genuss erheblicher Kapitalimporte gekommen waren, nun aber mit engeren Budgetbeschränkungen leben müssen.

Insgesamt ist damit zu rechnen, dass sich die weltweite Produktion im Jahr 2010 um 4,7 % und im Jahr 2011 um 3,6 % ausweitet. Der Welthandel dürfte im Jahr 2010 voraussichtlich um 11,8 % zugenommen haben und damit den Einbruch des Vorjahres nahezu wettmachen. Im laufenden Jahr wird er nur noch halb so schnell steigen.

Ein besonderes Risiko für die Prognose geht von den anhaltenden Spannungen an den Märkten für europäische Staatsanleihen aus. Die Basisprognose unterstellt, dass die von der europäischen Staatengemeinschaft beschlossenen Krisenmechanismen restriktiv gehandhabt werden und nicht zu einer Voll-

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Referent am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

kaskoversicherung ohne Selbstbehalt ausarten. Eine solche Entwicklung würde Deutschland seines Zinsvorteils berauben und den Kapitalexport wieder in Gang setzen, der die deutsche Investitionskonjunktur unter dem Euro bislang erheblich beeinträchtigt hat. Ein weiteres Risiko für die Entwicklung der Weltkonjunktur liegt in einer erneuten deutlichen Korrektur der Immobilienpreise in den USA. Ein ähnliches Bedrohungspotenzial ergibt sich schließlich zunehmend auch für den chinesischen Immobilienmarkt.

Ausblick für Deutschland

In Deutschland hat sich im vergangenen Jahr der konjunkturelle Aufholprozess mit hoher Dynamik fortgesetzt. Im Verlauf der ersten drei Quartale 2010 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer Rate von annualisiert 4,8 % zu. Damit steuert die deutsche Wirtschaft, die über viele Jahre Schlusslicht im Euro-Raum gewesen war, nunmehr überdurchschnittliche Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt der Währungsunion bei.

Die Impulse für die deutsche Wirtschaft kamen überwiegend aus dem Inland. Besonders wichtig war der Investitionsanreiz, der aus einem historisch niedrigen Zinsniveau resultierte. Da die Investoren das Risiko von Auslandsanlagen nunmehr deutlich höher einschätzen als vor der Finanzkrise, gewannen Anlagemöglichkeiten im Inland erheblich an Attraktivität. In der Konsequenz haben sich die Kreditkonditionen im Inland entspannt, während für Kredite an die europäische Peripherie hohe Zinsaufschläge verlangt werden. Dies reduzierte die Kreditnachfrage in diesen Ländern, doch erhöhte sie in Deutschland. Der Schub bei der Binnennachfrage, den die zusätzlichen Investitionen bedeuteten, war im vergangenen Jahr der bei weitem größte Wachstumstreiber. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die Lohnzurückhaltung des vergangenen Jahrzehnts, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und damit die Standortqualität Deutschlands wieder verbessert hat. Nach Jahren der binnenwirtschaftlichen Nachfrageschwäche stand das Jahr 2010 daher im Zeichen einer neuen Binnenkonjunktur.

Im laufenden Jahr bleiben die Konjunkturampeln in Deutschland auf Grün; das konjunkturelle Expansionstempo wird dabei aber wohl merklich geringer sein als im abgelaufenen Jahr. Zum einen werden die weltwirtschaftlichen Impulse im Jahr 2011 schwächer, da die Gegenreaktion auf den globalen Einbruch bei Produktion und Welthandel mittlerweile weitgehend abgeschlossen sein dürfte. Der Außenhandel wird da-

her, anders als im vergangenen Jahr, keinen nennenswerten Beitrag zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts liefern. Die Exporte werden voraussichtlich zwar immer noch beachtlich steigen, die Importe dürften aber kaum langsamer ausgeweitet werden. Zum anderen schwenkt die Bundesregierung mit der Umsetzung des Zukunftspakets auf einen Konsolidierungspfad ein. Durch den Abbau von Subventionen, Kürzungen bei Sozialleistungen und eine höhere indirekte Besteuerung sollen im Bundeshaushalt 2011 knapp 11 Mrd. € eingespart werden. Zudem wird in der gesetzlichen Krankenversicherung gespart. Da schließlich auch die Stimuli aus den Konjunkturprogrammen entfallen, geht von der Finanzpolitik 2011 ein merklich restriktiver Impuls auf die Konjunktur aus, was die Wirtschaftsdynamik insbesondere zu Jahresanfang etwas dämpft.

Durch die Konsolidierungsanstrengungen werden vor allem die privaten Haushalte belastet; es kommt aber nicht zu einem Rückgang der realen verfügbaren Einkommen. Zudem schafft die fiskalische Konsolidierung und die fortlaufende Besserung des Arbeitsmarkts bei den privaten Haushalten Vertrauen, was positiv auf die Ausgabenneigung ausstrahlt.

Die Investitionen werden voraussichtlich weiter merklich steigen, maßgeblich befördert durch die historisch niedrigen Zinsen, die insbesondere beim privaten Wohnungsbau als Turbo wirken dürften. Zugleich hat die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre die Standortqualität Deutschlands wieder verbessert, was neben der veränderten Risikoeinschätzung der Kapitalanleger als ein wesentlicher Grund für den starken Aufschwung bei den Investitionen angesehen werden kann. Allerdings fehlen die – wegen des Auslaufens der degressiven Abschreibungsregel – in das Jahr 2010 vorgezogenen Investitionsprojekte.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2011 – bei einem 67-%-Unsicherheitsintervall von 1,4 % bis 3,4 % – um 2,4 % expandieren. Der Großteil dieser Zunahme, nämlich 86 %, dürfte dabei auf einen Anstieg der Binnennachfrage zurückzuführen sein. Bemerkenswert ist, dass die Produktion in Deutschland dann zum zweiten Jahr in Folge stärker als die Produktion im Euroraum zulegen wird.

Getragen von der guten konjunkturellen Entwicklung, den positiven Geschäftsaussichten und der günstigen Kostensituation der Unternehmen wird sich der Beschäftigungsaufbau im laufenden Jahr voraussichtlich fortsetzen. Nachdem die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im vergangenen Jahr überwiegend Leiharbeiter eingestellt haben, dürften nun-

mehr auch die Stammebelegschaften ausgeweitet werden. Auch werden wohl wieder vermehrt sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen geschaffen. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Jahresdurchschnitt 2011 um 300.000 Personen sinken.

Im Gefolge des Aufschwungs werden die Verbraucherpreise etwas anziehen, mit voraussichtlich 1,7 % wird die Inflationsrate aber unter dem Preisziel der EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK (EZB) bleiben. Das staatliche Budgetdefizit, das im Jahr 2010 in Relation zum nominalen

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^a				
Private Konsumausgaben	0,7	-0,2	0,5	1,4
Konsumausgaben des Staates	2,3	2,9	2,1	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	2,5	-10,1	6,4	4,8
Ausrüstungen	3,5	-22,6	9,8	8,7
Bauten	1,2	-1,5	4,2	2,1
Sonstige Anlagen	6,5	5,6	6,5	5,6
Inländische Verwendung	1,2	-1,9	2,9	2,1
Exporte	2,5	-14,3	14,8	7,4
Importe	3,3	-9,4	14,2	7,4
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,0	-4,7	3,7	2,4
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	40.276	40.271	40.475	40.801
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.268	3.424	3.242	2.943
Arbeitslosenquote ^c (in %)	7,8	8,2	7,7	7,0
Verbraucherpreise ^d (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,6	0,4	1,1	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ^e				
in Mrd. €	2,8	-72,7	-87,3	-59,5
in % des Bruttoinlandsprodukts	0,1	-3,0	-3,5	-2,3
<i>Nachrichtlich:</i>				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,3	-4,0	1,7	1,7
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^f (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	3,3	0,3	1,5	1,4
1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – d) Verbraucherpreisindex (2005=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95) – f) HVPI-EWU (2005=100).				

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit (2010); 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.

Bruttoinlandsprodukt 3,5 % betrug, wird im laufenden Jahr aufgrund der anhaltend guten Konjunktur, der Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des Zukunftspakets und der Sparmaßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung auf 2,3 % sinken.

Annahmen der Prognose

- Der Ölpreis wird im Prognosezeitraum 87 US-\$ pro Barrel betragen.
- Der Wechselkurs des Euro liegt im Durchschnitt des Jahres 2011 bei 1,33 US-\$.
- In der Europäischen Währungsunion (EWU) kommt es zu keinen krisenhaften Zuspitzungen, die die Stabilität des Währungsraums als Ganzes gefährden.
- Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum kontraktiv ausgerichtet. Zur Rückführung des staatlichen Budgetdefizits werden die im „Zukunftspaket“ enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt. In der gesetzlichen Krankenversicherung treten die beschlossenen Sparmaßnahmen in Kraft.

Deutsche Ausfuhr trotz der Eurokrise

Die realen Exporte sind im Verlauf des Jahres 2010 kräftig gestiegen. Hierzu haben vor allem die Ausfuhren nach China, Südostasien und die USA beigetragen. Deutsche Kraftfahrzeuge erfreuten sich in diesen Regionen besonderer Beliebtheit. In die asiatischen Länder wurden außerdem vermehrt elektrische Ausrüstungen und Maschinen geliefert. Ferner zogen die Metallausfuhren (vor allem Roheisen, Stahl und Edelmetalle) in die USA stark an. Alles in allem dürften die Exporte im Jahr 2010 um 14,8 % gestiegen sein.

Im weiteren Prognosezeitraum führt die weltweit schwächere Industriekonjunktur dazu, dass sich der Welthandel im Vergleich zu 2010 langsamer ausweiten wird. Das Expansionstempo der deutschen Ausfuhren dürfte deshalb deutlich niedriger als zuvor ausfallen. Trotz der Schuldenprobleme der GIPS-Länder (Griechenland, Irland, Portugal und Spanien) sind vom Euroraum alles in allem keine stark dämpfenden Effekte zu erwarten. Die wichtigsten EWU-Handelspartner Deutschlands wie Frankreich, die Niederlande und Österreich dürften nämlich im Zuge der fortschreitenden konjunkturellen Erholung vermehrt deutsche Investitions- und Vorleistungsgüter nachfragen. Allerdings werden die Lieferungen nach Südostasien und China nicht mehr ganz so kräftig expandieren. Aufgrund der deutlichen Dämpfung in den USA dürften die von dort ausgehenden Impulse auf den deutschen

Export nur noch gering sein. Insgesamt dürften die Exporte im Jahr 2011 um 7,4 % zunehmen.

Lebhafte inländische Nachfrage nach Ausrüstungsgütern

Die Ausrüstungsinvestitionen haben sich im Jahresverlauf 2010 kräftig erholt. Nachdem sie 2009 im Jahresdurchschnitt um mehr als 22 % eingebrochen waren, legten sie in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres jeweils mit zweistelligen Jahresraten zu. Die inländische Nachfrage nach Ausrüstungsgütern reicht derzeit nahezu an das Niveau vom Frühjahr 2006 heran, als sich die deutsche Wirtschaft in der Anfangsphase eines kräftigen Aufschwungs befand. Die positive Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen wird im vierten Quartal voraussichtlich angehalten haben. Einen zusätzlichen Impuls erhalten sie von den degressiven Abschreibungsregeln, die Teil der Konjunkturpakete der Bundesregierung sind und zum Jahresende auslaufen. Dies dürfte im Gegenzug eine Schwächephase zu Beginn dieses Jahres nach sich ziehen. Allerdings wird diese Zurückhaltung wohl nur von kurzer Dauer sein und die Unternehmen werden im weiteren Verlauf von 2011 wieder vermehrt Maschinen, Geräte und Fahrzeuge nachfragen.

Gestützt wird die Prognose durch verschiedene Konjunkturindikatoren. So waren die Bestellungen aus dem Inland, die bei den Investitionsgüterherstellern eingegangen sind, zuletzt weiterhin nach oben gerichtet. Insbesondere die Produzenten von Datenverarbeitungsgeräten und elektrischen Ausrüstungen verzeichneten wieder steigende Auftragseingänge, doch war die Nachfrage bei den Maschinenbauern weniger lebhaft. Letzteres kann als Vorzeichen für eine Schwächephase zu Beginn von 2011 gedeutet werden. Dennoch bleibt das Investitionsklima positiv. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe – das besonders durch die globale Rezession getroffen wurde – entspricht den Angaben der Unternehmen zufolge nahezu dem langjährigen Durchschnittswert. Der Anteil der Befragungsteilnehmer, die ihre vorhandenen technischen Kapazitäten als zu groß erachten, hat merklich abgenommen. Mit weiter steigender Kapazitätsauslastung und günstigen Ertragsperspektiven dürften die Unternehmen die Investitionstätigkeit ab Frühjahr 2011 daher wieder vermehrt ausweiten. Die positive Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen wird von der Finanzierungsseite insgesamt nicht behindert. In 2010 dürften die Ausrüstungsinvestitionen um jahresdurchschnittlich knapp 10 % zugelegt haben. Es ist zu erwarten, dass sich diese positive Entwicklung im Jahr 2011 fortsetzen wird. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften dann nochmals um annähernd 9 % steigen.

Bauinvestitionen werden ausgeweitet

Die Bauinvestitionen gingen 2009 im Jahresdurchschnitt um 1,5 % zurück. Im vergangenen Jahr dürften sie aber wieder zum Aufschwung der deutschen Wirtschaft beigetragen haben. Nach witterungsbedingten Produktionsausfällen im Winter 2009/10 wurde die Bautätigkeit im Frühjahr kräftig ausgeweitet. Das im zweiten Vierteljahr 2010 erreichte Niveau der Bauinvestitionen konnte im Sommer nahezu gehalten werden und auch im Herbst dürften sich keine wesentliche Änderung ergeben haben.

Die **Wohnungsbauinvestitionen** sind in den ersten beiden Quartalen 2010 gestiegen. Im dritten Quartal verlangsamte sich das Expansionstempo zwar deutlich und auch zum Jahresende dürften die Wohnungsbauinvestitionen nur sehr moderat zugenommen haben. Die positive Grundtendenz dürfte aber erhalten bleiben. Denn die Baugenehmigungen sind in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen und die Auftragseingänge haben merklich zugelegt. Die Finanzierungsbedingungen dürften günstig bleiben, auch wenn sich die Hypothekenzinsen zuletzt etwas erhöht haben. Zudem stützen die weiterhin positive Entwicklung am Arbeitsmarkt und steigende Reallöhne die Wohnungsbaunachfrage. Im Jahr 2010 haben die Wohnungsbauinvestitionen um etwa 5,4 % zugenommen, im Jahr 2011 dürften sie um 2,6 % zulegen.

Nachdem die **Wirtschaftsbauinvestitionen** in der ersten Jahreshälfte 2010 sehr kräftig zugelegt hatten, verzeichneten sie im dritten Quartal ein deutliches Minus. Auch im Herbst- und Winterquartal wird die Nachfrage voraussichtlich noch gedämpft gewesen sein, bevor sie sich im Frühjahr 2011 spürbar beleben dürfte. Darauf deuten die Baugenehmigungen hin, die sich zwar stabilisiert haben, aber noch kein deutliches Anziehen erkennen lassen. Auch die Ergebnisse der ifo Architektenbefragung für den Gewerbebau weisen auf eine zögerliche Erholung hin. Ursache hierfür sind die weiterhin günstige Entwicklung der Geschäfte bei den Dienstleistungsunternehmen und eine steigende Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe. Die günstigen Finanzierungsbedingungen im laufenden Jahr dürften ebenfalls einen deutlich positiven Impuls für Gewerbebauprojekte liefern. Alles in allem nehmen die gewerblichen Bauinvestitionen im Jahr 2011 um etwa 3 % zu (2010: knapp 2 %).

Der **öffentliche Nichtwohnungsbau** expandierte im Frühjahr 2010 kräftig und konnte die witterungsbedingten Ausfälle des ersten Quartals mehr als wettmachen. Im Sommer folgte ein weiteres Plus, das allerdings bei weitem nicht so stark war wie im Frühjahr. Da die Impulse aus den beiden Konjunkturpaketen nachlassen dürften, ist auch für das Schlussquartal 2010 damit zu rechnen, dass die Investitionen lediglich mo-

derat ausgeweitet wurden. Es ist absehbar, dass die öffentlichen Bauinvestitionen im laufenden Jahr sinken. Zwar wird sich die Finanzsituation der Kommunen infolge steigender Gewerbesteuererlöse voraussichtlich wieder etwas entspannen, doch werden die Bauinvestitionen wohl nicht das hohe derzeitige Niveau halten können. Insbesondere für den Tiefbau kündigen die klar rückläufigen Auftragseingänge eine deutliche Abschwächung an. Aber auch die erteilten Baugenehmigungen im Hochbau haben bereits zu Jahresbeginn 2010 ihren Gipfel erreicht und nehmen seither ab. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen der öffentlichen Hand in 2010 um etwa 4 % gestiegen sein, im Jahr 2011 dürften sie um etwa 2 % sinken.

Die gesamten Bauinvestitionen haben im vergangenen Jahr zum Aufschwung beigetragen. In diesem Jahr laufen die Konjunkturpakete aus, die auf die öffentlichen Bauinvestitionen gezielt haben. Diese Entwicklung dürfte aber durch lebhaftere Investitionen im Wohnungsbau und im Gewerbebau mehr als ausgeglichen werden. Im Jahr 2011 werden die Bauinvestitionen voraussichtlich um 2,1 % steigen.

Privater Konsum steigt weiter

Der reale private Konsum ist in der ersten Jahreshälfte 2010 fortlaufend gestiegen. Maßgeblich für diese Entwicklung war zum einen, dass zu Jahresanfang die realen Masseneinkommen (Nettolöhne und monetäre Sozialleistungen) spürbar zugenommen haben. Zu Buche schlugen die Anhebung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags, die erhöhte Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen sowie die Erhöhung des Grundfreibetrags im Einkommensteuer-Tarif. Zum anderen blieb der Preisauftrieb moderat. Gleichwohl wurden die höheren verfügbaren Realeinkommen zunächst nur teilweise verausgabt, auch weil die aufgrund der Abwrackprämie in das Jahr 2009 vorgezogenen Pkw-Käufe nunmehr fehlten. Die Sparquote stieg merklich.

In den Sommermonaten 2010 setzte sich der konjunkturelle Anstieg des realen privaten Konsums fort. Von der Entwicklung der real verfügbaren Einkommen sind im dritten Quartal geringere Impulse ausgegangen. Bei den Arbeitnehmereinkommen schlug die Steuerprogression zu Buche. Bei den Transfereinkommen machte sich bemerkbar, dass die Altersrenten, anders als im Jahr 2009, nicht angehoben worden sind. Dämpfend wirkte auch die leichte Beschleunigung des Preisauftriebs. Gestützt wurde die Konsumkonjunktur dagegen von einer tendenziell nachgebenden Sparquote. Den bisher vorliegenden Frühindikatoren zufolge dürften die realen

Konsumausgaben auch im Jahresendquartal saisonbereinigt weiter gestiegen sein. Im Verlauf des Jahres 2010 dürfte der reale private Konsum um 1,7 % zugenommen haben. In der Jahresdurchschnittsbetrachtung zeichnet sich aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus nur eine Zunahme in Höhe von 0,5 % ab.

Im Verlauf des Jahres 2011 dürfte der private Konsum trotz der staatlichen Sparmaßnahmen weiter steigen, das Expansionstempo wird aber wohl geringer als im vergangenen Jahr sein. Die Bruttolöhne und -gehälter werden voraussichtlich mit 3,3 % beschleunigt steigen; netto ergibt sich jedoch ein geringeres Plus (2,8 %), weil die Progression voll greift. Ferner wird der von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu gleichen Teilen getragene Beitragssatz für die gesetzliche Krankenversicherung von derzeit 14,9 % wieder auf das vor der Finanz- und Wirtschaftskrise geltende Niveau von 15,5 % angehoben. Außerdem wird der ebenfalls temporär abgesenkte Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 2,8 % auf 3,0 % erhöht. Die monetären Sozialleistungen dürften im Jahr 2011 sinken (-0,2 %). Zum einen gehen die Arbeitslosigkeit und damit die daran gekoppelten Transferleistungen deutlich zurück. Zum anderen kommen die Sparmaßnahmen der Bundesregierung zum Tragen: So werden bei der Arbeitslosenversicherung Pflichtleistungen durch Ermessensleistungen ersetzt sowie der befristete Zuschlag beim Arbeitslosengeld II abgeschafft. Für diesen Empfängerkreis werden außerdem die bisher vom Staat übernommenen Rentenversicherungsbeiträge gestrichen. Zudem wird das Elterngeld für bestimmte Empfängergruppen gekürzt oder ganz gestrichen. Gegenzurechnen ist, dass die gesetzlichen Altersrenten zur Jahresmitte wohl wieder etwas steigen werden.

Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen werden mit voraussichtlich knapp 4 % stärker als im abgelaufenen Jahr zunehmen (1,5 %). Insgesamt ist damit zu rechnen, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nominal um 2,8 % zulegen werden, real um 1,2 %. Die Sparquote dürfte leicht sinken. Hierfür sprechen nicht nur die guten Einkommensperspektiven und die erhöhte Arbeitsplatzsicherheit, sondern auch die niedrigen Zinsen, die die Bereitschaft zur Aufnahme von Konsumentenkrediten befördern dürften. Hinzu kommen Vertrauenseffekte im Gefolge der staatlichen Konsolidierungsanstrengungen. Der reale private Konsum dürfte im Jahresdurchschnitt 2011 um 1,4 % steigen.

Verbraucherpreisanstieg leicht beschleunigt

Das Verbraucherpreisniveau ist im abgelaufenen Jahr unter Schwankungen insgesamt verhalten gestiegen, im

November war der Verbraucherpreisindex saisonbereinigt um 1,5 % höher als vor einem Jahr. Hierzu trugen maßgeblich die höheren Preise für Energie und hier insbesondere für leichtes Heizöl und Kraftstoffe bei. Aber auch die Preise für saisonabhängige Nahrungsmittel wie Gemüse und Obst zogen aufgrund ungünstiger Witterung stark an. Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des IFO INSTITUTS der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln ausgeschlossen ist, betrug im November 0,9 %. Dabei verteuerten sich Nahrungsmittel (ohne Saisonwaren) um 1,1 %.

Im Prognosezeitraum dürfte das Verbraucherpreisniveau leicht beschleunigt steigen. So wird die bessere Verbrauchskonjunktur allmählich auf die Kernrate wirken. Hinzu kommt, dass die der Ölpreisentwicklung mit Verzögerung folgenden Gaspreise und die Umlagen für Fernwärme steigen werden. Auch bei Strom ist mit deutlichen Tarifierhöhungen zu rechnen. Auslöser ist nicht zuletzt die Anhebung der Umlage für erneuerbare Energien. Sie steigt von 2,05 auf 3,53 Cent je Kilowattstunde. Zudem dürften die Zusatzkosten aus der Brennelementesteuer und des Energiefonds an die Verbraucher weitergegeben werden. Außerdem wird bei Ticketkäufen eine nach Entfernung gestaffelte Luftverkehrssteuer fällig. Ab Mai wird zudem die Tabaksteuer angehoben, um energieintensive Unternehmen bei der Ökosteueranhebung nicht ganz so stark belasten zu müssen. Schließlich wird die Finanznot vieler Gemeinden zu höheren Preisen und Gebühren für kommunale Dienstleistungen führen. Alles in allem dürfte das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2010 um 1,1 % gestiegen sein; im Jahr 2011 zeichnet sich eine Inflationsrate von 1,7 % ab.

Beschäftigung weiter auf Rekordkurs

Im Verlauf des vergangenen Jahres wurden für die Erwerbstätigkeit neue Rekordwerte verzeichnet. Die Zurückhaltung bei den Lohnsteigerungen des vergangenen Jahrzehnts machte sich schon im vergangenen Boom und in der Krise des Jahres 2009 bemerkbar, schlägt aber nun im Wirtschaftsaufschwung vollends zu Buche. Aktuell zeigt sich dies darin, dass die Erwerbstätigkeit spürbar ausgeweitet wurde, obwohl die Kurzarbeit deutlich zurückgefahren wurde. Der Rückgang der Kurzarbeit entsprach dabei einem Beschäftigungsäquivalent von etwa 200.000 Vollzeitstellen. Aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit, die durch die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre entstanden war, konnten die deutschen Exporteure in besonderem Maße vom weltweiten Aufholprozess profitieren und Beschäftigung aufbauen.

Bis zum Oktober 2010 nahm die Erwerbstätigkeit im Verlauf um knapp 340.000 Personen (0,8 %) zu. Dabei ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis September sogar um gut 410.000 gestiegen und lag damit 1,7 % über dem Vorjahresmonat. Dieser Arbeitsplatzaufbau erstreckte sich auf nahezu alle Wirtschaftszweige. Den größten Anstieg verzeichnete die Leiharbeitsbranche (+190.000). Damit trug sie mit 0,7 Prozentpunkten zum Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei. Auch in den Dienstleistungsbereichen, insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen wurden vermehrt Arbeitsplätze geschaffen. Allerdings lag die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe, dem die Leiharbeiter nicht hinzugerechnet werden, immer noch unter dem Vorjahresmonat. Insgesamt war der Wachstumsbeitrag der anderen Bereiche ohne Leiharbeit mit gut 1 % ebenfalls deutlich positiv.

Die Beschäftigungsausweitung in den Dienstleistungsbranchen führte dazu, dass bis zur Jahresmitte 2010 vorwiegend Teilzeitstellen entstanden. Diese lagen im September um 3,9 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Damit trugen sie – wie schon in den vorangegangenen Monaten – mit etwa 0,7 Prozentpunkten zum Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei. Allerdings führte der Aufschwung nach und nach auch zu einem vermehrten Aufbau von sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung. Da Teilzeitstellen schneller ausgeweitet werden als Vollzeitstellen, steigt die Teilzeitquote derzeit weiter.

Trotz der weiter steigenden Teilzeitquote zog die durchschnittliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen im Jahresverlauf 2010 deutlich an. Dies ist vor allem auf den Wegfall der Kurzarbeit und einen Aufbau von Überstunden zurückzuführen. Dabei wurde das Arbeitsvolumen um 2,6 % ausgeweitet. Die Zahl der Arbeitslosen nahm bis zum November im Verlauf um 270.000 ab. Auch rückläufig war die „Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne“, bei der auch Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Langzeitarbeitslose über 58 Jahre, die ohne Aussicht auf Beschäftigung sind, erfasst werden. Zudem hat sich die Zahl der Arbeitssuchenden, die nicht als Arbeitslose registriert sind – dies sind vor allem Personen in unsicheren Erwerbsverhältnissen –, deutlich reduziert.

Im vierten Quartal 2010 dürfte die Kapazitätsauslastung in der Industrie weiter zugelegt haben, was dort die Vollzeitbeschäftigung steigen ließ. Vor allem die Leiharbeit ist dabei weiter ausgeweitet worden. Dafür spricht, dass die Zahl der gemeldeten Stellen für Arbeitnehmerüberlassungen bis zum November weiter zugenommen hat und nun bei etwa 130.000 liegt.

Auch für die Stammebelegschaft im Verarbeitenden Gewerbe, in den Dienstleistungsbereichen, in der Bauwirtschaft sowie im Handel wurden im November deutlich mehr gemeldete Stellen verzeichnet als vor einem Jahr. Alles in allem wird die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Jahr 2010 um 265.000 Personen gestiegen sein. Die Erwerbstätigkeit insgesamt nahm dabei nur um 204.000 (0,5 %) zu, da die Zahl der Minijobs etwas zurückging. Die Arbeitslosigkeit dürfte dabei im Jahresdurchschnitt 2010 um 180.000 Personen gesunken sein.

Getragen von der guten konjunkturellen Entwicklung wird sich der Beschäftigungsaufbau im Jahr 2011 fortsetzen. Zudem sinken die realen Lohnstückkosten. In der Industrie werden die Kapazitäten stärker ausgelastet, und die Nachfrage nach Arbeitskräften dort wird weiter steigen. Nachdem die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im vergangenen Jahr überwiegend Leiharbeiter eingestellt haben, dürfte in diesem Jahr auch die Stammebelegschaft ausgeweitet werden. Auch am Bau ist zu erwarten, dass die Beschäftigung steigt. Insgesamt werden wieder vermehrt sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen geschaffen. Im Dienstleistungsbereich dürften die Zuwächse annähernd stabil bleiben, und die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung wird wohl weiterhin schneller zunehmen als die Vollzeitbeschäftigung. Daher steigt auch die Teilzeitquote weiter. Alles in allem wird sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Jahr 2011 um 370.000 erhöhen. Bei stagnierender Beschäftigung in Minijobs steigt die Erwerbstätigkeit insgesamt um 325.000 (0,8 %). Im Jahresverlauf ergibt sich eine Zunahme um rund 220.000 auf einen Höchststand von knapp 41 Mill. Personen am Ende des Prognosezeitraums.

Ausgehend von der günstigen Beschäftigungsentwicklung reduziert sich die Arbeitslosigkeit 2011 weiter. Die Entwicklung wird dabei von demographischen Faktoren gestützt, da immer mehr ältere Arbeitnehmer aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Allerdings wird ab Jahresmitte die Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für einige mittel- und osteuropäische EU-Länder aufgehoben, wodurch das Arbeitsangebot zunehmen dürfte. Zudem dürften vermehrt Personen aus der „Stillen Reserve“ – hierbei handelt es sich zu einem großen Teil um Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Insgesamt dürfte die Arbeitslosigkeit im Jahr 2011 um 300.000 Personen auf 2,94 Mill. zurückgehen. Im Jahresverlauf ergibt sich ein Rückgang in ähnlichem Umfang. Die Arbeitslosenquote sinkt im Jahresdurchschnitt 2011 auf 7,0 %.

Tabelle 2: Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen

	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland					
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	56.789	57.450	55.985	57.345	58.012
Erwerbstätige Inländer	39.651	40.216	40.171	40.364	40.688
Arbeitnehmer	35.215	35.783	35.762	35.938	36.248
darunter: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26.942	27.510	27.493	27.758	28.129
darunter: Geförderte SV-pflichtige Beschäftigung ^a	210	240	267	241	201
Marginal Beschäftigte	5.906	5.897	5.935	5.885	5.856
darunter: Minijobs	4.861	4.866	4.904	4.871	4.871
1-Euro-Jobs ^b	301	291	279	263	233
Selbständige	4.436	4.433	4.409	4.425	4.440
darunter: Geförderte Selbständige ^c	237	180	145	155	160
Pendlersaldo	73	60	100	112	112
Erwerbstätige Inland	39.724	40.276	40.271	40.475	40.801
Arbeitslose	3.777	3.268	3.423	3.242	2.943
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Teilnehmer § 46 SGB III	0	0	132	224	194
Trainingsmaßnahmen	77	81	39	1	0
Arbeitslosenquote ^f	8,7	7,5	7,9	7,4	6,7
Arbeitslosenquote BA ^d	9,0	7,8	8,2	7,7	7,0
Erwerbslose ^e	3.602	3.141	3.227	2.946	2.663
Erwerbslosenquote ⁷	8,3	7,2	7,4	6,8	6,1
Kurzarbeit					
	68	102	1.144	489	229
<p>a) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen, Personal-Service Agenturen, Eingliederungszuschuss, Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Eingliederungshilfen für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere. – b) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – c) Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – d) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – e) Definition der ILO. – f) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).</p>					

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit (2010); 2010 und 2011: Prognosen des ifo Instituts.

Staatsfinanzen im Jahr 2011 im Zeichen der Konsolidierung

Nachdem das gesamtstaatliche Budget in den Jahren 2007 und 2008 ausgeglichen war, führte die Wirtschaftskrise im Jahr 2009 zu einem Defizit in Höhe von 3,0 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Obwohl die automatischen Stabilisatoren für sich genommen in Folge des Wirtschaftsaufschwungs im Jahr 2010 für eine deutliche Konsolidierung des staatlichen Budgets sorgen, dürfte die Defizitquote noch einmal auf rund 3,5 % zugenommen haben.

Im laufenden Jahr schwenkt die Finanzpolitik auf einen Konsolidierungskurs um. Insbesondere die im Rahmen des Zukunftspakets verabschiedeten Maßnahmen sorgen dafür, dass der Staatshaushalt entlastet wird. Diese Politik wird durch die Wirkung der automatischen Stabilisatoren unterstützt. Das im Jahr 2010 noch steigende Finanzierungsdefizit des Staates wird so im Jahr 2011 bereits wieder deutlich zurückgehen und mit etwa 2,3 % des Bruttoinlandsprodukts unter der Grenze des Vertrages von Maastricht liegen.

Die gesamtstaatlichen Einnahmen werden dabei von gegenläufigen Maßnahmen getrieben sein, die insgesamt dazu führen, dass sowohl die Steuerquote, als auch der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge am Bruttoinlandsprodukt weitgehend stabil bleiben. So werden einerseits noch expansiv fiskalpolitische Maßnahmen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen wirken, die aufgrund von Verzögerungseffekten erst im laufenden Jahr ihre Wirkung vollständig entfalten. Andererseits erfolgen Konsolidierungsmaßnahmen, die das Steueraufkommen erhöhen dürften. Diese betreffen vor allem die Produktions- und Importabgaben. In dieser Prognose werden sowohl neu geschaffene Steuern (Kernbrennstoffsteuer, Luftverkehrssteuer, Brennelementesteuer, Bankenabgabe), sowie Erhöhungen bzw. Erweiterungen bereits existierender, überwiegend indirekter Steuern berücksichtigt. Die aktuell diskutierten Entlastungsmaßnahmen für Arbeitnehmer und Betriebe

werden in dieser Prognose nicht berücksichtigt, da diese voraussichtlich erst im Jahr 2012 greifen sollen.

Auch die Sozialabgaben werden durch gegenläufige Maßnahmen beeinflusst, sodass die Abgabenquote insgesamt weitgehend konstant bleibt. So wirkt die Anhebung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung für sich genommen Einnahmen erhöhend; allerdings dürften die von den Krankenkassen im Jahr 2010 erhobenen Zusatzbeiträge der Arbeitnehmer sinken. Darüber hinaus wird auch der Beitrag der Arbeitgeber für das Insolvenzgeld auf 0 % zurückgeführt, nachdem dieser im vergangenen Jahr auf 0,41 % angestiegen ist. Für die Empfänger von Arbeitslosengeld II entfallen die bisher von staatlicher Seite übernommenen Beiträge zur Rentenversicherung. Insgesamt dürfte der Anteil der Staatseinnahmen am Bruttoinlandsprodukt etwa 42,8 % betragen und damit nur geringfügig sinken.

Die strukturelle Konsolidierung 2011 erfolgt somit überwiegend über die Ausgabenseite. Die Staatsausgaben dürften mit einem Zuwachs von 0,3 % weitgehend konstant bleiben. Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt wird daher erneut deutlich – von 46,6 % im Jahr 2010 auf 45,1 % im Jahr 2011 – zurückgehen. Der wichtigste Konsolidierungsbeitrag wird durch die Reduktion der monetären Sozialleistungen erreicht. Diese werden um 0,7 % sinken, wozu die Sparmaßnahmen des Zukunftspakets beitragen. Insgesamt belaufen sich die Minderausgaben hier auf rund 3 Mrd. €. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung werden aufgrund der günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter zurückgehen.

Der staatliche Budgetsaldo wird von 3,5 % im Jahr 2010 auf 2,3 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2011 sinken und damit etwa 60 Mrd. € betragen.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2010, vgl. K. Carstensen, W. Nierhaus, K. Abberger, T. Berg, T. Buchen, C. Breuer, S. Elstner, C. Grimme, S. Henzel, N. Hristov, M. Kleemann, J. Mayr, W. Meister, G. Paula, J. Plenk, K. Wohlrabe und T. Wollmershäuser: ifo Konjunkturprognose 2011: Aufschwung setzt sich verlangsamt fort, in: ifo Schnelldienst, 24/2010, S. 18–68.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2010/2011: Normalisierung der Konjunktur

Stefan Arent, Alexander Eck, Michael Kloß und Robert Lehmann*

Die nach Überwindung der globalen Rezession 2008/2009 zunächst kräftig expandierende Weltwirtschaft hat seit dem Frühjahr 2010 an Schwung verloren. Der aktuellen Konjunkturprognose des IFO INSTITUTS zufolge wird die konjunkturelle Dynamik im Vorhersagezeitraum 2010/2011 sowohl in den Industrie- als auch den Schwellenländern weiter abnehmen. Während in vielen Schwellenländern die Politik zur Vermeidung konjunktureller Überhitzungstendenzen auf einen restriktiven Kurs eingeschwenkt ist, belasten in vielen Industrieländern anhaltende strukturelle Probleme im Finanz- und Immobiliensektor die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Insgesamt dürfte die weltweite Produktion im Jahr 2010 um 4,7 % zugenommen haben; für das Jahr 2011 ist mit einer Ausweitung um 3,6 % zu rechnen.

In Deutschland hat die Wirtschaft im Jahr 2010 einen rasanten Aufschwung hingelegt. Die Impulse für die deutsche Wirtschaft kamen dabei zunehmend aus dem Inland. Besonders wichtig war im Jahr 2010 der Investitionsanreiz, der aus einem historisch niedrigen Zinsniveau sowie der veränderten Risikoeinschätzung der inländischen Kapitalanleger resultierte. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg nach Angaben des STATISTISCHEN BUNDESESAMTES [vgl. STATISTISCHES BUNDESESAMT (2011a)] im Jahr 2010 um 3,6 %. Im Jahr 2011 bleiben die Konjunkturampeln in Deutschland auf Grün, wenngleich das konjunkturelle Expansionstempo mit 2,4 % wohl merklich geringer sein dürfte als im vergangenen Jahr [vgl. hierzu NIERHAUS (2011) auf den Seiten 5 bis 13 in dieser Ausgabe von ifo Dresden berichtet].

Es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung mit unterschiedlicher Intensität in allen Teilen Deutschlands bemerkbar macht; so auch in der ostdeutschen bzw. sächsischen Wirtschaft. Ausgehend von diesen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden nachfolgend die Ergebnisse der jüngsten ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen vorgestellt. Diese wurde am 17. Januar 2011 im Rahmen eines Pressegesprächs sowie als Pressemitteilung veröffentlicht. Zunächst wird die konjunkturelle Entwicklung Ostdeutschlands (einschließlich Berlin) analysiert. Darauf aufbauend werden Besonderheiten der sächsischen Wirtschaft erörtert. Der Beitrag schließt mit einigen Ausführungen zum sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarkt.

Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland

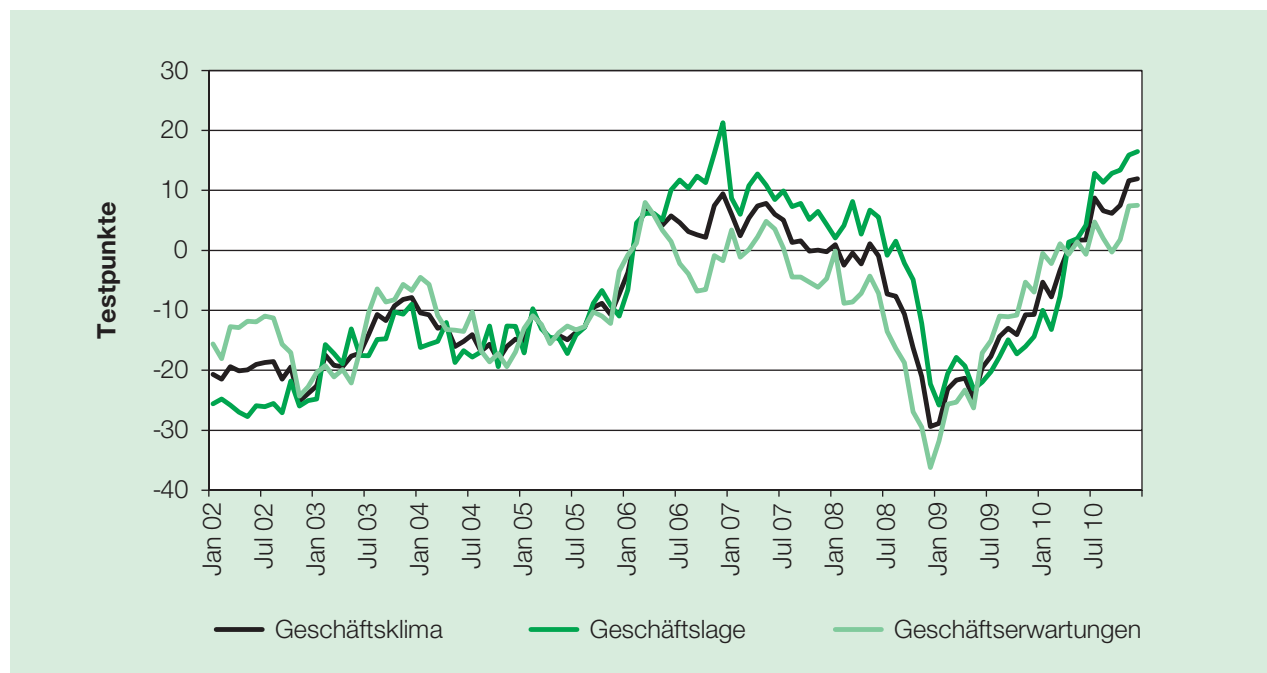
Halbjahresrechnung stimmt zuversichtlich

Nach ersten Angaben des ARBEITSKREISES VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,2 %. Dabei zeigte sich aber kein einheitliches Bild zwischen den einzelnen ostdeutschen Ländern. Während Thüringen (3,4 %) und Brandenburg (2,8 %) die höchsten Zuwachsraten aufwiesen, konnten insbesondere Sachsen-Anhalt (1,3 %) und Mecklenburg-Vorpommern (0,6 %) deutlich schwächer am gesamtwirtschaftlichen Aufschwung partizipieren. Dies hat mehrere strukturelle Gründe. Erstens ist die Industrie, in der konjunkturelle Schwankungen am stärksten auftreten, in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark vertreten. Zweitens bestehen Unterschiede mit Blick auf die Auslandsverflechtung, sodass die einzelnen ostdeutschen Länder unterschiedlich stark von der zunehmenden Auslandsnachfrage profitierten. So wies Mecklenburg-Vorpommern, gemessen an der Relation von Auslandsumsatz zu Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe¹, in den ersten elf Monaten des Jahres 2010 lediglich eine Exportquote von 26,7 % auf, während jene in Thüringen mehr als 31 % betrug [vgl. STATISTISCHES BUNDESESAMT (2011b)]. Drittens bestehen zwischen den einzelnen Bundesländern strukturelle Unterschiede in der Branchenstruktur des Verarbeitenden Gewerbes. Während in Sachsen der Fahrzeugbau eine herausragende Bedeutung hat, ist die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Sachsen-Anhalts maßgeblich durch die Chemische Industrie geprägt.

Den rasanten Aufschwung aus der Krise zeigen auch die Ergebnisse des vom ifo Institut monatlich durchgeführten ifo Konjunkturtests. Der Geschäftsklimaindex der gewerblichen Wirtschaft² Ostdeutschlands erreichte im Dezember 2010 einen neuen Höchststand seit Durchführung des ifo Konjunkturtests in den neuen Bundesländern (vgl. Abb. 1).

* Stefan Arent, Alexander Eck, Michael Kloß und Robert Lehmann sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

Abbildung 1: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen der gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands (saisonbereinigte Werte)



Quelle: ifo Konjunkturtest.

2010: Heimische Nachfrage im Jahresverlauf immer bedeutsamer

Auch die ostdeutsche Wirtschaft partizipiert am gegenwärtigen Aufschwung in Deutschland. Im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer (einschließlich Berlin) stieg der Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in den ersten elf Monaten des Jahres 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 11,3 % (vgl. Tab. 1).

Dabei ergaben sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Hauptgruppen. Während die Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten hohe Umsatzsteigerungen verbuchen konnten, zeigten sich bei den Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten geringere

Steigerungsraten. Im Jahresverlauf verschoben sich die Impulse dabei zunehmend zur heimischen Nachfrage, wodurch das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe wegen der stärkeren Binnenorientierung für sich genommen begünstigt wurde. Aufgrund des niedrigeren Anteils des Investitionsgütergewerbes ist davon auszugehen, dass das Verarbeitende Gewerbe in den ostdeutschen Bundesländern etwas weniger stark von dem Aufschwung profitierte als in Deutschland insgesamt. Alles in allem ist im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands 2010 mit einem Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 10,8 % zu rechnen (vgl. Abb. 2).

Das ostdeutsche Baugewerbe sah sich im Jahresverlauf 2010 einigen Beeinträchtigungen gegenüber. Ein

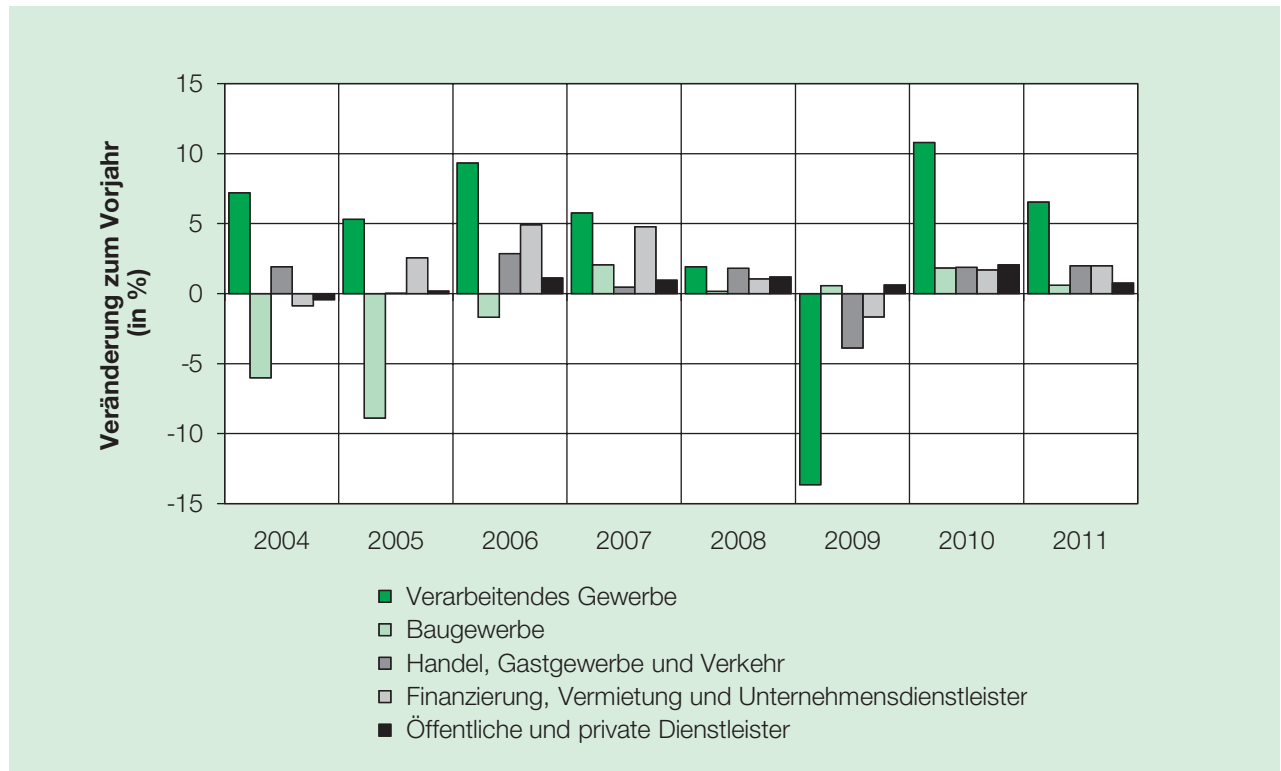
Tabelle 1: Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe: Ostdeutschland, Sachsen und Deutschland im Vergleich

Veränderungen zum Vorjahr in % ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)	Sachsen	Deutschland
Inlandsumsatz	10,0	7,6	9,9
Auslandsumsatz	13,8	16,0	18,9
Gesamtumsatz	11,3	10,6	13,9

a) Dargestellt sind die Veränderungsraten der im Zeitraum Januar 2010 bis November 2010 kumulierten Umsätze zu dem entsprechenden Wert im Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011b).

Abbildung 2: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (2010), 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.

verhältnismäßig strenger Winter führte dazu, dass die einzelnen Bausparten zu Beginn des Jahres erhebliche Umsatzrückgänge zu verzeichnen hatten. Diese Einbußen konnten aber im Sommer mehr als kompensiert werden. In der kumulativen Betrachtung der Erlöse im Bauhauptgewerbe in den ersten zehn Monaten des Jahres 2010 zeigten sich in allen Bereichen außer dem Straßenbau Steigerungen des baugewerblichen Umsatzes gegenüber dem Vorjahreszeitraum.³ Der Wohnungsbau (2,6 %) profitierte dabei von weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen sowie der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt. Im Wirtschaftsbau wurde vor allem die Erholung des Verarbeitenden Gewerbes spürbar (2,7 %). Weiterhin profitierte insbesondere das Ausbaugewerbe von verschiedenen Fördermaßnahmen, was sich in einer Umsatzsteigerung in den ersten drei Quartalen 2010 von 5,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum niederschlug. Aufgrund dieser Entwicklung dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Baugewerbe im Jahr 2010 voraussichtlich um 1,8 % über dem Vorjahresniveau liegen (vgl. Abb. 2).

Die industrienahen Bereiche des Großhandels profitierten im Jahr 2010 von der erhöhten Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe. In den ersten drei Quartalen erhöhte sich der nominale Umsatz gegenüber dem Vor-

jahreszeitraum um 10,1 %. Aus dem gleichen Grund dürfte sich auch der Verkehrssektor günstig entwickelt haben. Das Gastgewerbe sowie der Einzelhandel verzeichneten im Verlauf der ersten neun Monate des Jahres 2010 ebenfalls steigende Umsätze. Dies ist auf einen Anstieg der privaten Konsumausgaben aufgrund der verbesserten Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation zurückzuführen. Eine Sondersituation ergibt sich hingegen im Kfz-Handel, der nach dem Auslaufen der Umweltprämie im ersten Halbjahr 2010 starke Umsatzeinbußen verzeichnete. Mittlerweile hat er sich jedoch von seinem Tiefpunkt gelöst; dennoch ergibt sich in der Jahresbetrachtung ein deutlicher Umsatzrückgang. Für das gesamte Jahr 2010 dürfte der Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr in Ostdeutschland 1,9 % betragen.

Der Bereich Finanzierung, Vermietung und unternehmensnahe Dienstleistungen dürfte sich im Einklang mit den anderen Bereichen entwickelt haben. Insbesondere die Nachfrage nach unternehmensnahen Dienstleistungen dürfte durch den höheren Auslastungsgrad im Verarbeitenden Gewerbe gestiegen sein. Der Bereich Vermietung profitierte von einer Ausweitung der privaten Investitionsausgaben. Insgesamt ist von einem Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 1,7 % auszugehen.

Auch die öffentlichen und privaten Dienstleister profitierten vom allgemeinen gesamtwirtschaftlichen Aufschwung. Positive Impulse gingen insbesondere von der kontinuierlich gesteigerten Nachfrage nach Dienstleistungen im Bereich Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen aus. Für die privaten Dienstleister wirkten sich vor allem die steigenden Konsumausgaben infolge der Verbesserung der Arbeitsmarktsituation positiv aus. Insgesamt erhöhte sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung schätzungsweise um 2,0 %.

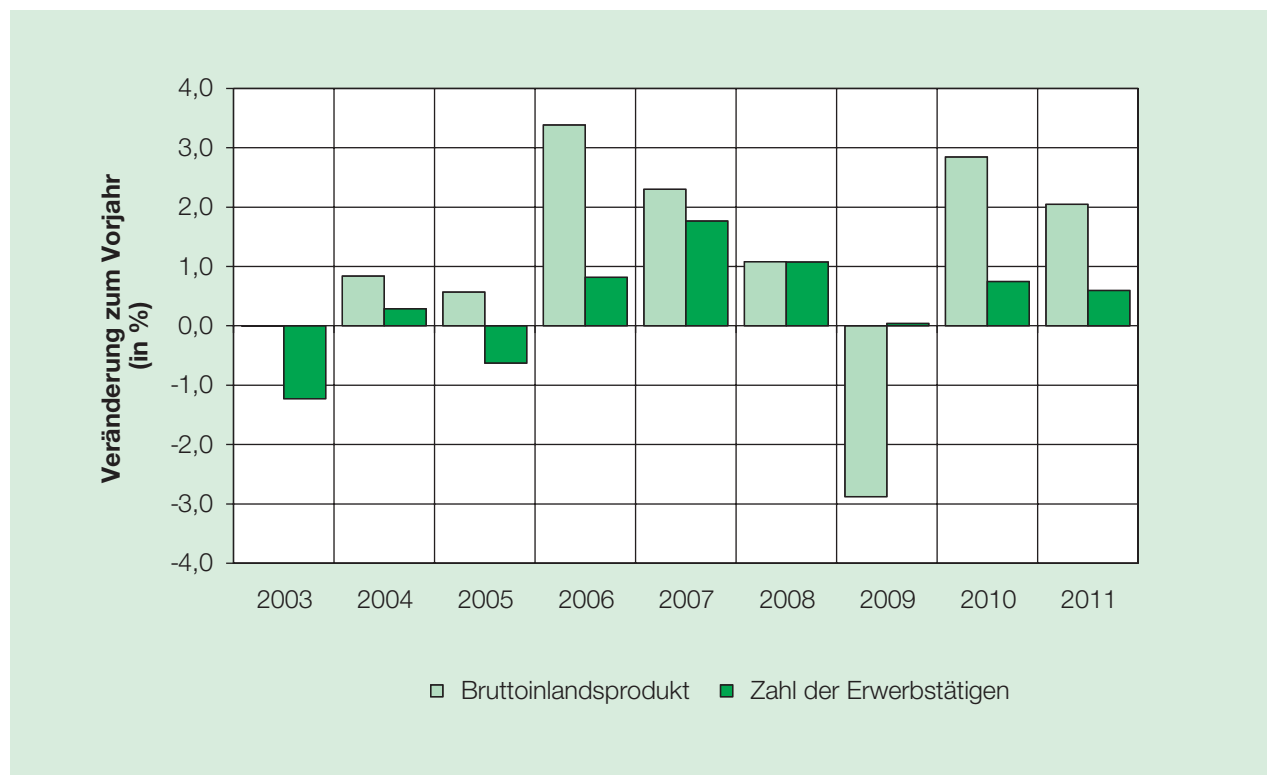
In der Summe dürfte die ostdeutsche Wirtschaft 2010 eine preisbereinigte Bruttowertschöpfung erreicht haben, die um 3,2 % über jener des Vorjahres lag. Unter Berücksichtigung der Entwicklung von Gütersteuern und -subventionen führte dies zu einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,8 % (vgl. Abb. 3).

2011: Geringeres Tempo der gesamtwirtschaftlichen Aktivität

Die konjunkturelle Dynamik dürfte sich im Jahr 2011 auch in Ostdeutschland abschwächen. So werden die weltwirtschaftlichen Impulse geringer und die Konsolidierungsbemühungen des Staates dämpfen die öffentlichen Konsumausgaben. Insbesondere das Verarbeitende Ge-

werbe wird die Abschwächung der Außenhandelsimpulse spüren, sodass die preisbereinigte Bruttowertschöpfung hier nicht mehr so stark wie 2010, aber immer noch sehr deutlich um 6,5 % expandieren wird (vgl. Abb. 2). Im Baugewerbe ergeben sich gegenläufige Entwicklungen. Der öffentliche Bau wird durch das Auslaufen der Konjunkturpakete rückläufig sein. Diesen Rückgang dürften der Wirtschafts- sowie der Wohnungsbau aber mehr als kompensieren. Letzterer wird insbesondere durch die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen getragen; dennoch ist aufgrund der demographischen Situation davon auszugehen, dass das Umsatzwachstum in Ostdeutschland geringer ausfällt als in den westdeutschen Bundesländern. Der Wirtschaftsbau profitiert insbesondere von der günstigen Entwicklung im Dienstleistungsbereich sowie der steigenden Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Baugewerbe dürfte im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um 0,6 % steigen. Der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr wird im Jahr 2011 mit 2,0 % geringfügig stärker expandieren als im Jahr 2010. Maßgeblich hierfür ist die anhaltende Expansion der privaten Konsumausgaben. Diese werden insbesondere durch die Zunahme der verfügbaren Einkommen und die weiterhin niedrigen Zinsen

Abbildung 3: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2010), Arbeitskreis ETR des Bundes der Länder (2010), 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.

für Konsumkredite steigen. Im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister dürften sich vor allem die Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte bemerkbar machen. Diese werden aber durch die konjunkturell bedingten Mehreinnahmen abgedeckt, sodass dieser Bereich mit 0,7 % etwas schwächer als 2010 expandieren wird. Das Bruttoinlandsprodukt wird 2011 mit 2,0 % schwächer wachsen als 2010 (vgl. Abb. 3).

Wirtschaftsentwicklung in Sachsen

2010: Auslandsgeschäft beflügelt sächsische Industrie

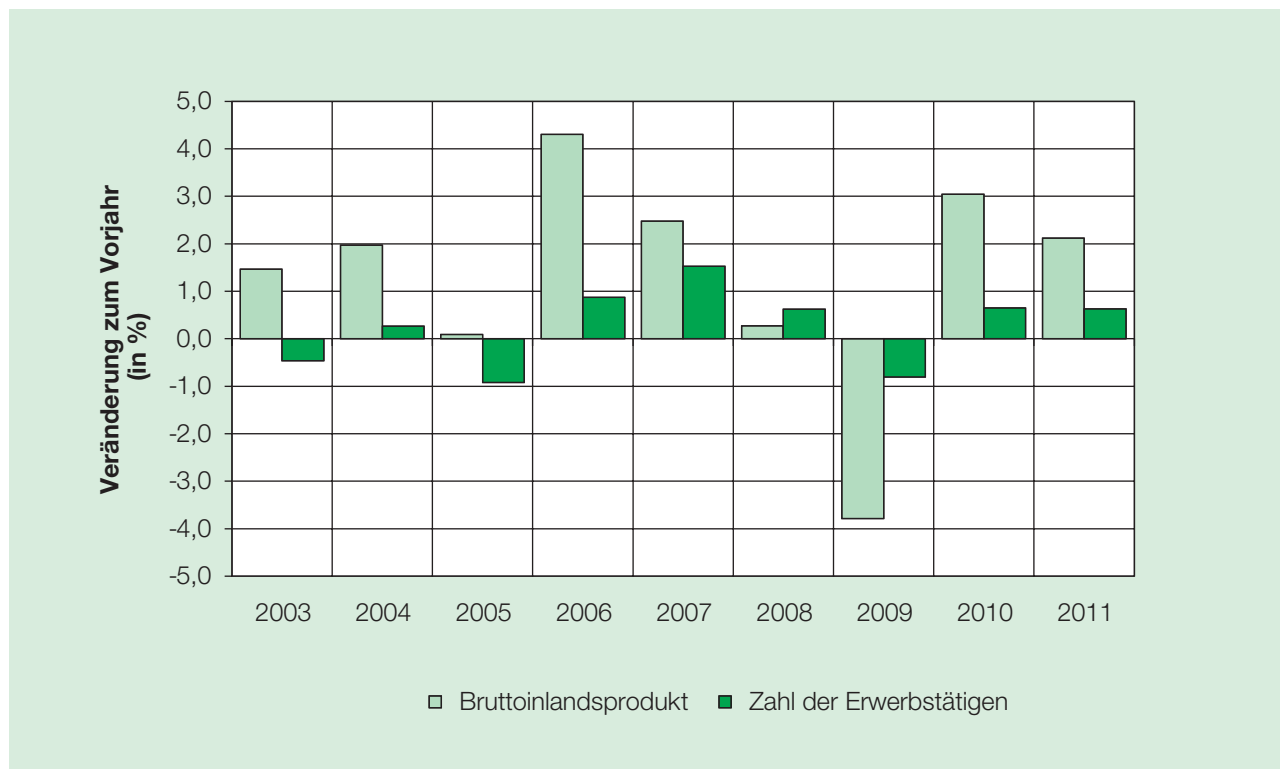
Nach ersten Angaben des ARBEITSKREISES VGR DER LÄNDER expandierte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem gleichen Zeitraum 2009 um 2,3 % und damit etwas stärker als im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer (einschließlich Berlin). Ähnlich wie in Deutschland insgesamt bleiben die konjunkturellen Vorzeichen im Jahr 2011 positiv.

Für das Jahr 2010 wird der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Freistaat Sachsen auf 3,0 % geschätzt (vgl. Abb. 4).

Demnach dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion etwas stärker zugenommen haben als im ostdeutschen Durchschnitt. Ursächlich für diese Entwicklung sind insbesondere die Erholung im Verarbeitenden Gewerbe sowie strukturelle Unterschiede zwischen Sachsen und den ostdeutschen Bundesländern. Zum einen profitierte der Freistaat in der ersten Jahreshälfte aufgrund der größeren Auslandsverflechtung verstärkt von der noch günstigen Exportdynamik. Zum anderen ist der Anteil der Investitionsgüterproduzenten in Sachsen höher als anderswo, sodass die sächsische Wirtschaft in höherem Maße an den inländischen Investitionsanreizen partizipierte. Im Jahresdurchschnitt dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe um 12,2 % höher gewesen sein als im Jahr zuvor (vgl. Abb. 5).

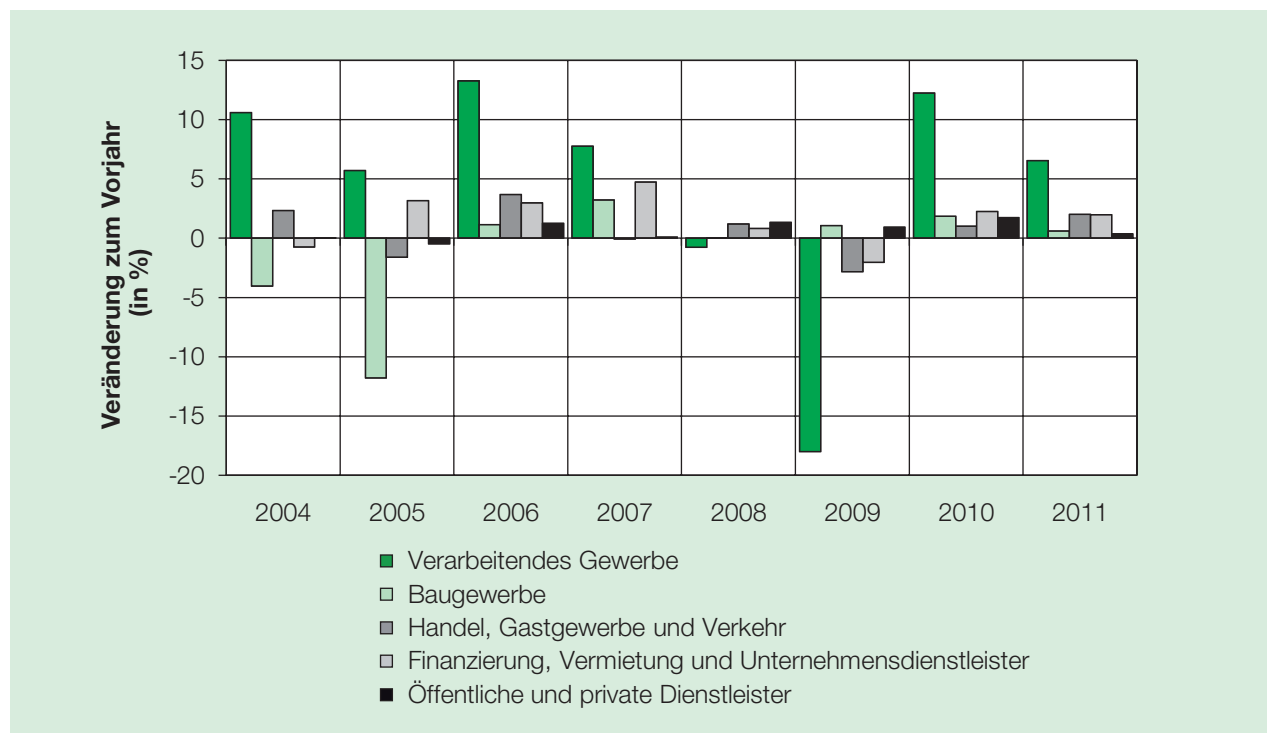
Im sächsischen Baugewerbe wird eine ähnliche Entwicklung wie in Ostdeutschland insgesamt erwartet. Dem dürfte ein im Vergleich zu Ostdeutschland insgesamt geringeres Wachstum im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr gegenüberstehen. Insbesondere der Groß- sowie der Kfz-Handel wiesen in den ersten zehn Monaten niedrigere Umsatzwachstumsraten gegenüber dem ostdeutschen Durchschnitt auf. Hier spielten Sondereffekte aufgrund der Insolvenz eines Großunternehmens eine Rolle.

Abbildung 4: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2010), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2010), 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 5: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2010), 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.

2011: Abgeschwächte Dynamik auch in Sachsen

Im Jahr 2011 dürfte sich das Wirtschaftswachstum analog zu Ostdeutschland auch in Sachsen abschwächen. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wird voraussichtlich ähnlich stark (6,5 %) wie im ostdeutschen Schnitt steigen. Positiv wirkt der größere Anteil der Investitionsgüterproduzenten; einen dämpfenden Effekt hat die nachlassende Exportdynamik. Das produzierende Gewerbe (ohne Bau) dürfte dennoch insgesamt einen stärkeren Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung liefern, da im Jahr 2011 das Kraftwerk in Boxberg ans Netz gehen wird. Dem steht ein schwächeres Wachstum im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister gegenüber (0,4 %), denn es ist davon auszugehen, dass der Freistaat Sachsen auch im Jahr 2011 die Konsolidierung stärker vorantreiben wird als andere Länder. Das sächsische Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2011 voraussichtlich um 2,1 % zunehmen (vgl. Tab. 2).

Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Ostdeutschland

Bei ihrer aktuellen Konjunkturprognose ging die Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS für 2010 von einer Zu-

nahme der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) von 0,7 % und in Sachsen von 0,6 % gegenüber 2009 aus (vgl. Tab. 2). Nach aktuellen Angaben des ARBEITSKREISES ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER stieg die Erwerbstätigkeit, wie vom ifo INSTITUT vorhergesagt, in Ostdeutschland um 0,7 %. Für 2011 kann mit einem weiteren Anstieg von jeweils 0,6 % gerechnet werden. Sachsen und Ostdeutschland verzeichneten 2010 ein etwas stärkeres Beschäftigungsplus als Westdeutschland, da hier Kurzarbeit weniger intensiv genutzt wurde und somit das Wirtschaftswachstum direkt in Neueinstellungen mündet. Für 2011 ist in Ostdeutschland und Sachsen von einem etwas geringeren Beschäftigungswachstum als in Westdeutschland auszugehen (0,8 %). Hier wirken zwei Effekte dämpfend. Zum einen dürften die Arbeitszeitkonten in vielen Unternehmen wieder ausgeglichen sein, wodurch weiteres Wachstum in Westdeutschland mehr Neueinstellungen ermöglicht. Zum anderen kann in der wirtschaftlichen Erholung von steigenden Lohnforderungen ausgegangen werden. Die Tarifabschlüsse werden sich dabei vor allem an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit westdeutscher Betriebe orientieren, wodurch ostdeutsche Unternehmen tendenziell stärker belastet werden, was wiederum die Wahrscheinlichkeit von Neueinstellungen senkt.

Tabelle 2: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen

Veränderungen zum Vorjahr in % ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2009	2010	2011	2009	2010	2011
Bruttoinlandsprodukt	-2,9	2,8	2,0	-3,8	3,0	2,1
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	-3,5	3,2	2,2	-4,4	3,4	2,2
Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes	-13,7	10,8	6,5	-18,0	12,2	6,5
Bruttowertschöpfung des Baugewerbes	0,6	1,8	0,6	1,1	1,8	0,6
Bruttowertschöpfung Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-3,9	1,9	2,0	-2,8	1,0	2,0
Bruttowertschöpfung Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	-1,7	1,7	2,0	-2,0	2,3	2,0
Bruttowertschöpfung öffentliche und private Dienstleister	0,6	2,0	0,7	0,9	1,7	0,4
Zahl der Erwerbstätigen	0,0	0,7	0,6	-0,8	0,6	0,6

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2010), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2010), 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.

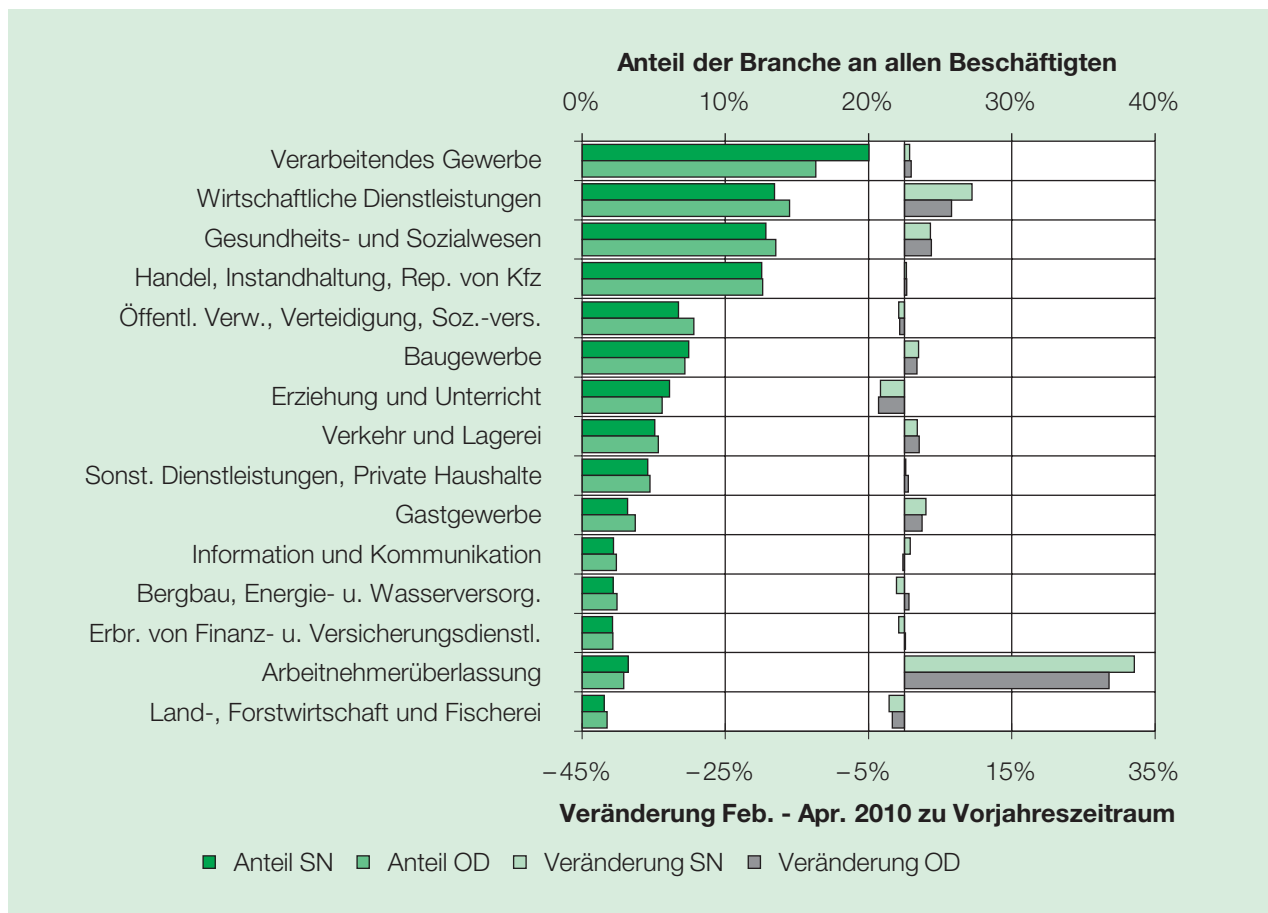
Diese äußerst positiven Aussichten für 2010 und 2011 werden durch eine gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung gestützt. Im Gegensatz zu vergangenen Aufschwüngen trägt diesmal nicht nur die gut laufende deutsche Exportindustrie zum Wachstum bei, sondern auch bei der Binnenkonjunktur ist mit einer guten Entwicklung zu rechnen. Der Beschäftigungszuwachs im Verarbeitenden Gewerbe, welches sowohl in Sachsen als auch in Ostdeutschland proportional und absolut den meisten Personen Arbeit bietet, lag im 3. Quartal 2010 im Vorjahresvergleich bei 0,7 % in Sachsen und 1,0 % in Ostdeutschland (vgl. Abb. 6).

Jedoch zeigt sich, dass im aktuellen Aufschwung auch andere Wirtschaftszweige deutliche Zuwächse verzeichnen. Dies betrifft nicht zuletzt den Bereich der Wirtschaftlichen Dienstleistungen, welcher durch eine anziehende Unternehmensnachfrage profitieren kann. Aufgrund des starken Beschäftigungszuwachses in diesem Sektor (9,5 % in Sachsen und 6,6 % in Ostdeutschland) verdrängt er in Sachsen sogar das Gesundheits- und Sozialwesen auf Platz 3 in Hinblick auf die Beschäftigungsanteile. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass

auch das Gesundheits- und Sozialwesen deutliche Zuwächse im 3. Quartal 2010 verzeichnet (3,77 % bzw. 3,63 %). Insgesamt erreichen nahezu alle Wirtschaftszweige einen Beschäftigungszuwachs. Ausgenommen ist der Bereich Erziehung und Unterricht. Hier kann im Quartalsvergleich ein leichter Beschäftigungsrückgang beobachtet werden. Das größte Plus bei der Beschäftigungsentwicklung verzeichnet mit Abstand der Wirtschaftszweig der Arbeitnehmerüberlassung, wobei dieser Bereich im Krisenverlauf zuvor auch am deutlichsten Stellen abgebaut hat. Der Beschäftigungszuwachs lag im 3. Quartal 2010 im Vergleich zum Vorjahr bei 32,1 % in Sachsen und bei 28,6 % in Ostdeutschland. Damit kann dieser Wirtschaftszweig die starken Zuwächse vom Jahresbeginn noch einmal steigern, denn im 1. Quartal lag das Plus noch bei 24 % bzw. 17 %.

Die Entwicklung dieses Sektors während und nach der Krise verdeutlicht dessen Bedeutung für die Unternehmen. So konnten während der Krise Kosten gespart werden, ohne Stammbesatz abzubauen zu müssen. Im Aufschwung nutzen nun wieder viele Unternehmen diesen Arbeitskräftepool, um die Produktion wieder zu

Abbildung 6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen und Ostdeutschland nach Wirtschaftszweigen



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2010), Berechnungen des ifo Instituts.

erhöhen und potenziell neue Arbeitnehmer für die Stammbesellschaft gewinnen zu können. Die zunehmende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes kann man zwar kritisieren, aber durch die Instrumente der Arbeitnehmerüberlassung und der Kurzarbeiterregelungen war es vielen Unternehmen möglich, die Krise wirtschaftlich zu überstehen und nun wieder Arbeitskräfte fest einzustellen. Außerdem stellt diese Branche weiterhin lediglich einen sehr kleinen Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Sowohl in Sachsen als auch in Ostdeutschland insgesamt stellt diese Branche nur ca. 3 % der Beschäftigten, und es ist nicht davon auszugehen, dass sich dieser Wert auf absehbare Zeit deutlich erhöht.

Arbeitslosigkeit so niedrig wie nie

Sachsen und Ostdeutschland verzeichnen seit Ende 2009 eine kontinuierlich sinkende Arbeitslosigkeit, wobei am aktuellen Rand der niedrigste Wert seit Anfang der neunziger Jahre erreicht wurde. Der westdeutsche Arbeitsmarkt war durch die höhere Exportabhängigkeit

der westdeutschen Industrie stärker von der Wirtschaftskrise betroffen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war dementsprechend höher als im Osten Deutschlands. Als Folge konnte erst zum Jahreswechsel 2010/2011 wieder das Vorkrisenniveau erreicht werden. Im Dezember 2010 lag die Arbeitslosenquote in Sachsen bei 11,1 %, was einem Rückgang um 0,9 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahresmonat entsprach. In Ostdeutschland insgesamt betrug die Arbeitslosenquote 11,2 %. Im Vorjahresvergleich sank die Arbeitslosenquote damit um ebenfalls 0,9 Prozentpunkte. Dieser Trend wird sich auch 2011 fortsetzen. Gegebenenfalls wird sich der Abbau im Zuge des schwächeren Wachstums verlangsamen, aber es ist weiterhin von einer sinkenden Arbeitslosigkeit auszugehen. Das IFO INSTITUT rechnet für das Jahr 2011 mit einer durchschnittlichen gesamtdeutschen Arbeitslosenquote von sehr niedrigen 7,0 % (2010: 7,7 %). Ausschlaggebend hierfür ist die weiterhin anziehende Konjunktur, die sowohl durch die Exporte als auch durch anziehende Aus-rüstungsinvestitionen und eine kontinuierlich steigende Konsumnachfrage im Inland getrieben wird.

Auf mittlere Sicht wird sich zeigen, ob speziell die ostdeutschen Unternehmen diesen Wachstumspfad folgen können, da das Arbeitskräftepotenzial hier in den nächsten Jahren spürbar sinken wird. Hochrechnungen des IFO INSTITUTS sehen eine Schrumpfung des Erwerbsspersonenpotenzials zwischen 2012 und 2016 um über 6 % in Ostdeutschland. Die Strategie vieler Unternehmen, ihre Fachkräfte während der Rezession auch durch arbeitsmarktpolitische Instrumente zu halten, ist daher sehr nachvollziehbar.

Literatur

- ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2010): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2001 bis 4. Vierteljahr 2009, Reihe 1, Band 3, Berechnungsstand Februar 2010, erschienen im März 2010.
- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2010): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraum-Regionen Deutschlands 1991 bis 2009, Reihe 1, Band 1, Berechnungsstand August 2009/Februar 2010, erschienen im März 2010.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2010): Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftlicher Gliederung (WZ 2008), Nürnberg, Dezember 2010.
- NIERHAUS, W. (2011): Deutschlandprognose 2010/2011: Aufschwung in langsamerem Tempo. In: ifo Dresden berichtet 1/2011; S. 5 bis 13.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2011a): Deutsche Wirtschaft 2010: Rasanter Aufschwung nach der Krise, Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 10, erschienen am 12.01.2011.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2011b): Produzierendes Gewerbe – Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden November 2010, Fachserie 4, Reihe 4.1.1, erschienen im Januar 2011.

¹ Dabei handelt es sich hier um die Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden.

² Im Rahmen des ifo Konjunkturtests wird mit „gewerblicher Wirtschaft“ die Aggregation der Umfrageergebnisse aus den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe sowie Groß- und Einzelhandel bezeichnet.

³ Hier werden die baugewerblichen Umsätze aller Betriebe betrachtet.

Evaluierung der Ergebnisse der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg

Katja Baum und Björn Ziegenbalg*

Das Land Brandenburg hat im Jahr 2005 eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderpolitik vorgenommen. Mit dem strategischen Ansatz „Stärken stärken – mehr Wirtschaftswachstum für mehr Beschäftigung“ erfolgte seitdem insbesondere eine stärkere sektorale Fokussierung der Wirtschaftsförderung auf 14 (ursprünglich 16) Branchenkompetenzfelder (BKF) und die Querschnittsbranche Mikroelektronik. Zu den BKF zählen Branchen, die einerseits in Brandenburg große Wachstumspotenziale aufweisen und andererseits zu der traditionellen Industrie in dem Bundesland gehören.

Im ersten Teil dieses Berichts wird die volkswirtschaftliche Entwicklung am gesamten Wirtschaftsstandort Brandenburg von 2005 bis 2009 sowie die der einzelnen BKF von 2007 bis 2009 dargestellt. Aufgrund der Umstellung der Wirtschaftszweigklassifikation im Jahr 2008 ist eine vergleichende Betrachtung früherer Jahre, insbesondere ein Vergleich mit früheren Evaluierungen der Wirtschaftsförderung in Brandenburg, nur eingeschränkt möglich. Im zweiten Teil wird die Verwendung der seit 2005 eingesetzten Wirtschaftsförderinstrumente erläutert.

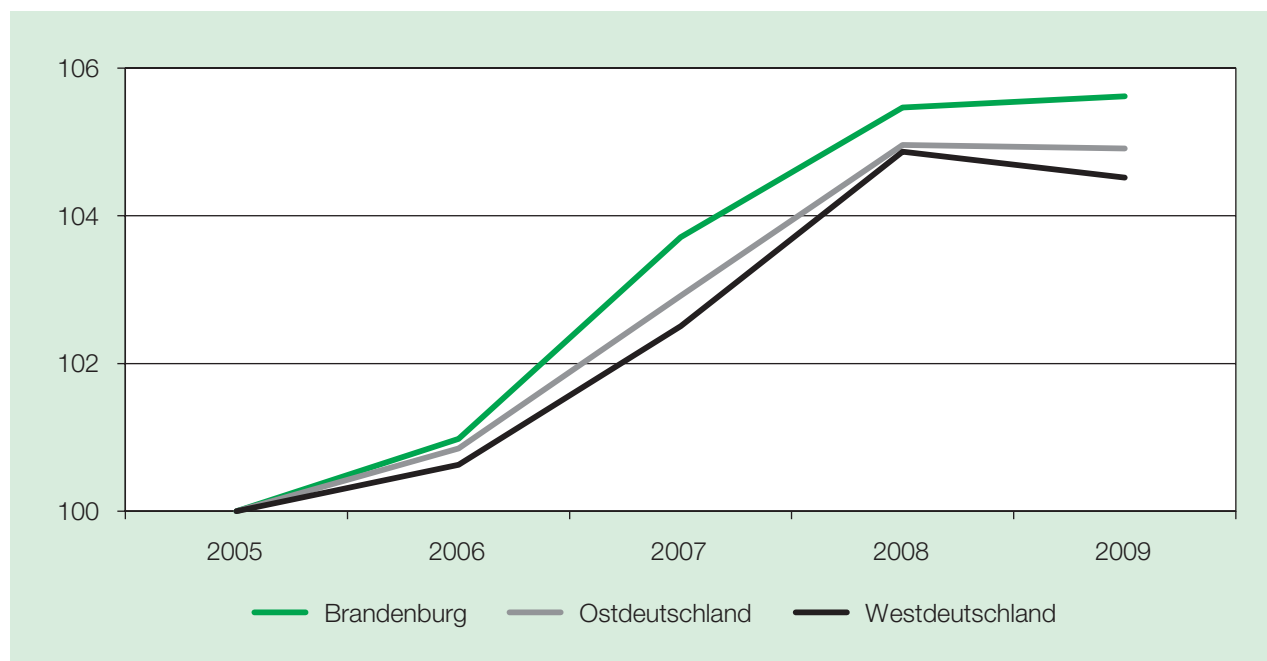
Wirtschaftsstandort Brandenburg 2005–2009

Das primäre strategische Ziel der Wirtschaftsförderung in Brandenburg lautet: „Mehr Wirtschaftswachstum für mehr Beschäftigung“. Seit dem Jahr 2005 ist die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigtenverhältnisse in Brandenburg aufwärts gerichtet. Von einer Talsohle mit rund 698.000 Beschäftigten im Jahr 2005 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf rund 738.000 Beschäftigte im Jahr 2009. Entgegen dem bundesweiten Trend entwickelte sich die Beschäftigung sogar im Krisenjahr 2009 leicht positiv. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Beschäftigung im Land Brandenburg im Vergleich zu West- und Ostdeutschland seit dem Jahr 2005.

Durch exogene Effekte wie den Arbeitsmarkt-reformen der Bundesregierung in den Jahren 2003 bis 2005 und durch umfassende staatliche Unterstützungsprogramme, vor allem der Kurzarbeit im Krisenjahr 2009,

* Katja Baum und Björn Ziegenbalg sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

Abbildung 1: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (2005 bis 2009, Index 2005 = 100)



Quellen: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Darstellung und Berechnungen des ifo Instituts.

kann der Beschäftigungsbeitrag der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderpolitik in Brandenburg nicht isoliert ermittelt werden. Immerhin zeigt es sich aber, dass die Beschäftigungsentwicklung in Brandenburg günstiger verlief als im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer insgesamt.

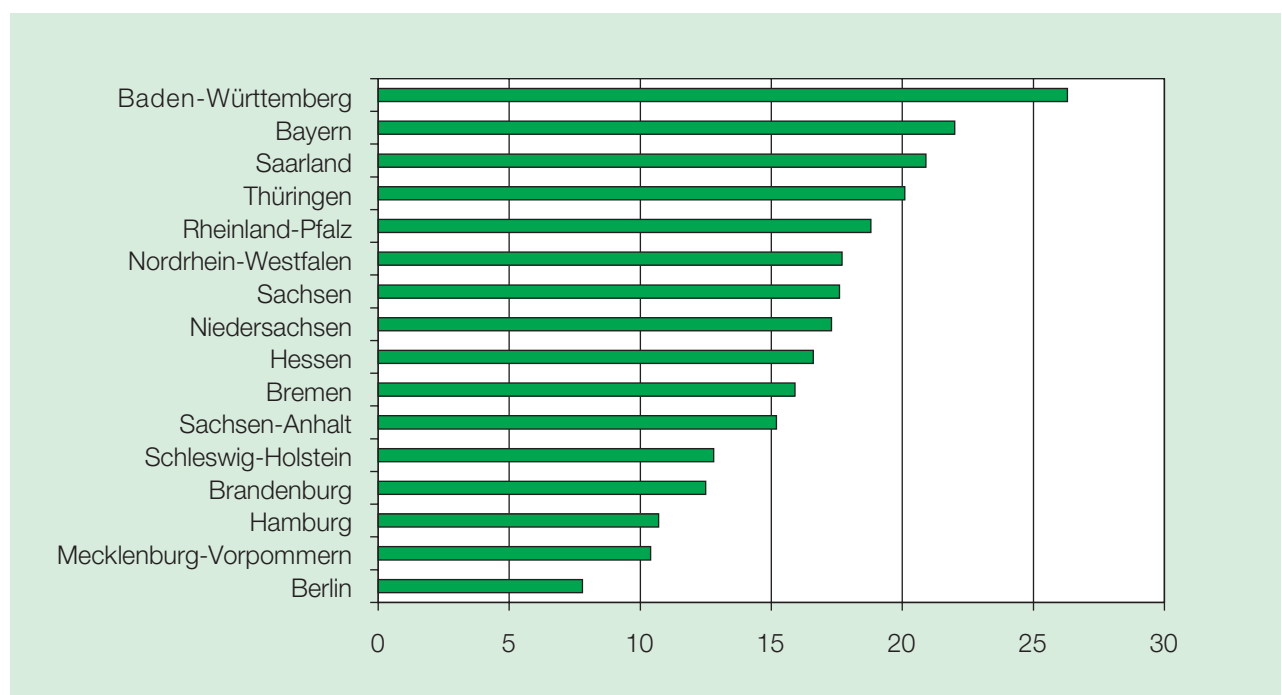
Die Beschäftigten in Brandenburg sind dabei überwiegend in kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) konzentriert. Die Anteile der Beschäftigten in Brandenburg in den unterschiedlichen Betriebsgrößenklassen entsprechen annähernd den ostdeutschen Durchschnittswerten: So waren im Jahr 2009 48 % der brandenburgischen Beschäftigten in kleinen Betrieben beschäftigt. Dagegen entfielen 30 % auf mittlere Betriebe und 22 % auf Großbetriebe.

Diese Beschäftigtenstruktur spiegelt auch die Anteile der Unternehmen an den Größenklassen wider: Die kleinen Unternehmen stellten mit einer Gesamtzahl von 97.281 und damit 98,4 % im Jahr 2007 die deutliche Mehrheit dar. 1,4 % (1.404 Unternehmen) der Brandenburger Unternehmen sind mittlere, nur 0,2 % (absolut: 210) Großunternehmen¹. Brandenburg weist im Bundesländervergleich somit den geringsten Anteil an Großunternehmen auf. Spitzenreiter ist dagegen Baden-Württemberg mit einem Anteil von 0,4 % oder 1.727 Großunternehmen.

Nicht nur der geringe Anteil von großen Unternehmen, auch der vergleichsweise geringe Anteil von Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe kann als struktureller Nachteil der Wirtschaft Brandenburgs gewertet werden. Insbesondere bei den unternehmensnahen Dienstleistungen besteht in Ostdeutschland insgesamt ein erhebliches Beschäftigungspotenzial [vgl. DIW (2007)]. Ein Faktor für die schwach ausgeprägte Dienstleistungsbranche in Ostdeutschland ist auch die relativ geringe Größe der heimischen Industrie. Im Jahr 2009 waren 12,5 % der Erwerbstätigen in Brandenburg im Verarbeitenden Gewerbe tätig. Damit liegt das Land, wie in Abbildung 2 dargestellt, zwar nur leicht unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 14 %, jedoch deutlich hinter den ostdeutschen Flächenländern Sachsen und Thüringen mit 17,6 bzw. 20,1 %. Bereits in den neunziger Jahren bewegte sich dieser Erwerbstätigenanteil um die 12,6 % und konnte nach einem leichten Rückgang zu Beginn des neuen Jahrtausends wieder das aktuelle Niveau erreichen.

Die Umsätze der Industrieunternehmen in Brandenburg mit mehr als 50 Beschäftigten haben sich zwischen den Jahren 2005 und 2008 mit einer Steigerung von 26,7 % positiv entwickelt. Die Entwicklung in Brandenburg ist damit deutlich günstiger als im früheren Bundesgebiet (9,2 %) und den neuen Ländern insgesamt (10,3 %).

Abbildung 2: Anteil der Erwerbstätigen des Verarbeitenden Gewerbes an den Gesamterwerbstätigen (2009; in %)



Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Darstellung und Berechnungen des ifo Instituts.

Im Vergleichszeitraum der Jahre 2000 bis 2005 lag die Wachstumsrate der Umsätze der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit 18,7 % noch deutlich unterhalb der Entwicklung in den neuen Ländern mit 64,7 %. Im Jahr 2009 sind die Umsätze zwar krisenbedingt um 9,6 % eingebrochen, aber dennoch deutlich schwächer rückläufig als in Thüringen und Sachsen. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten konnten von Januar bis Juli 2010 allerdings einen Umsatzzanstieg von gut 14 % verzeichnen.

Die Bruttowertschöpfung (BWS) der Brandenburger Wirtschaft ist zwischen 2000 und 2005 um 3,8 % gewachsen und liegt damit zwischen ost- und westdeutschem Trend (3,4 bzw. 4,3 %). Im Zeitraum von 2005 bis 2008 stieg die BWS um 4,8 %, lag aber dennoch deutlich unter den Wachstumsraten der stärksten ostdeutschen Flächenländer Sachsen und Thüringen mit 7,7 bzw. 7,6 %. Einer der Gründe für die unterschiedliche Wachstumsdynamik ist das hohe, insbesondere exportgetriebene Wachstum des Verarbeitenden Gewerbes, welches in Brandenburg einen geringeren Anteil an der BWS aufweist. Im Gegenzug sank die BWS im Verarbeitenden Gewerbe 2009 in Brandenburg nur um -7,9 %, in Sachsen jedoch um -18 % und in Thüringen um -15,6 %.

Die oben dargestellten Wachstumsentwicklungen werden von Wachstumstreibern beeinflusst. Im Folgenden ist die Entwicklung des Innovationsumfeldes und der Arbeitsnachfrage im Land Brandenburg beschrieben.

Innovationsumfeld

Der Anteil der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung (FuE) verharrte in Brandenburg zwischen 2003 und 2007 nahezu unverändert bei 0,8 % und damit deutlich unter dem Länderdurchschnitt in Ost- und Westdeutschland (1,6 bzw. 1,9 %).

Auch der Anteil der gesamten FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag im Zeitraum von 2003 bis 2007 fast unverändert bei etwa 1,2 % und damit ebenfalls unter den ost- und westdeutschen Durchschnittswerten (2,1 bzw. 2,6 %). Dementsprechend gering fällt auch die Überführung der Forschungsergebnisse in Patente aus. Lediglich in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt wurden im Jahr 2009 weniger Patente je Einwohner angemeldet als in Brandenburg (11 und 13 im Vergleich zu 14 Patente pro 100.000 Einwohner). Baden-Württemberg als das forschungsstärkste Bundesland kann dagegen 144 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner aufweisen. Die Anzahl der Forschungsanmeldungen in Brandenburg ist im Zeitraum von 2000 bis 2009 zudem um knapp 11 % zurück gegangen.

Auf ungünstige Innovationsbedingungen deutet der durch das IFO INSTITUT entwickelte Innovationsindex 2009 der Bundesländer hin [vgl. SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND KUNST (2009)]. Hier rangiert das Land Brandenburg nur auf dem vorletzten Platz.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Innovationen ist ausreichendes Wagniskapital am Standort. Hier zeigt sich eine weitere Wachstumsblockade am Wirtschaftsstandort Brandenburg. Mit durchschnittlich 4,5 Mill. € investiertem Wagniskapital für frühe Unternehmensphasen pro Jahr liegt Brandenburg im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2008 weit hinter den meisten anderen Bundesländern zurück. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt lag Brandenburg damit durchschnittlich um fast 30 % unterhalb des Bundesdurchschnitts. Dieser vergleichsweise niedrige Wert kann allerdings auch „bedarfsinduziert“ sein – im Land Brandenburg könnte weniger Nachfrage nach Wagniskapital bestehen als in anderen Bundesländern. Im Jahr 2009 wurden insgesamt 9,7 Mill. € an Gesamtbeteiligungskapital investiert. Der Großteil dieser Summe stammt aus Beteiligungsfonds, welche überwiegend durch EU-Mittel finanziert werden. Dagegen sind 1,5 Mill. € sind Gelder aus landeseigenen Beteiligungsprodukten der INVESTITIONSBANK DES LANDES BRANDENBURG (ILB).

Arbeitsnachfrage

Während die Anzahl der offenen Stellen vom Jahr 2008 auf 2009 in Brandenburg stieg, ging diese im ost- und westdeutschen Durchschnitt zurück. Von den im Durchschnitt des Jahres 2009 gemeldeten 14.698 offenen Arbeitsstellen waren 6.496 „ungeförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse“, d. h. keine Stellen für Arbeitsgelegenheiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Job-Services oder Saison-Arbeitskräfte. Insbesondere im Jahr 2006 gab es gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg dieser offenen Stellen um 85,3 %. In den darauf folgenden Jahren verharrte die Anzahl jedoch nahezu unverändert, sodass 2009 ein Niveau von 187,7 (2005 = 100) zu verzeichnen ist.

Im Bereich der Aus- und Weiterbildung, insbesondere in der betrieblichen Ausbildung, ist festzustellen, dass einem hohen Anteil außerbetrieblicher Ausbildungsstellen ein vergleichsweise geringer Anteil von Ausbildungsbetrieben gegenübersteht. In Berlin-Brandenburg hat sich die Zahl der Ausbildungsbetriebe, vor allem bei KMU, von 2002 bis 2010 um 21 % verringert [vgl. MINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES, FRAUEN UND FAMILIE DES LANDES BRANDENBURG UND SENATSVERWALTUNG FÜR INTEGRATION, ARBEIT UND SOZIALES DES LANDES BERLIN (2010)]. Auch der

Anteil der Auszubildenden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in allen Branchenkompetenzfeldern liegt unter dem bundesweiten Durchschnitt von 6,5 %.

Nach einem Überblick über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg wird nachfolgend auf die Beschäftigungssituation und -entwicklung der BKF näher eingegangen.

Beschäftigung in den Branchenkompetenzfeldern

Wie Tabelle 1 zeigt, waren im Juni 2009 in den Branchenkompetenzfeldern in Brandenburg 30,34 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der gewerblichen Wirtschaft² tätig. Diese Zahl unterschätzt jedoch den tatsächlichen Beschäftigtenanteil der Branchen-

kompetenzfelder, da anhand der amtlich statistischen Zuordnung mittels der Wirtschaftszweigklassifikation nur ein Teil des tatsächlichen Beschäftigtenumfangs in den BKF erfasst werden kann. Der Grund hierfür liegt u. a. im Querschnittscharakter zahlreicher BKF: Viele Unternehmen erzielen ihre Wertschöpfung in unterschiedlichen Geschäftsfeldern und können deswegen verschiedenen Wirtschaftszweigen der amtlichen Statistik und damit auch verschiedenen BKF zugeordnet werden. Das BKF Mikroelektronik beinhaltet aufgrund der statistischen Abgrenzung zudem den Bereich der Photovoltaik.

Die meisten BKF verzeichneten zwischen 2007 und 2009 eine Beschäftigtenentwicklung, die besser als der Landesdurchschnitt der gewerblichen Wirtschaft ausfiel, die in diesem Zeitraum um 1,7 % wuchs.

Die BKF Medien/IKT/Geoinformationswirtschaft und Ernährungswirtschaft weisen die größten absoluten Be-

Tabelle 1: Beschäftigtenanteil an der gewerblichen Wirtschaft der einzelnen Branchenkompetenzfelder in Brandenburg

Branchenkompetenzfeld	Beschäftigtenanteil an der gewerblichen Wirtschaft
Logistik	5,64 %
Medien/IKT ^a /Geoinformationswirtschaft	4,85 %
Metall ^b	4,57 %
Ernährungswirtschaft	3,30 %
Energie ^c	2,10 %
Biotechnologie/Life Sciences	1,94 %
Kunststoffe/Chemie	1,77 %
Tourismus	1,52 %
Automotive	1,26 %
Holzverarbeitende Wirtschaft	0,80 %
Schienenverkehrstechnik	0,72 %
Papier	0,68 %
Mikroelektronik	0,55 %
Luftfahrttechnik	0,49 %
Optik	0,15 %
Summe	30,34 %

a) Informations- und Kommunikationstechnologie. – b) Metallherstellung, Metallbe- und -verarbeitung, Mechatronik. – c) Energiewirtschaft und -technologie/Mineralölwirtschaft und Biokraftstoffe.

Quellen: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (Stand: Juni 2009), Darstellung und Berechnungen des ifo Instituts.

schäftigtengewinne von 1.469 bzw. 1.120 Personen auf. Im BKF Mikroelektronik sind zwischen 2007 und 2009 in Summe 1.043 neue sozialversicherungspflichtige Stellen, hauptsächlich im Bereich der Photovoltaik, entstanden, was einem Anstieg von 57,6 % entspricht. Gleichwohl ist dieser Bereich in Brandenburg mit 2.855 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2009 absolut gesehen immer noch verhältnismäßig klein.

Die größte Dynamik bei der Entwicklung der Beschäftigten relativ zu Deutschland weisen die BKF Optik (+65,5 %), Mikroelektronik einschließlich Solarwirtschaft (+58,2 %), Papier (+11,4 %) und Tourismus (+10,2 %) auf. Für das BKF Optik gilt es einschränkend zu erwähnen, dass die Beschäftigtenzahl hier sehr gering ist und somit kleinere absolute Zuwächse zu hohen Wachstumsraten führen.

Im Bundesvergleich abnehmende Beschäftigungszahlen wiesen die BKF Holzverarbeitende Wirtschaft (-248 Beschäftigte bzw. -5,6 %), Logistik (-1.013 Beschäftigte bzw. -3,3 %) und Energiewirtschaft- und -technologie/Mineralölwirtschaft und Biokraftstoffe (kurz: Energie, -86 Beschäftigte bzw. -0,9 %) auf. Ursächlich für die vergleichsweise schlechte Entwicklung im BKF Energie, welches ohne die Solarwirtschaft betrachtet wird, ist ein Beschäftigungsrückgang von 2,3 % bei der Energieversorgung in Brandenburg, bei gleichzeitigem Anstieg in Deutschland von insgesamt knapp 4,0 %.

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt weniger stark vertreten sind die BKF Automotive, Kunststoffe/Chemie, Metallerzeugung, Metallbe- und -verarbeitung, Mechatronik (kurz: Metall) und Medien/IKT/Geoinformationswirtschaft. Hierbei handelt es sich zumeist um Branchen, die traditionell durch stark wettbewerbsfähige Unternehmen aus Westdeutschland dominiert werden. Allerdings ist in diesen BKF generell eine positivere Beschäftigungsentwicklung festzustellen als im gesamtdeutschen Durchschnitt.

Auszug aus der Verwendungsanalyse der Fördermittel

Wie die vorangegangenen Analysen gezeigt haben, haben sich die BKF in Brandenburg im unterschiedlichen Ausmaß entwickelt. Unabdingbar für den wirtschaftlichen Fortschritt ist eine ausreichende Kapitalauslastung der Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Land. Aufgrund einer geringen Wagniskapitalausstattung ist daher eine spezielle Wirtschaftsförderung für zukünftiges Wachstum und Beschäftigungssicherung bzw. -schaffung am Standort Brandenburg erforderlich. Aus diesem Grund wird im folgenden Abschnitt die Förderlandschaft des Landes Brandenburg näher dargestellt.

Um einen Überblick über die Brandenburgische Wirtschaftsförderung zu geben, werden insgesamt 19 Landesprogramme der wirtschaftspolitischen Kernförderung in den Jahren 2005 bis 2009 untersucht³ (vgl. Tab. 2).

Im Rahmen der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung wurden elf Förderprogramme speziell auf die BKF ausgerichtet. Das betrifft insbesondere die Programme große FuE-Richtlinie und Technologietransfer.

In die folgenden Darstellungen über die Verwendung der Fördermittel der Jahre 2005 bis 2009 sind sowohl Informationen über die Fördermittelvergabe durch die INVESTITIONSBANK DES LANDES BRANDENBURG (ILB), welche als Bewilligungsbehörde u. a. die große FuE-Richtlinie verwaltet, als auch Informationen der ZUKUNFTSAGENTUR BRANDENBURG GMBH (ZAB) eingeflossen. Bei allen Auswertungen wurden nur solche Projekte analysiert, die von 2005 bis 2009 eine Förderzusage erhalten haben. Dieser zeitliche Rahmen umfasst somit die Phase, in der die Wirtschaftsförderung im Land Brandenburg auf die BKF-spezifische Förderung umgestellt wurde. Für das Jahr 2010 lagen zum Zeitpunkt der Evaluierung noch keine Daten vor.

Abbildung 3 zeigt das Fördervolumen der unterschiedlichen Richtlinien der wirtschaftspolitischen Kernförderung, wobei nur Förderprojekte berücksichtigt wurden, welche gezielt einem BKF zugeordnet werden konnten (BKF-spezifisch). Resultierend aus dem EU-Förderprogramm Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) wurde speziell für die Richtlinie GA-Gewerbe darüber hinaus auch die Förderung mittels Investitionszulage einbezogen⁴ (Berechnung entsprechend den Berechnungsgrundlagen der Investitionszulagengesetze 2005 und 2007), da die GA-Gewerbefördermittel unterstützend zur Investitionszulage gezahlt werden können. Ohne Berücksichtigung der Investitionszulage würde die Förderintensität der GA-geförderten Unternehmen zu gering (und überdies möglicherweise auch verzerrt) ausgewiesen werden. Die Abbildung berücksichtigt somit die Richtlinie GA-Gewerbe einmal ohne Investitionszulage (dunkelgrüner Balken) und einmal die Förderung inklusive Investitionszulage (hellgrüner Balken).

Die Richtlinie GA-Gewerbe weist das mit Abstand höchste Fördervolumen an Landesmitteln auf und ist somit das umfangreichste Förderprogramm des Brandenburgischen Wirtschaftsministeriums. Dabei fand der Großteil der Zuschussförderung durch die Richtlinien GA-Gewerbe, die Technologieförderung (inkl. große FuE-Richtlinie) und durch die FuE-KMU statt. Bei den Darlehen erwiesen sich die Richtlinien Konsolidierung und Standortsicherung sowie die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung als die wichtigsten Richtlinien.

Tabelle 2: Förderprogramme der Wirtschaftsförderung Brandenburg

Programm	Zuwendungsart	Fördermittel-empfänger	Förderbereich
GA-Gewerbe	Zuschuss, Nachrangdarlehen	Unternehmen	Gründung, Investitionen
Technologieförderung allgemein	Zuschuss	Unternehmen	Gründung, Innovation, Investition, Beratung
Große FuE-Richtlinie	Zuschuss	Unternehmen	Innovation
FuE-KMU	Zuschuss	KMU	Innovation
FuE-Luftfahrttechnik	Zuschuss	Unternehmen, Forschungseinrichtungen	Innovation
Technologietransfer	Zuschuss	Technologie-transferstellen	Innovation, Netzwerk
GA-Netzwerke	Zuschuss	Netzwerke	Netzwerke
Innovationsassistent	Zuschuss	KMU	Innovation, Fachkräfte
Rationelle Energieverwendung*			
GA-Beratungsförderung*			
Gründungs- und Wachstumsfinanzierung I a*			
Gründungs- und Wachstumsfinanzierung II	Darlehen	Existenzgründer, KU, Freie Berufe	Gründung, Innovation, Investition
Konsolidierung und Standortsicherung	Darlehen	KMU	Betriebsmittel
Impulsprogramm & Impulsprogramm 2007–2013	Zuschuss	Netzwerke	Beratung, Netzwerke
Markterschließungsrichtlinie & Markterschließung Teil B*			
Innovationsfonds	Beteiligung, Darlehen	KMU (technologieorientiert)	Innovation
Konsolidierungsfonds*			

* bereits abgelaufene Programme.

Quellen: InvestitionsBank des Landes Brandenburg (2010), Darstellung des ifo Instituts.

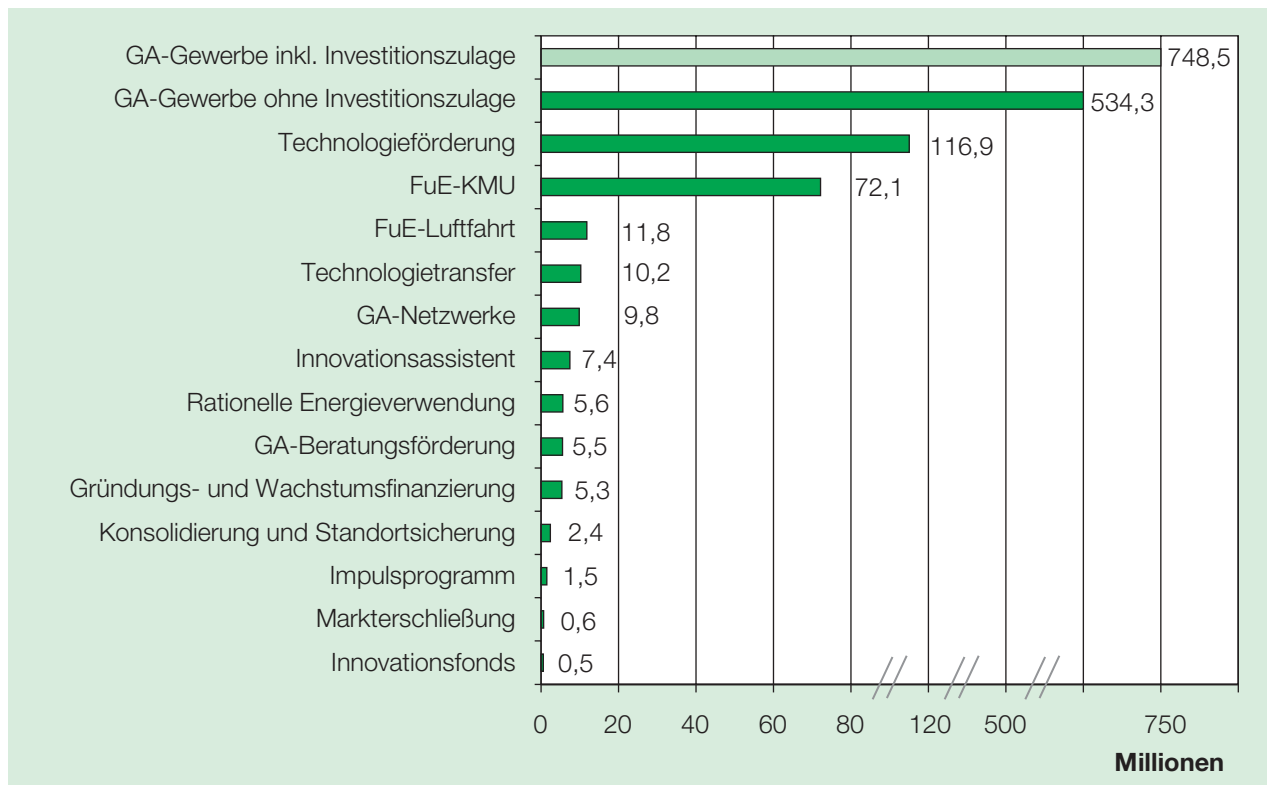
Abbildung 4 zeigt das Fördervolumen der unterschiedlichen BKF, wobei auch hier nicht nur Landesfördermittel, sondern auch zusätzliche Bundesfördermittel (Investitionszulage, hellgrüne Balken) berücksichtigt werden.

Mit Ausnahme des BKF Logistik besaßen alle anderen BKF im entsprechenden Zeitraum einen Anspruch auf Investitionszulage. Die Zulagen der BKF Optik (etwa 71.000 €) und Mikroelektronik ohne Solarwirtschaft

(etwa 162.000 €) sind jedoch zu gering, um in der Abbildung 4 dargestellt zu werden.

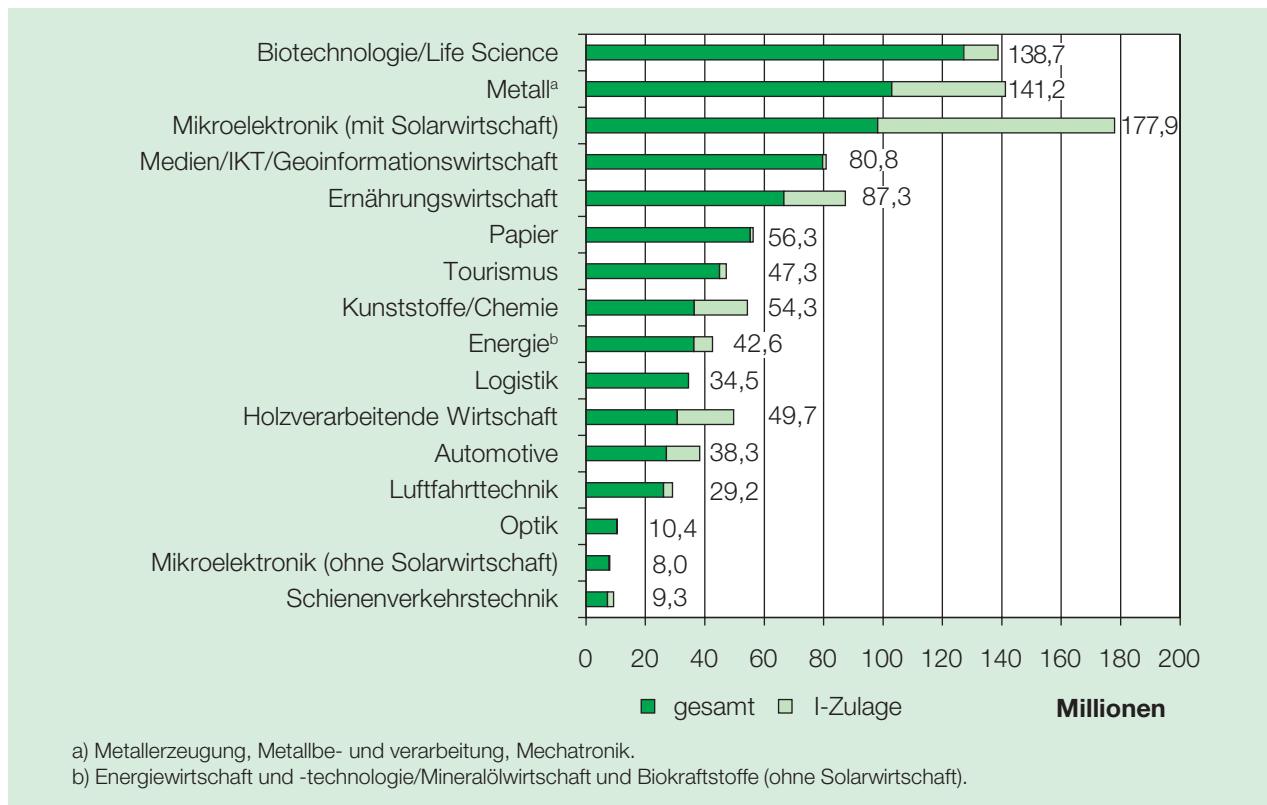
Die Fördervolumina (ausschließlich Landesfördermittel) der einzelnen BKF, die zwischen 2005 und 2009 geflossen sind, sind in Abbildung 5 aufgegliedert. In die BKF Biotechnologie/Life Science, Metall und Mikroelektronik (mit Solarwirtschaft) flossen in diesem Zeitraum die höchsten Förderbeträge. Die geringsten Fördermittel

Abbildung 3: Volumen der Förderprogramme (2005 bis 2009, in Mill. €)



Quellen: InvestitionsBank Brandenburg (2010), ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (2010), Darstellung und Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 4: Fördervolumen (Landes- und Bundesfördermittel) der Branchenkompetenzfelder (2005 bis 2009, in Mill. €)

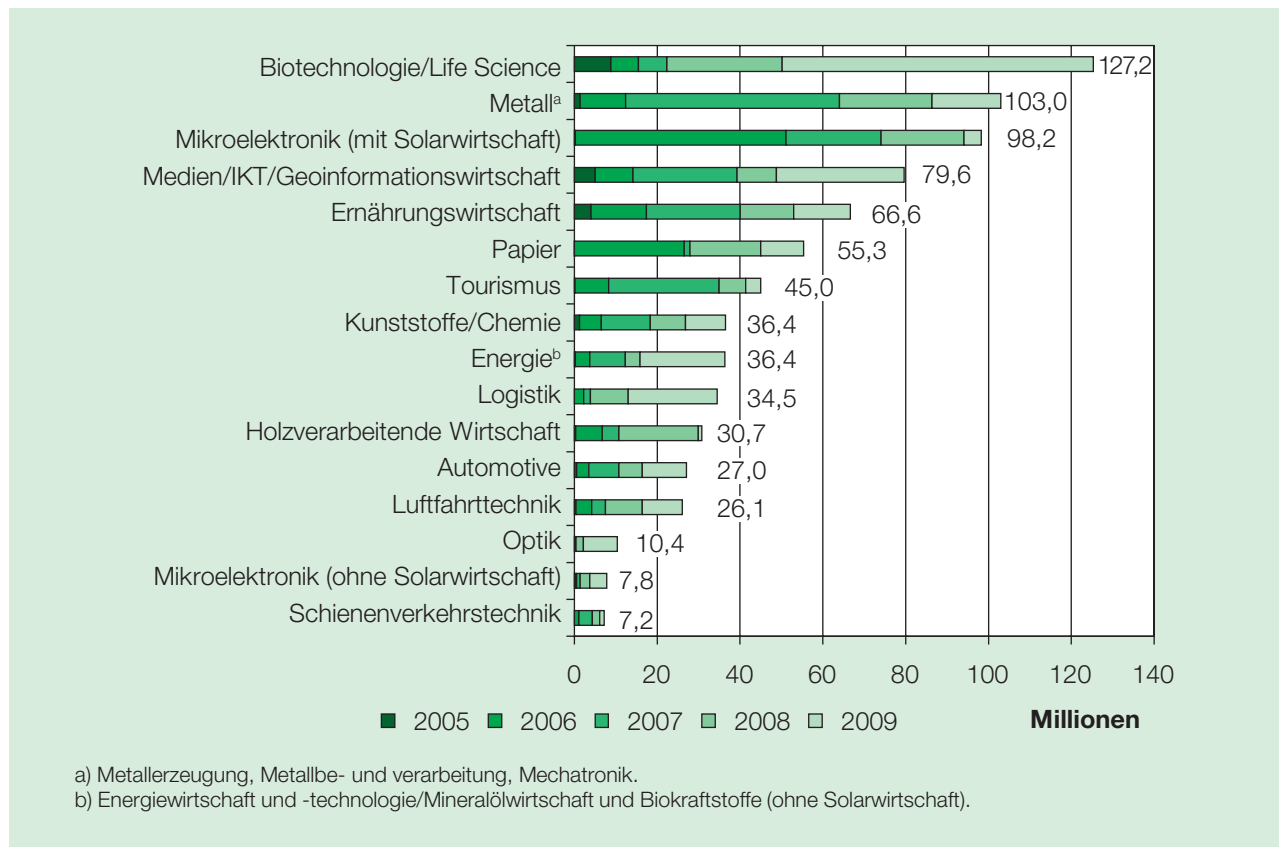


a) Metallerzeugung, Metallbe- und -verarbeitung, Mechatronik.

b) Energiewirtschaft und -technologie/Mineralölwirtschaft und Biokraftstoffe (ohne Solarwirtschaft).

Quellen: InvestitionsBank Brandenburg (2010), ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (2010), Darstellung und Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 5: Fördervolumen der Branchenkompetenzfelder (ausschließlich Landesfördermittel, 2005 bis 2009, in Mill. €)



Quellen: InvestitionsBank Brandenburg (2010), ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (2010), Darstellung und Berechnungen des ifo Instituts.

entfielen auf die BKF Luftfahrttechnik, Optik und Schienenverkehrstechnik.

Auffällig ist, dass im BKF Biotechnologie/Life Science im Jahr 2009 die Fördersumme (ausschließlich Landesfördermittel) im Vergleich zu den anderen Betrachtungsjahren enorm angestiegen ist. Eine Ursache hierfür ist der hohe Förderbetrag aus der großen FuE-Richtlinie im Jahr 2009 für dieses BKF: Während aus allen anderen Richtlinien zusammen etwa 36 Mill. € in das BKF flossen, waren es allein aus der großen FuE-Richtlinie rund 41 Mill. €. Somit entfielen vom Gesamtfördervolumen der großen FuE-Richtlinie in Höhe von etwa 56 Mill. € circa 72 % auf das BKF Biotechnologie/Life Science.

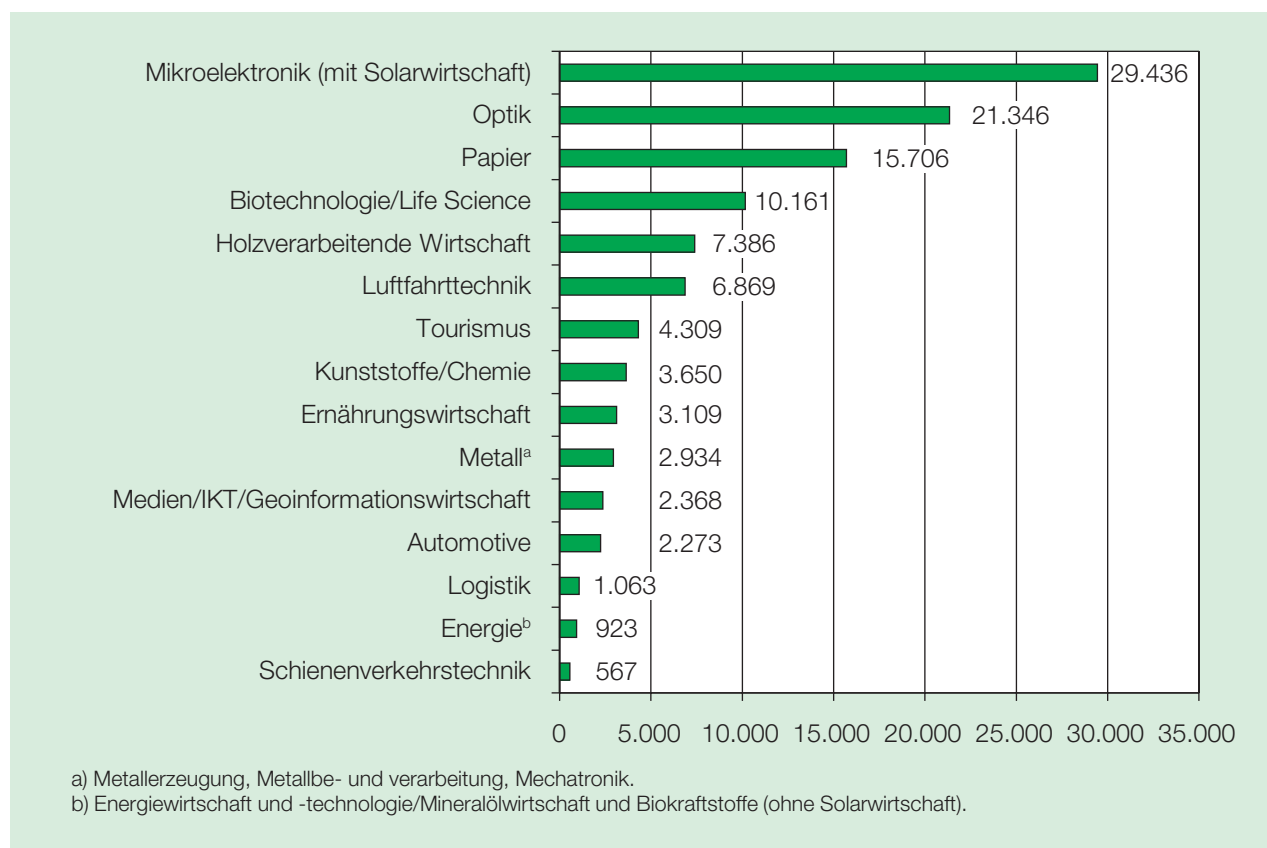
Das BKF Mikroelektronik nimmt bei den Analysen der Fördermittelvergabe eine Sonderstellung ein und ist in den hier aufgeführten Berechnungen kritisch zu betrachten. Im Besonderen sind hier Projekte zur Herstellung von Solarzellen und Solarmodulen und zur Herstellung von Flachglas enthalten. Da sich das Gesamtfördervolumen dieser Projekte auf mehr als 90 Mill. € beläuft, und über 90 % der gesamten Fördersumme des BKF Mikroelektronik von 2005 bis 2009 darstellt, sind diese Projekte maßgeblich für die starke Förderung des BKF ver-

antwortlich. Ohne diese Projekte würde das BKF Mikroelektronik auf den 14. Platz (Mikroelektronik ohne Solarwirtschaft) zurückfallen. In diesem Fall würden das BKF Energie, welches laut Branchenstrategie die Solarwirtschaft beinhaltet, auf den zweiten Platz nach dem BKF Biotechnologie/Life Science aufrücken.

Um zusätzlich die Förderintensität besser einschätzen zu können, werden die absoluten Förderbeträge in Abbildung 6 mit der Anzahl der Beschäftigten der einzelnen BKF im Jahr 2009 gewichtet. Es wird ersichtlich, dass die BKF Mikroelektronik (mit Solarwirtschaft), Optik und Papier pro Beschäftigten die höchsten Förderbeiträge erhalten haben. Die BKF Schienenverkehrstechnik, Energie und Logistik erhielten dagegen das geringste Fördervolumen je Beschäftigten im Jahr 2009.

Es ist schon jetzt abzusehen, dass dem Land Brandenburg in Zukunft geringere Fördermittel vor allem aus den EU-Fonds zur Verfügung stehen werden. In der aktuellen Förderperiode (2007–2013) ist der Nordosten des Landes Brandenburg weiterhin Höchstfördergebiet. Die Region Brandenburg-Südwest wird als Phasing-out-Region innerhalb des Zielgebiets Konvergenz gefördert, sodass hier bereits heute geringere Förderbeträge zur

Abbildung 6: Durchschnittliches jährliches Fördervolumen in € (2005 bis 2009) je Beschäftigten (2009) in den Branchenkompetenzfeldern



Quellen: InvestitionsBank Brandenburg (2010), ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (2010), Darstellung und Berechnungen des ifo Instituts.

Verfügung stehen. Der höchstwahrscheinliche Wegfall des Status „Zielregion Konvergenz“ ab dem Jahre 2014 betrifft neben den anderen ostdeutschen Flächenländern auch das Land Brandenburg, wodurch geringere Fördermittel aus den EU-Fonds zur Verfügung stehen werden. Ursächlich für die Neuausrichtung der Kohäsionspolitik ist die EU-Osterweiterung. Zahlreiche Noch-Höchstfördergebiete werden aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche der neuen Beitrittsländer über dem neuen 75%-EU-Gesamtdurchschnitt liegen und dadurch ihren aktuellen Förderstatus verlieren.

Fazit

Mit Hilfe der durchgeführten Evaluierungen konnte gezeigt werden, dass sich die Wirtschaftskraft und die Beschäftigtensituation in Brandenburg seit der Neuausrichtung im ost- und westdeutschen Vergleich günstig entwickelt haben. Diverse BKF weisen eine sehr positive Entwicklung der Beschäftigten relativ zu Deutschland auf (z. B. Papier und Tourismus). Inwieweit sich die BKF-spezifische Wirtschaftsförderung signifikant auf diese Pro-

zesse ausgewirkt hat, war nicht Gegenstand der Studie und kann aus diesem Grund hier nicht erörtert werden. Vielmehr sollte ein genereller Überblick über die neu gestaltete Wirtschaftsförderung im Land Brandenburg gegeben werden. Dabei wurde die Vielzahl der unterschiedlichen Förderprogramme sichtbar, wobei sich die Fördervolumina der einzelnen Programme sehr bedeutend voneinander unterscheiden. Diese Beobachtung konnte auch bei der vergleichenden Analyse der Fördervolumina der einzelnen BKF gemacht werden. Die Spannweite der geflossenen Fördermittel ist beträchtlich und kann auf mögliche Branchenschwerpunkte in Brandenburg hinweisen.

Literatur

- AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG (Hrsg.) (2010a): Statistischer Bericht EI1-j/09 Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) im Land Brandenburg Jahr 2009, Potsdam.
- AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG (Hrsg.) (2010b): Statistischer Bericht G IV 1 - m 12/09 Gäste, Über-

- nachtungen und Beherbergungskapazität im Land Brandenburg Dezember 2009, Potsdam.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT STATISTIK (Hrsg.) (2010): Sonderauswertung. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Wirtschaftszweigen (WZ 2008) für den 30.6.2007, 2008 und 2009, Nürnberg.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hrsg.) (2010): Förderkatalog- Statistiken des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, <http://foerderportal.bund.de>.
- BIOTOP BERLIN-BRANDENBURG UND TSBMEDICI (Hrsg.) (2007): Branchenstrategie zur Unterstützung des Branchenkompetenzfeldes Biotechnologie/Life Sciences im Land Brandenburg, Berlin.
- DIW – DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (Hrsg.) (2007): Politikberatung kompakt. Beschäftigungspotenziale in ostdeutschen Dienstleistungsmärkten, Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin.
- EUROSTAT (Hrsg.) (2010): Regionaldaten zu Patentanmeldungen und FuE-Personal, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/region_cities/regional_statistics/data/database.
- INVESTITIONSBANK DES LANDES BRANDENBURG (Hrsg.) (2010): Förderdaten Antragseingänge MWE-Programme 2004–2009, Potsdam.
- LANDESAGENTUR FÜR STRUKTUR UND ARBEIT (LASA) BRANDENBURG GMBH (Hrsg.) (2010): Wachstum und Ausstrahlung? Zur regionalen Komponente der Neuausrichtung der Förderpolitik im Land Brandenburg, Potsdam.
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES, FRAUEN UND FAMILIE DES LANDES BRANDENBURG UND SENATSVERWALTUNG FÜR INTEGRATION, ARBEIT UND SOZIALES DES LANDES BERLIN (Hrsg.) (2010): Gemeinsame Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg, Berlin.
- MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT DES LANDES BRANDENBURG (Hrsg.) (2009): Jahreswirtschaftsbericht 2009, Potsdam.
- PROGNOS AG (Hrsg.) (2008): Projektbegleitende Evaluierung der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderstrategie des Landes Brandenburg, Berlin.
- ZUKUNFTSAGENTUR BRANDENBURG (Hrsg.) (2010): Projektliste große FuE-Richtlinie, Potsdam.
- SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND KUNST (Hrsg.) (2009): Sächsischer Technologiebericht 2009.

¹ Quelle: Unternehmensregister. Kleinunternehmen haben 0–49, mittlere Unternehmen 50–249 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Großunternehmen umfassen die Beschäftigtengrößenklasse 250 und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

² Die gewerbliche Wirtschaft umfasst alle Beschäftigten exklusive Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht, Gesundheitswesen, Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime), Sozialwesen (ohne Heime), Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten, Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten; Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen; private Haushalte mit Hauspersonal, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt, exterritoriale Organisationen und Körperschaften.

³ Förderprogramme der wirtschaftsnahen Infrastruktur wurden aufgrund des Forschungsschwerpunktes auf die Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg in den Berechnungen nicht berücksichtigt.

⁴ Begünstigte Investitionen sind die Anschaffung und die Herstellung von neuen abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die konkrete, im Investitionszulagengesetz (InvZuIG) festgehaltene Kriterien erfüllen müssen (vgl. § 2 InvZuIG 2007, 2005).

Zur Erreichbarkeit regional-ökonomischer Zentren: Die Messbarkeit verkehrlicher Anbindungsqualität

Christos Evangelinos und Sebastian Ebert*

“Accessibility... is a slippery notion... one of those common terms that everyone uses until faced with the problem of defining and measuring it” (Gould, 1969)

Einleitung

Die infrastrukturelle Anbindung von Städten oder Regionen innerhalb des gesamten Verkehrsnetzes eines Landes bestimmt nachhaltig, in welchem Maße diese am gesamtwirtschaftlichen Wachstum partizipieren können. Unzureichend vorhandene Verkehrsinfrastruktur führt zu Wohlfahrtseinbußen; Output und Produktivität der Wirtschaft werden entscheidend durch die Akkumulation von Infrastrukturkapital beeinflusst [vgl. ASCHAUER (1989) und LASCHKE (1998)]. Globalisierung und zunehmend überregionaler Wettbewerb stellen folglich nicht nur hohe Anforderungen an die Effektivität von Infrastrukturnetzen in Städten und Regionen, sondern insbesondere auch an deren Anbindungsqualität untereinander [vgl. MARTIN (2007) und VICKERMANN et al. (1999)].

Das Konzept der Erreichbarkeit (engl.: Accessibility) rückt hierbei in den Fokus einer Vielzahl von raum-, regional- und verkehrswissenschaftlichen Forschungszweigen, besonders für Wachstums- und Standortanalysen, zur Auswertung ökonomischer Konsequenzen von Verkehrsinfrastruktur und zum Vergleich von Städten und Regionen. Eine erste und allgemein anerkannte Definition für die Erreichbarkeit lieferten HANSEN (1959) und später WEIBULL (1980), die Erreichbarkeit zunächst als ein „Potential an Möglichkeiten zur Interaktion zwischen zwei Punkten im Raum“ definierten. Übertragen auf das Individuum bedeutet die Erreichbarkeit demnach, inwieweit eine Anzahl ökonomischer und sozialer Möglichkeiten im Raum wahrnehmbar ist. Die Verknüpfung zum Verkehr ergibt sich aus der Überlegung, dass zur Wahrnehmung der Möglichkeiten zunächst der Raum „überwunden“ werden muss, wofür trivialerweise eine entsprechende Infrastruktur vorhanden sein sollte [vgl. HANSEN (1959), HARTWIG et al. (2007)].

In welchem Zusammenhang stehen Infrastruktur und Erreichbarkeit? Führt eine Verbesserung von Infrastruktur zwangsläufig zu einer höheren Erreichbarkeit? Wie kann man Erreichbarkeit adäquat messen?

Der empirisch untermauerte Potenzial- und Vorleistungscharakter von Verkehrsinfrastruktur ist insbesondere seit der Wiedervereinigung 1990 für die neuen Bundesländer von zentraler politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Der Wachstumsprozess wurde insbesondere durch den massiven Ausbau der in vielerlei Hinsicht mangelhaften Verkehrswege Ostdeutschlands stetig vorangetrieben, in erster Linie im Rahmen der Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ (vgl. www.bmvbs.de). Trotz der immensen finanziellen Aufwendungen und den damit einhergehenden strukturellen Verbesserungen in den neuen Bundesländern bleibt jedoch die Qualität der Infrastruktur Ostdeutschlands weiterhin Gegenstand der öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskussion.

Zur Messung der qualitativen Unterschiede von Verkehrsinfrastruktur – die trotz vorhandener Quantität in Ostdeutschland weiter existieren – gewinnt das Konzept der Erreichbarkeit zunehmend an Bedeutung.

Erreichbarkeitsindikatoren

Seit nunmehr sechs Dekaden wissenschaftlicher Diskussion ist die Zahl von Studien zur Messung von Erreichbarkeit enorm gewachsen. Auf Grund der differierenden Betrachtungsweisen und Ansätze variieren die theoretischen Definitionen und Formen des Begriffes Erreichbarkeit [vgl. RIETVELD und BRUINSMAN (1998)]. Auch ist eine gewisse Diskrepanz zwischen Forschung und Politik wahrnehmbar: Integrale Erreichbarkeitsmodelle mit hoher Datenbasis und hohem Komplexitätsgrad müssen häufig aus Gründen der besseren Kommunizierbarkeit der Anwendung von einfacheren Erreichbarkeitsindikatoren weichen. Eine Vielzahl von Studien arbeitet deshalb mit partiellen, unimodalen Indikatoren.

Nachfolgend sind die in der Literatur am häufigsten genutzten Operationalisierungsformen der Erreichbarkeit angeführt. So weit verfügbar werden beispielhaft Indikatoren aufgeführt, die Aussagen zur Anbindung

* Christos Evangelinos ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Sebastian Ebert ist Diplomand an der Professur für Verkehrswirtschaft und internationale Verkehrspolitik der Technischen Universität Dresden.

ostdeutscher Regionen gestatten. Die Reihenfolge der Indikatoren entspricht der steigenden Komplexität.

Infrastrukturbasierte Indikatoren (infrastructure-based)

Die infrastrukturbasierte Erreichbarkeit [vgl. RIETVELD und BRUNISMA (1998), S. 34 und REGGIANI (1998)] misst die Performance von Transportinfrastruktur („Level of Service“) zum Beispiel anhand von durchschnittlichen Reisezeiten, der absoluten Länge des Autobahnnetzes, Durchschnittsgeschwindigkeiten auf Straße und Schiene, vorgehaltenen Kapazitäten etc. Um interregionale Vergleiche erstellen zu können, werden diese Daten zumeist über die Regionsflächen oder Einwohnerzahlen standardisiert. RIETVELD und BRUNISMA (1998) führen zudem Infrastrukturmerkmale wie Anzahl der Netzanschlüsse (Autobahnanbindung, Flughafenentfernung) oder Anzahl der (Fern-) Verbindungen als quantifizierbare Erreichbarkeitsmerkmale an. Mitunter sind die Ergebnisse dieser Indikatoren im Hinblick auf das Gesamtkonzept der Erreichbarkeit jedoch irreführend: Demnach standen beispielsweise in den neuen Ländern bereits 1998 pro 1 Mill. Fluggästen rund 1.300 m Start- und Landebahnen zur Verfügung (alte Länder rund 500 m), die vorgehaltene Terminalkapazität in Ostdeutschland übertraf die Anzahl der Fluggäste gar um 40 % (Westdeutschland 9 %) [vgl. BEHRING et al. (2000), S. 80]. Den guten Werten für Ostdeutschland fehlen jedoch Aussagen zur Nutzungsintensität oder zu überregionalen Vernetzungsstrukturen. Ebenso werden entscheidende Größen wie z. B. die Attraktivität einer Region gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), zu der Infrastrukturverbindungen bestehen, nicht berücksichtigt.

Durchschnittsindikatoren (weighted average travel-based/locational)

Diese Indikatoren erfassen die durchschnittlichen Reisekosten (Distanz, Kosten, Reisezeit) zwischen Ursprungs- und Zielort [vgl. GUTIÉRREZ (1996, 2001)]. Die Zielorte werden zusätzlich nach verschiedenen Kriterien gewichtet, bspw. der Höhe der wirtschaftlichen Wertschöpfung (BIP) oder der Populationshöhe. Die Mehrzahl der Studien verwendet die durchschnittliche Reisezeit als Variable.

Eine Anwendung von durchschnittlichen Reisezeiten findet sich im „Erreichbarkeitsmodell 2007“ des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (BBR). Abbildung 1 zeigt die bundesweit durchschnittlichen Reisezeiten zum nächsten Oberzentrum in Minuten – mit deutlich schlechteren Werten für Ostdeutschland. Ebenso in Bezug auf Verbindungen zu den wichtigsten Agglomerationszentren Europas, regionalen Anbindung an Mittel-

zentren, bei ICE-Bahnhöfen, Flughäfen und Anschlussstellen von Bundesautobahnen weisen laut BBR-Studie die neuen Bundesländer schlechtere Erreichbarkeitsverhältnisse als die alten Länder (und damit Standortnachteile) auf.

Vorteile dieses Indikators finden sich in der einfachen Interpretier- und Kommunizierbarkeit (z. B. Verkürzung der Reisezeit von Leipzig nach Dresden um 20 min). Nachteile liegen in der Nichtbeachtung der sog. Raumwiderstands- oder Distanzabnahmefunktion, bei der entfernt gelegene Zentren nicht so wichtig wie nahegelegene sind. Zudem mangelt es an der Berücksichtigung verhaltenstheoretischer Komponenten, wie beispielsweise der mikroökonomisch fundierten Verkehrsmittelwahl oder der Reiserouten als Konsequenz von Reisezeitänderungen.

Potenzialindikatoren (economic potential)

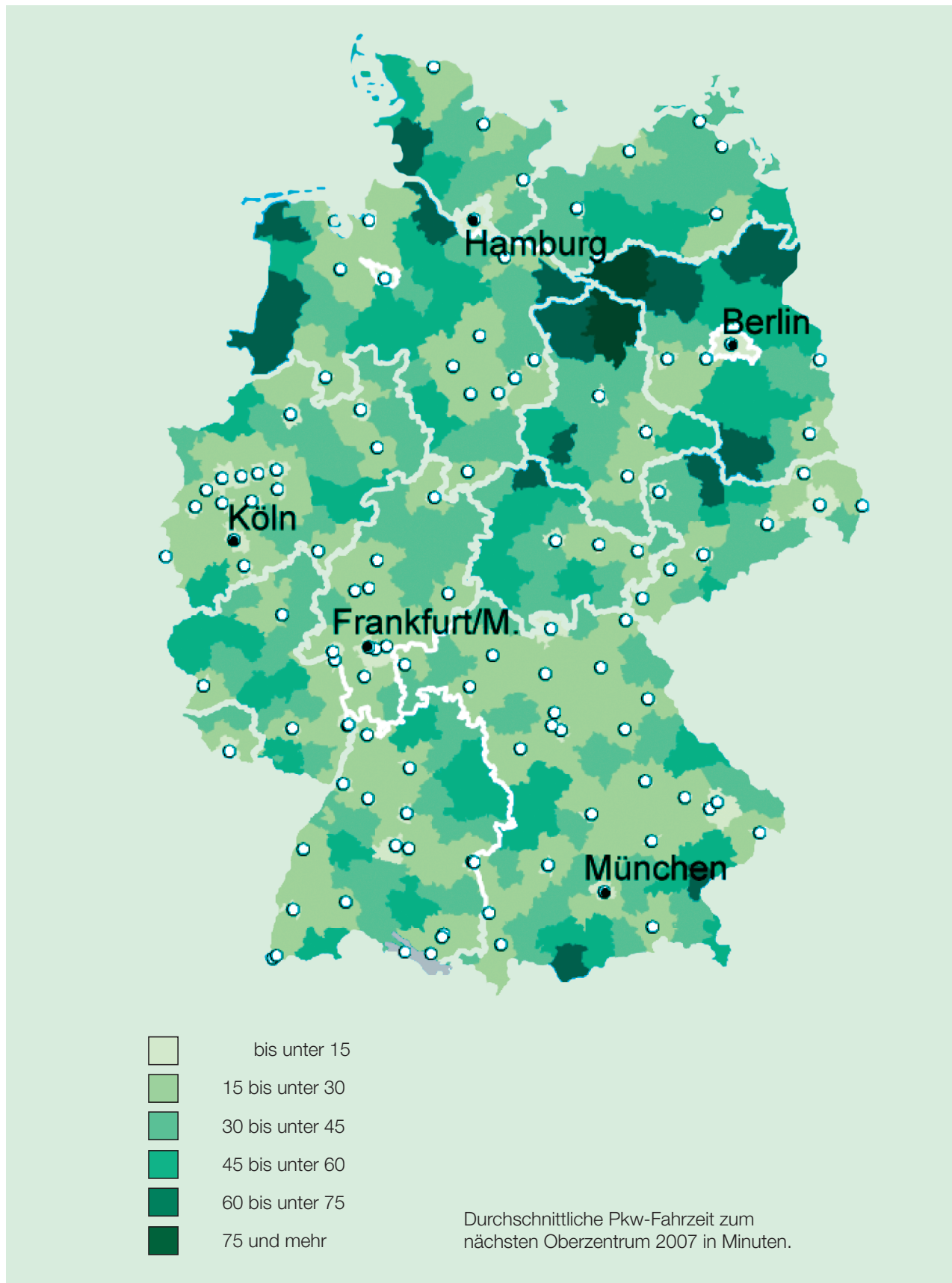
Potenzialindikatoren [vgl. GUTIÉRREZ (1996, 2001)] sind die raumökonomische Interpretation des Newtonschen Gravitationsmodells. Sie berücksichtigen daher, dass jede Region eine Attraktivität hat, die über die reine Entfernung hinaus geht. Dies geschieht in den meisten Fällen mit der Berücksichtigung des lokalen BIP. Insofern kann deren Verwendung dazu führen, dass z. B. Leipzig „näher“ an Dresden liegt als Freiberg, obwohl dies in absoluten Kilometerzahlen nicht der Fall ist. Das Potenzial eines Zielortes wird dabei ins Verhältnis zu den Reisekosten gestellt. Je höher also die Raumüberwindungskosten, desto geringer ist die Attraktivität des Ortes.

Das Modell ist makroskopisch, die Attraktivität des Zielortes bezieht sich demnach immer auf die gesamte Bevölkerung oder die gesamte Wirtschaftsleistung einer Region. Die Bewertung der Attraktivität einer Region mit einer einzigen aggregierten Zahl (Bevölkerung, BIP) spiegelt aber zugleich die Grenzen der Gravitationsmodelle wider.

Kumulationsindikatoren

Ziel dieser Indikatoren ist es, die Anzahl attraktiver Ziele zu messen, die von einem Ursprungsort innerhalb einer bestimmten Zeit (z. B. 240 Minuten) erreichbar sind [vgl. GUTIÉRREZ (1996, 2001) sowie RIETVELD und BRUNISMA (1998), S. 34]. Dabei werden die Ziele typischerweise mit der Einwohnerzahl oder dem lokalen BIP gewichtet. Alle Orte außerhalb dieses Zeitbudgets werden formal nicht berücksichtigt und gelten als unerreichbar. Die häufig verwendete 4-Stunden-Restriktion ist an Geschäftsreisen angelehnt, welche innerhalb eines Tages mit Rückkehr vom Zielort unternommen werden. Eine durch diesen Indikator in Einwohnerzahl ausgedrückte

Abbildung 1: Erreichbarkeit von Oberzentren



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2007).

Erreichbarkeit, beschreibt demnach die Möglichkeit, wie viele Einwohner innerhalb eines Tages erreicht werden können.

Auch dieser Indikator ist einfach zu interpretieren, darzustellen und zu kommunizieren, jedoch werden auch hier alle Attraktivitäten gleich gewichtet, ohne individuelle Überlegungen der Nutzer zu berücksichtigen. So erreichen beispielsweise nach dem „Erreichbarkeitsmodell 2007“ des BBR rund 61 % der westdeutschen Bundesbürger innerhalb von 4 Stunden die wichtigsten 41 europäischen Agglomerationszentren, im Osten hingegen nur 27 % (vgl. Abb. 2). Spalte 3 in Tabelle 1 zeigt, dass sich im Vergleich 2003 und 2007 die Erreichbarkeit wichtiger Wirtschaftszentren für Westdeutschland sogar doppelt so gut entwickelt hat wie für Ostdeutschland.

Um ein umfassenderes Bild der Erreichbarkeit von Städten innerhalb Europas zu erhalten, entwickelten MARTIN et al. 2007 einen Syntheseansatz für die oben beschriebenen Partialindikatoren (Durchschnitts-, Potenzial- und Kumulationsindikator). Untersucht wurde die Veränderung der Erreichbarkeitsindikatoren durch High Speed Train (HST)-Investitionen im Rahmen der Trans-European Transport Networks (TEN-Ts) der EUROPÄISCHEN KOMMISSION. Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse für deutsche Städte. Auch hier sei auf die schlechte Positionierung ostdeutscher Städte (Leipzig, Dresden) hingewiesen. Ein wichtiger Grund hierfür ist die Randlage dieser Städte. Allerdings sind andere Städte trotz Randlage in Deutschland (Aachen, Kiel, Nürnberg) durchweg besser positioniert. Möglicherweise werden die durch die EU-Osterweiterung in 2004 initiierten Infrastrukturmaßnahmen langfristig einen positiven Einfluss auf die Erreichbarkeit der sächsischen Städte haben [vgl. RÖHL (2000)].

Nutzenbasierte Indikatoren

Den im Hinblick auf individuelle Wahlentscheidungen und verhaltenstheoretische Komponenten oben als unzureichend beschriebenen Erreichbarkeitsindikatoren wird durch die Einbeziehung mikroökonomischer Erkenntnisse und der Anwendung von nutzenbasierten Indikatoren Rechnung getragen [vgl. RIETVELD und BRUINSMA (1998), S. 34, MARTIN (2007) und REGGIANI (1998)]. Diese Indikatoren beschreiben Erreichbarkeit als Ergebnis einer Auswahl aus alternativen Transportmöglichkeiten. Nutzenbasierte Indikatoren beheben die Mängel der infrastrukturbasierten Indikatoren und der Gravitationsindikatoren; sie sind deswegen für volkswirtschaftliche Einschätzungen von Flächennutzungs- oder Transportprojekten von erheblicher Bedeutung. Innerhalb politikorientierter, empirischer Studien kommt die Methode allerdings nur selten zur Anwendung. Grund dafür ist

einerseits der erhebliche Datenbedarf und andererseits die Schwierigkeit, die Ergebnisse außerhalb der Fachdisziplin zu kommunizieren.

Zusammenfassung

Trotz der enormen Investitionen in die ostdeutsche Verkehrsinfrastruktur in den letzten 20 Jahren zeigen die oben angeführten Beispiele, dass bezüglich verkehrlicher Anbindungsqualität weiterhin signifikante Unterschiede zu Westdeutschland bestehen.

Das Konzept der Erreichbarkeit gewinnt hierbei seit geraumer Zeit in theoretischer und praktischer Hinsicht an Bedeutung. Eine Vielzahl von raum- und verkehrswissenschaftlichen Forschungszweigen, aber auch Verkehrs-, Infrastruktur- und Stadtplanung verwenden das Konzept – nicht zuletzt, um Aussagen über die Wirkung von Infrastrukturmaßnahmen zu erhalten bzw. durch Vergleiche von Erreichbarkeitsverhältnissen einen Mangel für bestimmte Regionen aufzuzeigen.

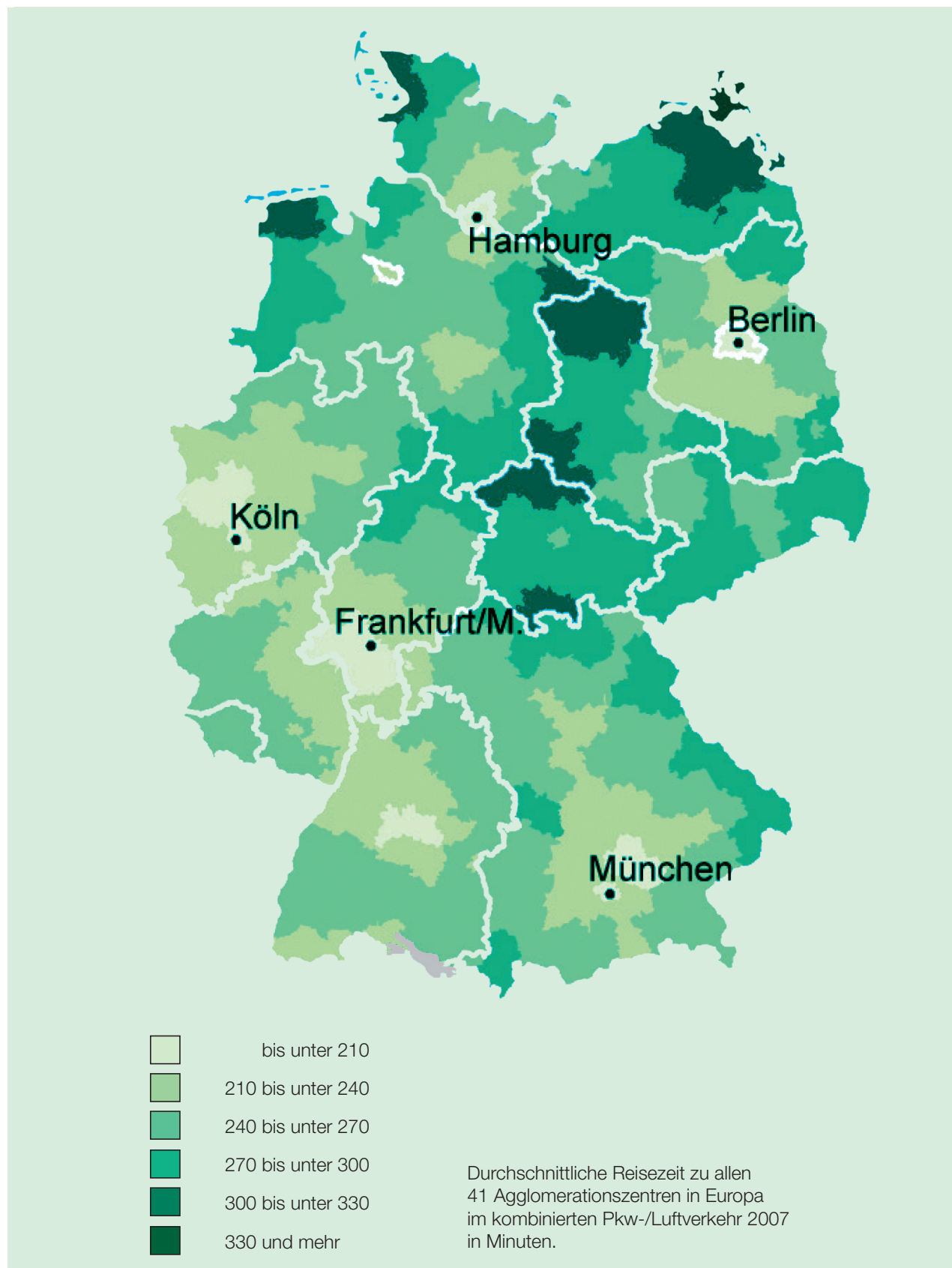
Erreichbarkeit ist jedoch ein Konzept mit mehr als nur einer Komponente. Für eine umfassende und vor allem vergleichende Evaluation des Einflusses von Infrastrukturverbesserungen im Bezug auf Erreichbarkeit bedarf es deswegen der Synthese von Informationen aus den Partialmodellen oder der Anwendung komplexer, verhaltenstheoretischer Wahlmodelle.

Insbesondere für Deutschland fehlt es bislang an einer umfangreichen ökonomischen Beschreibung zum Stand der Erreichbarkeit unserer Regionen. Aus dem oben angedeuteten Ost-West-Gefälle und den daraus abzuleitenden Schlussfolgerungen oder Fragestellungen zu infrastrukturellen Investitionsmaßnahmen ergibt sich ein dringender Forschungsbedarf, einen einheitlichen und vor allem ökonomisch sinnvollen Ansatz zu Bewertung und Vergleich der Erreichbarkeit deutscher Städte und Regionen zu identifizieren. Die so gewonnenen Erkenntnisse können zur langfristigen Steuerung von Infrastrukturinvestitionen beitragen und so regionale Erreichbarkeitsdisparitäten beseitigen.

Literatur

- ASCHAUER, D. A. (1989): Is public expenditure productive? In: *Journal of Monetary Economics*, Jg. 23, H. 2, S. 177–200.
- BRUINSMA, F.; RIETVELD, P. (1998): The accessibility of European cities: Theoretical framework and comparison of approaches. In: *Environment & Planning A*.
- BEHRING, K. et al. (2000). Infrastruktureller Nachholbedarf der neuen Bundesländer. Quantifizierung in ausge-

Abbildung 2: Durchschnittliche Reisezeit zu allen 41 Agglomerationszentren in Europa im kombinierten Pkw-Luftverkehr 2007 (Je dunkler, desto länger die Reisezeit)



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2007).

Tabelle 1: Anteil der Bevölkerung (in %), der innerhalb von 240 Minuten die wichtigsten 41 Agglomerationszentren erreicht

	2003	2007	Veränderung
Bund	44	54	23
Alte Bundesländer	49	61	24
Agglomerationsräume	75	87	
Verstädterte Räume	23	36	
Ländliche Räume	6	11	
Neue Bundesländer	24	27	12
Agglomerationsräume	51	56	
Verstädterte Räume	–	–	
Ländliche Räume	–	0,3	

Tabelle 2: Erreichbarkeitsindikatoren für deutsche Städte mit Data Envelopment Analysis (DEA) – Wert von 1 entspricht höchster Erreichbarkeit

1996 (ohne High Speed Train)				2005 (mit High Speed Train)			
Aachen	0,824	Bremen	0,464	Frankfurt	1	Wuppertal	0,632
Köln	0,624	Mannheim	0,455	Wiesbaden-Mainz	1	Bielefeld	0,608
Essen	0,588	Hamburg	0,433	Köln	0,982	Hannover	0,598
Duisburg	0,586	München	0,417	Aachen	0,966	Berlin	0,519
Düsseldorf	0,583	Berlin	0,415	Duisburg	0,951	Bremen	0,505
Bochum	0,571	Karlsruhe	0,408	Düsseldorf	0,951	Nürnberg	0,455
Dortmund	0,560	Nürnberg	0,384	Essen	0,930	München	0,449
Hannover	0,554	Wuppertal	0,361	Bochum	0,924	Hamburg	0,440
Bielefeld	0,540	Augsburg	0,345	Mannheim	0,885	Augsburg	0,405
Frankfurt	0,529	Kiel	0,313	Karlsruhe	0,864	Kiel	0,320
Stuttgart	0,508	Leipzig	0,266	Stuttgart	0,842	Leipzig	0,294
Wiesbaden-Mainz	0,466	Dresden	0,238	Dortmund	0,789	Dresden	0,253

Quelle: Martin et al. (2007).

- wählten Bereichen bis zum Jahr 2005, ifo Dresden Studien 25, München/Dresden.
- GEURS, K. T.; VAN ECK, R. (2001): Accessibility Measures: Review and Applications. Urban Research Center.
- GEURS, K. T.; VAN WEE, B. (2004): Accessibility evaluation of land-use and transport strategies: review and research directions. In: *Journal of Transport Geography*, Jg. 12, H. 2, S. 127–140.
- GOULD, P. R. (1969): Spatial diffusion. In: Washington, D.C. – Association of American Geographers Resource Paper No. 4, Jg. 1969, No. 4.
- GUTIÉRREZ, J.; GONZÁLEZ, R.; GÓMEZ, G. (1996): The European high-speed train network. Predicted effects on accessibility patterns. In: *Journal of Transport Geography*, Jg. 4, H. 4, S. 227–238.
- GUTIÉRREZ, J. (2001): Location, economic potential and daily accessibility: an analysis of the accessibility impact of the high-speed line Madrid-Barcelona-French border. In: *Journal of Transport Geography*, Jg. 9, H. 4, S. 229–242.
- HANSEN, W. G. (1959): How Accessibility Shapes Land Use. In: *Journal of the American Institute of Planners*, Jg. 25, H. 2, S. 73–76.
- LASCHKE, B. (1998): Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur begünstigen die Wirtschaftsansiedlung in Ostdeutschland. In: *Raumforschung und Raumordnung*, Jg. 56, H. 5, S. 406–413.
- MARTÍN, J. C.; GUTIÉRREZ, J. (2004): Data Envelopment Analysis (DEA) Index to Measure the Accessibility Impacts of New Infrastructure Investments: The Case of the High-speed Train Corridor Madrid-Barcelona-French Border. In: *Regional Studies*, Jg. 38, H. 6, S. 697–712.
- MARTÍN, J. C.; REGGIANI, A. (2007): Recent Methodological Developments to Measure Spatial Interaction: Synthetic Accessibility Indices Applied to High-speed Train Investments. In: *Transport Reviews*.
- RIETVELD, P.; BRUINSMA, F. R. (1998): Is transport infrastructure effective? Transport infrastructure and accessibility : impacts on the space economy ; with 99 tables. Springer, Berlin (Advances in spatial science).
- RÖHL, K.-H. (2000): Der Aufbau der ostdeutschen Infrastruktur und sein Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen. In: *Diskussionsbeiträge aus dem Institut für Wirtschaft und Verkehr*, Nr. 2/2000.
- SICHELSCHMIDT, H. (2003): Zur Frage einer Infrastrukturlücke Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland. In: *Kieler Arbeitspapier*, Bd. 1175.
- VICKERMAN, R.; SPIEKERMANN, K.; WEGENER, M. (1999): Accessibility and Economic Development in Europe. In: *Regional Studies*, Jg. 33, H. 1, S. 1–15.
- WILSON, A. G. (1967): A statistical theory of spatial distribution models. In: *Transportation Research*, Jg. 1, S. 253–269.

Verkehrsinfrastruktur im Freistaat Sachsen

Michaela May und Joachim Ragnitz*

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur gilt gemeinhin als eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Zwar ist eine günstige Verkehrsanbindung einer Region allein nicht ausreichend; eine eingeschränkte Erreichbarkeit ist jedoch durch Vorteile bei anderen Standortfaktoren kaum zu kompensieren. Insbesondere in peripher gelegenen Regionen – und hierzu gehört auch der Freistaat Sachsen – ist ein guter Ausbauzustand der Verkehrsinfrastruktur bedeutsam, um bestehenden Lagenachteile auszugleichen.

Bestandsaufnahme der Verkehrsinfrastruktur

In den vergangenen Jahren wurde in erheblichem Umfang in den Ausbau und die Instandsetzung von Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Staatsstraßen in Sachsen investiert. So konnte die Dichte des Autobahnnetzes im Freistaat im Vergleich zu 1991 um ein Drittel auf 28,8 km/1.000 km² erhöht werden. Damit liegt Sachsen zwar immer noch hinter den westdeutschen Flächenländern zurück, jedoch nimmt es im ostdeutschen Vergleich gemeinsam mit Thüringen eine Spitzenposition ein. Nimmt man alle Straßen zusammen, so ist die Netzdichte in Sachsen sogar höher als im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer,

denn das übrige Straßennetz ist hier besonders gut ausgebaut. Sowohl für Bundesstraßen als auch für Landes- und Kreisstraßen ist die Netzdichte höher als im Durchschnitt aller Länder (vgl. Tab. 1). Die geringe Autobahndichte kann damit zumindest zum Teil kompensiert werden.

Von großer Bedeutung ist in Sachsen auch der regionale Schienenverkehr. In den Jahren nach der Vereinigung wurde das ursprünglich stark ausgebaute Schienennetz zwar um etwa ein Drittel zurückgebaut. Mit einer Netzdichte von 123,3 km/1.000 km² lag Sachsen allerdings auch im Jahr 2008 noch deutlich über den Werten von Ost- und Westdeutschland (110,4 bzw. 89,5 km/1.000 km²). Investitionen in diesem Bereich dienten vor allem der qualitativen Verbesserung des Schienenverkehrs und führten so zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Fahrgeschwindigkeiten im Eisenbahnverkehr.

Schließlich weist Sachsen mit Dresden und Leipzig/Halle auch zwei gut ausgebaute Flughäfen auf, deren Potenzial bislang allerdings nicht vollständig ausgenutzt wird.

* Dr. Joachim Ragnitz ist Managing Director der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung. Michaela May arbeitete als Praktikantin bei ifo Dresden.

Tabelle 1: Dichte der Straßennetze in Deutschland (Straßenlänge in km/1.000 km²)

Stand: 01.01.2009	Auto- bahnen	Bundes- straßen	Landes- straßen	Kreis- straßen	Insgesamt
Brandenburg	26,8	97,7	195,1	102,7	422,2
Mecklenburg-Vorpommern	23,2	85,7	142,8	178,3	430,0
Sachsen	28,8	131,3	258,7	318,9	737,8
Sachsen-Anhalt	18,7	113,7	193,2	209,9	535,6
Thüringen	28,8	107,1	304,3	172,9	613,0
Ostdeutschland	25,1	105,3	210,7	186,8	528,0
Westdeutsche Flächenländer	39,1	116,2	258,4	288,8	702,4

Quelle: Statistisches Bundesamt (2010b und 2010d).

Neben der Anbindung des Standortes in das überregionale Verkehrsnetz ist aber auch die kleinräumige Verkehrsinfrastruktur bedeutsam. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei insbesondere der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Sachsen weist diesbezüglich sehr gut ausgebaute Straßenbahn- und Omnibusnetze auf. Dies gilt – gemessen an der Netzdichte – insbesondere im Vergleich mit den übrigen ostdeutschen Bundesländern (vgl. Tab. 2), worin sich insbesondere die höhere Siedlungsdichte in Sachsen widerspiegelt. Dementsprechend ist auch die Beförderungsleistung im ÖPNV in Sachsen höher als anderenorts in den neuen Ländern. Im Vergleich zu den alten Bundesländern zeigt sich allerdings, dass dort – vor allem wegen der Konzentration des ÖPNV auf die Ballungszentren – noch höhere Beförderungsleistungen erbracht werden.

Fortbestehende Herausforderungen: Anbindung an deutsche und europäische Wirtschaftszentren

Für die sächsische Wirtschaft ist eine gute Anbindung an andere große deutsche und europäische Zentren von enormer Bedeutung. Für viele Unternehmen ist es beispielsweise unabdingbar, in den persönlichen Kontakt mit Geschäftspartnern zu treten. Um dies zu ermöglichen, bedarf es einer gut ausgebauten Infrastruktur, die schnelle und kostengünstige Reisen auch über größere Entfernungen hinweg ermöglicht. Mindestens ebenso wichtig wie die rein quantitative Ausstattung mit infrastrukturellen Einrichtungen ist deswegen auch

deren Qualität. Diese fließen z. B. in die vom BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (BBR) ermittelten Erreichbarkeitsindikatoren ein, die neben der Verfügbarkeit verschiedener Typen von Verkehrswegen auch die Lage im Raum und die Streckenführung sowie – im Bahn- und Flugverkehr – das bestehende Verbindungsangebot berücksichtigen.

Im Straßenverkehr ist die Situation in Sachsen vergleichsweise günstig. So weist Sachsen bei den Pkw-Fahrzeiten zum jeweils nächsten Mittel- und Oberzentrum sowie zu den drei nächstgelegenen Agglomerationszentren in Deutschland ähnliche Fahrzeiten auf wie die westdeutschen Länder und liegt damit deutlich über dem ostdeutschen Durchschnitt (vgl. Tab. 3).

Weniger günstig ist die Anbindung Sachsens im Bahnverkehr. Hierzu wurden für einen beliebigen Wochentag die Zugverbindungen für die Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz auf jeweils neun etwa vergleichbaren Strecken (Entfernung per Luftlinie und Größe der Zielstädte) untersucht (vgl. Tab. 4). Als Referenz wurde die Stadt Nürnberg herangezogen, die eine ähnliche Randlage innerhalb Deutschlands und vergleichbare Einwohnerzahlen aufweist.

Verbindungen von Dresden und Chemnitz aus lagen mit einer durchschnittlichen Luftliniengeschwindigkeit von knapp 55 km/h dabei deutlich hinter denen Nürnbergs (83,9 km/h) zurück. Leipzig profitiert von seiner verkehrstechnisch günstigeren Lage im Streckennetz der DEUTSCHEN BAHN und ist mit einer durchschnittlichen Luftliniengeschwindigkeit von 73 km/h auch schneller erreichbar als die beiden anderen sächsischen Städte.

Tabelle 2: Netzdichten und Beförderungsleistung im ÖPNV

ÖPNV	Straßenbahn- und Omnibusnetz ^a	Beförderungsleistung ^b
Brandenburg	1,59	530,6
Mecklenburg-Vorpommern	1,17	647,7
Sachsen	2,06	832,1
Sachsen-Anhalt	1,26	682,4
Thüringen	1,47	575,7
Ostdeutschland	1,50	678,2
Westdeutsche Flächenländer	2,19	1.266,4

a) Dichte des Straßenbahn- und Omnibusnetzes (Linienlänge) in km pro km² im Jahr 2004. – b) Zurückgelegte Personen-km pro Einwohner im gesamten Liniennahverkehr im Jahr 2008.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2010b und 2010d).

Tabelle 3: Fahrzeiten im Pkw-Verkehr

2007	Erreichbarkeit von Mittelzentren (in min)	Erreichbarkeit von Oberzentren (in min)	Erreichbarkeit von 3 Agglomerationszentren (in min)
Brandenburg	15,9	50,0	117,5
Mecklenburg-Vorpommern	17,9	37,8	142,3
Sachsen	11,1	31,4	102,6
Sachsen-Anhalt	17,0	44,6	120,9
Thüringen	12,1	39,8	138,1
Ostdeutschland	15,0	41,3	123,7
Westdeutsche Flächenländer	10,9	32,4	101,9

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2010).

Tabelle 4: Anbindung der Wirtschaftszentren im Bahnverkehr

	Gesamte Entfernung (km)	Durchschnittsgeschwindigkeit pro Strecke (km/h)	Verbindungen (Anzahl/ Tag)
Dresden^a	1.070	54,8	284
Leipzig^b	1.018	73,0	241
Chemnitz^c	1.027	54,5	247
Nürnberg ^d	1.066	83,9	349

a) Verbindungen nach: Berlin, Chemnitz, Cottbus, Halle, Jena, Leipzig, Potsdam, Prag und Zwickau. –

b) Verbindungen nach: Berlin, Chemnitz, Cottbus, Dresden, Erfurt, Fulda, Jena, Magdeburg und Zwickau. –

c) Verbindungen nach: Berlin, Cottbus, Dresden, Erfurt, Hof, Leipzig, Magdeburg, Prag und Zwickau.

d) Verbindungen nach: Augsburg, Bayreuth, Ingolstadt, Jena, München, Regensburg, Stuttgart, Ulm und Würzburg.

Quelle: Aktuelle Fahrpläne der Deutschen Bahn AG; Entfernung: www.flughafen.org.

Bei der Häufigkeit der Fernverbindungen liegt Nürnberg jedoch abermals deutlich vor Dresden, Chemnitz und Leipzig, was auf eine insgesamt bessere Anbindung Nürnbergs zurückzuführen ist.

Weiterhin wurden die Zugverbindungen von den ausgewählten Städten zu den fünf größten deutschen Städten untersucht. Auch hier bestätigten sich die großen Unterschiede in der Anbindung. Die Luftliniengeschwindigkeiten auf den Strecken von Chemnitz und Dresden lagen deutlich hinter denen Leipzigs und diese wiederum hinter denen Nürnbergs zurück (vgl. Tab. 5). Dies zeigt, dass in Sachsen, auch unabhängig von der geographischen Lage, deutlich mehr Zeit benötigt wird, um die fünf Städte zu erreichen. Dabei fallen die Werte für Leipzig günstiger aus als für Dresden und insbesondere für Chemnitz, das nur durch

Regionalzüge an das Fernverkehrsnetz der Bahn angeschlossen ist.

Unbefriedigend ist schließlich auch die internationale Anbindung Sachsens im kombinierten Flug- und Pkw-Verkehr. Die durchschnittliche Reisezeit zu den 41 wichtigsten europäischen Agglomerationszentren beträgt für Sachsen 277 min, für Westdeutschland jedoch nur 251 min. So werden in Sachsen, allein an der Reisezeit gemessen, durchschnittlich 26 min mehr benötigt, um mit dem Pkw oder Flugzeug ein beliebiges europäisches Agglomerationszentrum zu erreichen.

Dabei wurde in diesem Maß nur die reine Reisezeit betrachtet. Vernachlässigt wurde, wie häufig entsprechende Verbindungen angeboten werden und ob es beispielsweise möglich wäre, Hin- und Rückreise inklusive eines mehrstündigen Aufenthaltes an einem Tag zu

realisieren. Um einen Eindruck darüber zu erhalten, wurde exemplarisch die Anzahl der nationalen und internationalen Abflüge von mehreren vergleichbaren Flughäfen betrachtet (jeweils ohne primär touristische Ziele). Das internationale Flugangebot ist dabei sowohl in Dresden als auch in Leipzig deutlich geringer als in den Vergleichsflughäfen. Allerdings hat zumindest Dresden mit vergleichsweise vielen nationalen Flügen bereits eine relativ gute Anbindung an große deutsche Flughäfen erreicht; für Leipzig gilt dies hingegen bislang nicht (vgl. Tab. 6).

Regionale Differenzierung

Wenngleich viele Regionen Sachsens bereits sehr gut an das überregionale Verkehrsnetz angeschlossen

sind, fallen einige Randgebiete noch immer ab. So liegen beispielsweise der Landkreis Görlitz, der Erzgebirgskreis und der Vogtlandkreis bei verschiedenen Erreichbarkeitsindikatoren deutlich unter dem sächsischen Durchschnitt (vgl. Tab. 7). Dies ist zum Teil zwar der Lage geschuldet, zum Teil aber auch Folge der auf die städtischen Zentren Sachsens ausgerichteten Infrastrukturpolitik der Vergangenheit. Inwieweit es wirtschaftlich sinnvoll ist, diese Nachteile zu beheben, muss zwar im Einzelfall angesichts der prognostizierten demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung genau geprüft werden. Grundsätzlich müssen aber auch diese Regionen so an das überregionale Verkehrsnetz angebunden werden, dass hier die wirtschaftliche Entwicklung nicht durch unzureichende Erreichbarkeit beeinträchtigt wird.

Tabelle 5: Luftliniengeschwindigkeit im Bahnverkehr zu den 5 größten deutschen Städten

Von Nach	Dresden km/h	Leipzig km/h	Chemnitz km/h	Nürnberg km/h
Berlin	55,0	112,5	71,6	82,7
Hamburg	87,0	95,7	82,2	102,9
München	59,8	78,8	66,3	128,6
Köln	73,1	71,3	58,4	84,3
Frankfurt am Main	77,0	84,0	60,2	90,2
Durchschnitt	70,9	83,0	66,2	92,9

Quelle: Fahrplan der Deutschen Bahn für den 10.08.2010; Entfernung: www.luftlinie.org.

Tabelle 6: Anzahl der Abflüge pro Tag

	Internationale Flüge ^a	Nationale Flüge	Gesamt
Berlin	155	127	282
Bremen	15	18	33
Dresden	6	28	34
Hannover	42	21	63
Leipzig/Halle	4	17	21
Nürnberg	14	33	47
Stuttgart	67	61	128

a) Ohne Flüge, die primär Tourismusziele ansteuern. – b) Flughäfen Berlin Tegel und Berlin Schönefeld.

Quelle: Internetseiten der Flughäfen.

Tabelle 7: Erreichbarkeitsindikatoren nach Kreisen

Fahrzeit (in min.)	Auto- bahnen (per Pkw)	Flughäfen (per Pkw)	3 nächste Agglo- merations- zentren (per Pkw)	3 nächste Agglo- merations- zentren (per Bahn)	41 europ. Agglo- merations- zentren (Pkw/Flug)
Chemnitz	7,6	60,7	101,3	83,7	285,7
Dresden	11,6	15,6	73,6	66,3	252,0
Leipzig	13,9	23,4	78,3	43,3	253,0
Bautzen	17,2	42,7	108,3	125,3	273,7
Erzgebirgskreis	30,7	83,3	111,4	155,3	282,4
Görlitz	23,5	73,0	127,6	163,7	292,8
Leipzig	14,3	42,0	92,7	91,2	268,2
Meißen	16,6	33,0	91,5	94,2	267,1
Mittelsachsen	16,6	49,4	93,9	102,3	277,0
Nordsachsen	28,6	48,4	96,9	81,2	275,0
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	17,2	40,3	86,5	90,5	267,7
Vogtlandkreis	13,5	103,8	118,3	116,7	285,3
Zwickau	9,2	76,7	105,0	110,8	292,1
Sachsen	19,2	56,4	102,6	112,3	277,0

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2010).

Literatur

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (Hrsg.) (2010): INKAR 2009 – Indikatoren, Karten und Graphiken zur Raum- und Stadtentwicklung in Deutschland und in Europa, Bonn.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2010a): Bevölkerungsstand: Bundesländer, Stichtag, Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2010b): Gebietsfläche: Bundesländer, Stichtag, Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2010c): Personenverkehr mit Bussen und Bahnen, Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2010d): Statistik der Straßen des überörtlichen Verkehrs, Wiesbaden.

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2010¹

Wolfgang Nierhaus*

Die Wirtschaftsleistung in Sachsen ist im dritten Vierteljahr 2010 weiter spürbar gestiegen. Das preisbereinigte **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** lag um 3,2 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert, die preisbereinigte **Bruttowertschöpfung** um 3,6 % (vgl. Tab. 1). Der Produktionsanstieg war im **Produzierenden Gewerbe ohne Bau** am stärksten (8,5 %). Deutlich zugenommen hat auch die Wertschöpfung im Bereich **Finanzierung, Vermietung und unternehmensnahe Dienstleistungen** (4,3 %) sowie im Baugewerbe (4,2 %). Vergleichsweise moderat nahm dagegen die Wirtschaftsleistung im Sektor **Handel, Gastgewerbe und Verkehr** (0,8 %) und bei **öffentlichen und privaten Dienstleistern** zu (0,6 %). Die Trend-Konjunktur-Komponente des preisbereinigten BIP ist weiter aufwärtsgerichtet (vgl. Abb. 1).

¹ Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNG (VGR) DER LÄNDER ermittelt werden. Zudem werden seitens des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER am 24. September 2010 veröffentlichten Ergebnisse der BIP-Halbjahresrechnung. Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordinierung, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises üblich ist. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/1996 bis Q3/2010 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik siehe W. Nierhaus, Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation, in: Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.

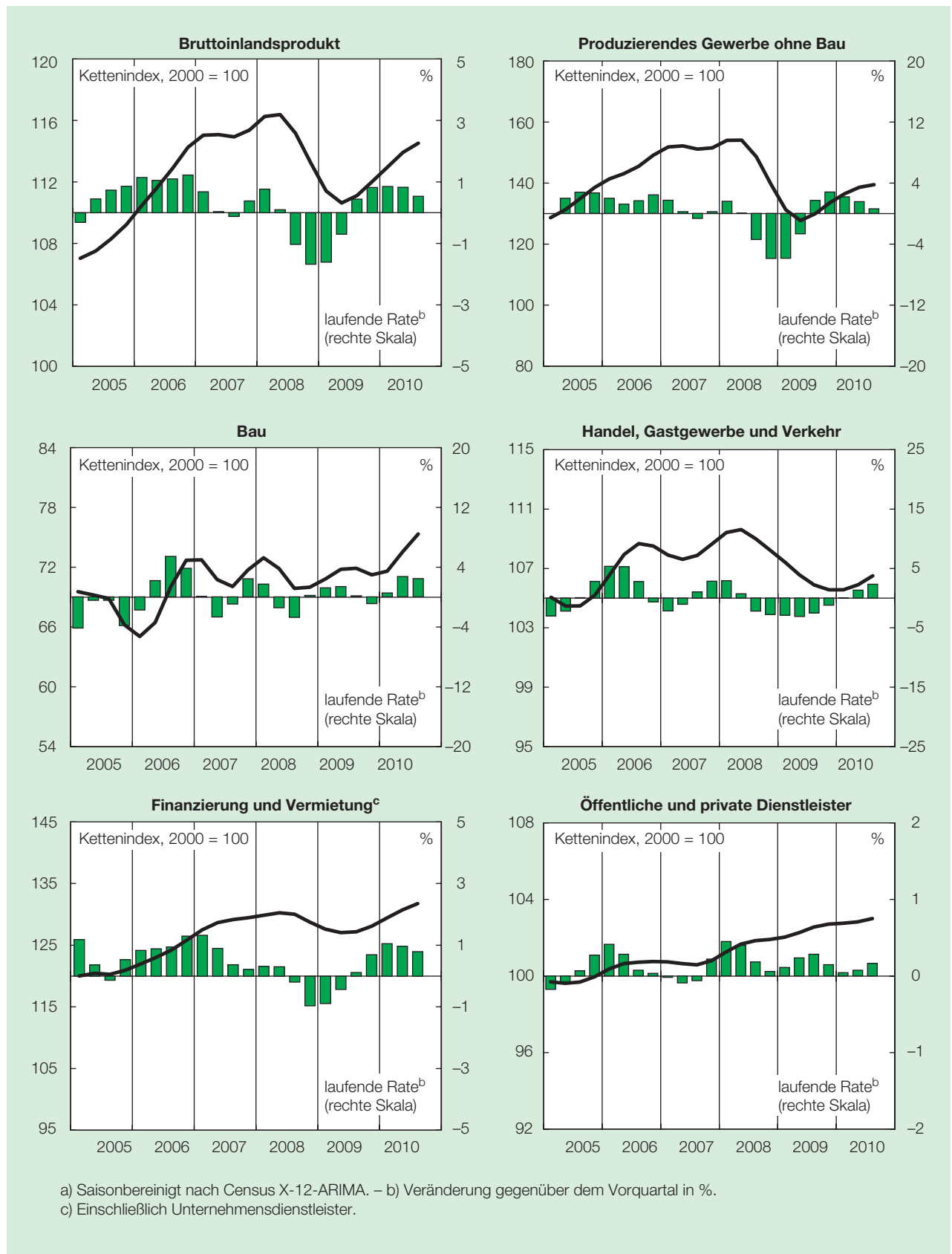
* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen, preisbereinigte Vierteljahresergebnisse

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Gütersteuern abzüglich Subventionen	Bruttowertschöpfung insgesamt	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastge- werbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %									
1 2008	1,1	-1,5	1,4	6,7	1,3	3,6	2,4	1,4	0,6
2 2008	1,3	-1,1	1,6	-0,3	1,9	0,1	2,1	1,8	1,4
3 2008	0,1	-0,6	0,2	-0,5	-2,9	0,8	1,3	0,7	1,7
4 2008	-1,4	0,4	-1,6	-1,9	-6,4	-2,9	-0,9	-0,6	1,7
1 2009	-5,4	-0,1	-6,0	-1,7	-20,3	-4,3	-2,5	-2,1	0,8
2 2009	-5,4	2,2	-6,2	-0,3	-21,4	0,9	-3,2	-2,7	0,8
3 2009	-3,3	1,8	-3,9	1,1	-13,7	2,7	-3,7	-2,4	0,9
4 2009	-1,1	2,7	-1,6	3,5	-7,4	3,1	-1,9	-0,8	1,2
1 2010	1,3	-1,5	1,7	1,9	7,3	-5,2	-2,4	2,0	0,9
2 2010	3,2	-0,5	3,7	1,2	12,0	5,1	-0,7	3,0	0,6
3 2010	3,2	-0,3	3,6	1,4	8,5	4,2	0,8	4,3	0,6

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)^a

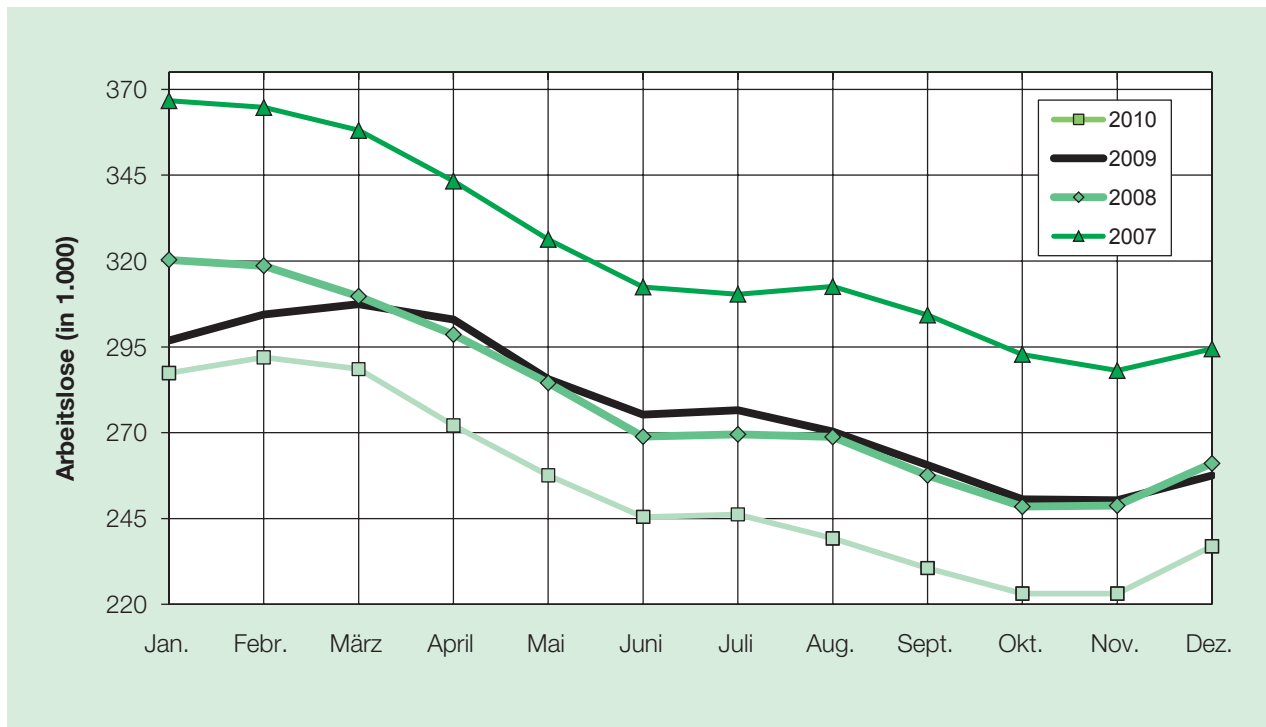


Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

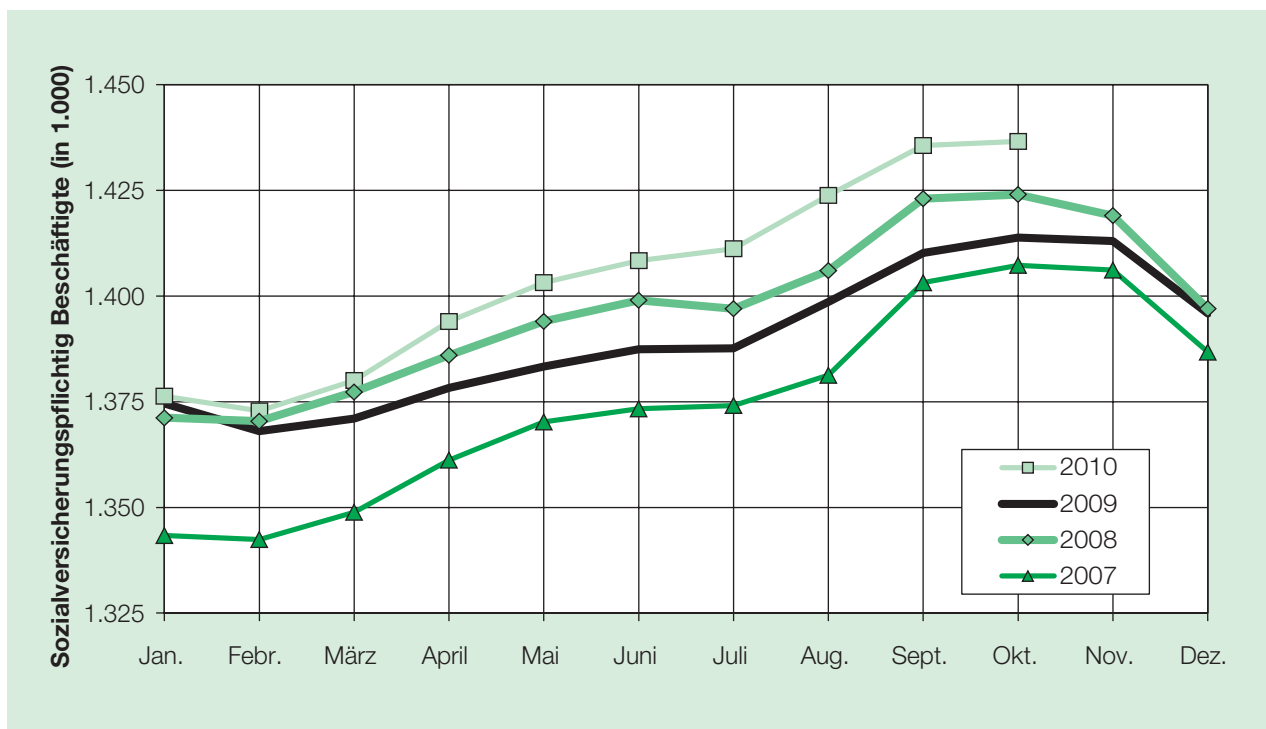
sta

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2007 bis 2010)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2007 bis 2010)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			offene Stellen ^b			Beschäftigungsbegleitende Leistungen ^c		
	Okt. 2010	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2010	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2010	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	764	765	752	7,7	7,9	6,5	15,6	16,5	18,6
Mecklenburg-Vorp.	529	531	526	6,1	6,6	5,2	10,3	10,7	12,6
Sachsen	1.437	1.436	1.413	15,2	16,0	12,4	30,1	31,4	34,0
Sachsen-Anhalt	765	765	757	8,6	9,0	7,0	17,6	18,5	21,3
Thüringen	754	755	738	11,0	12,0	7,9	15,0	15,6	17,9
D Ost (mit Berlin)	5.395	5.395	5.313	59,8	63,2	47,5	107,5	112,2	127,3
D West (ohne Berlin)	22.888	22.879	22.473	320,0	331,0	233,7	232,4	239,2	243,7
D gesamt	28.284	28.274	27.786	379,8	394,1	281,2	340,0	351,4	371,0

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Dez. 2010	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2010	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2010	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	141	132	151	10,6	9,9	11,3	31,6	33,6	33,1
Mecklenburg-Vorp.	110	101	114	12,7	11,7	13,1	23,6	25,1	23,2
Sachsen	237	223	258	11,1	10,5	12,0	35,4	37,3	34,0
Sachsen-Anhalt	135	131	155	11,2	10,8	12,6	34,4	36,5	34,3
Thüringen	106	99	122	8,9	8,4	10,2	30,7	32,6	30,7
D Ost (mit Berlin)	948	902	1.027	11,2	10,7	12,1	32,1	33,7	32,3
D West (ohne Berlin)	2.068	2.030	2.248	6,1	6,0	6,7	32,3	33,2	29,7
D gesamt	3.016	2.931	3.276	7,2	7,0	7,8	32,2	33,3	20,5

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Als gemeldete Stellen gelten der Bundesagentur für Arbeit gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Ab dem Heft 5/2008 von "ifo Dresden berichtet" werden aufgrund fehlender Datenaktualisierungen der amtlichen Statistik die Werte der "Beschäftigungsbegleitenden Leistungen" ausgewiesen. Diese umfassen die "Förderung abhängiger Beschäftigung" sowie die "Förderung der Selbständigkeit". Die Werte sind nicht mit Angaben früherer Hefte zur "Direkten Förderung regulärer Beschäftigung" vergleichbar. – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren. Angaben ohne zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen), da für diese bisher keine vollständigen Daten zu Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

rl

Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Sachsens

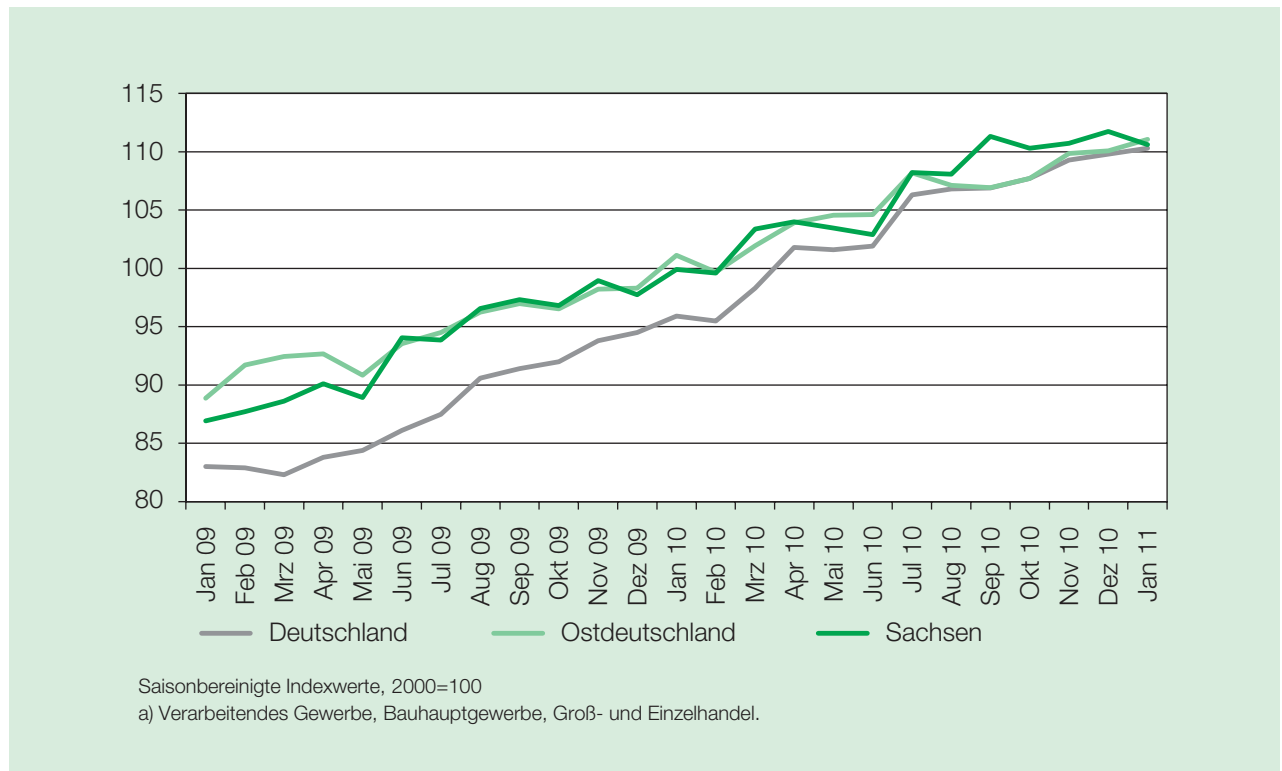
Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im neuen Jahr weiter gestiegen. Während das Geschäftsklima in den ostdeutschen Bundesländern weiterhin im Aufwind ist, verschlechterte sich der Klimaindikator in Sachsen. Ursächlich für diese Eintrübung waren sowohl die weniger guten Einschätzungen der sächsischen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft zu ihrer aktuellen Geschäftslage als auch die nicht mehr so optimistischen Erwartungen an ihre Geschäfte in der nahen Zukunft. Trotz des Rückgangs des Geschäftsklimaindex in Sachsen befindet sich dieser weiterhin auf einem ausgesprochen hohen Niveau.

Schwerpunkt: Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens

Der ifo Indikator für das Geschäftsklima im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe hat sich jüngst erneut etwas verschlechtert. Während die derzeitige Geschäftssituation von den befragten Industriefirmen insgesamt weniger gut als im vergangenen Monat eingeschätzt

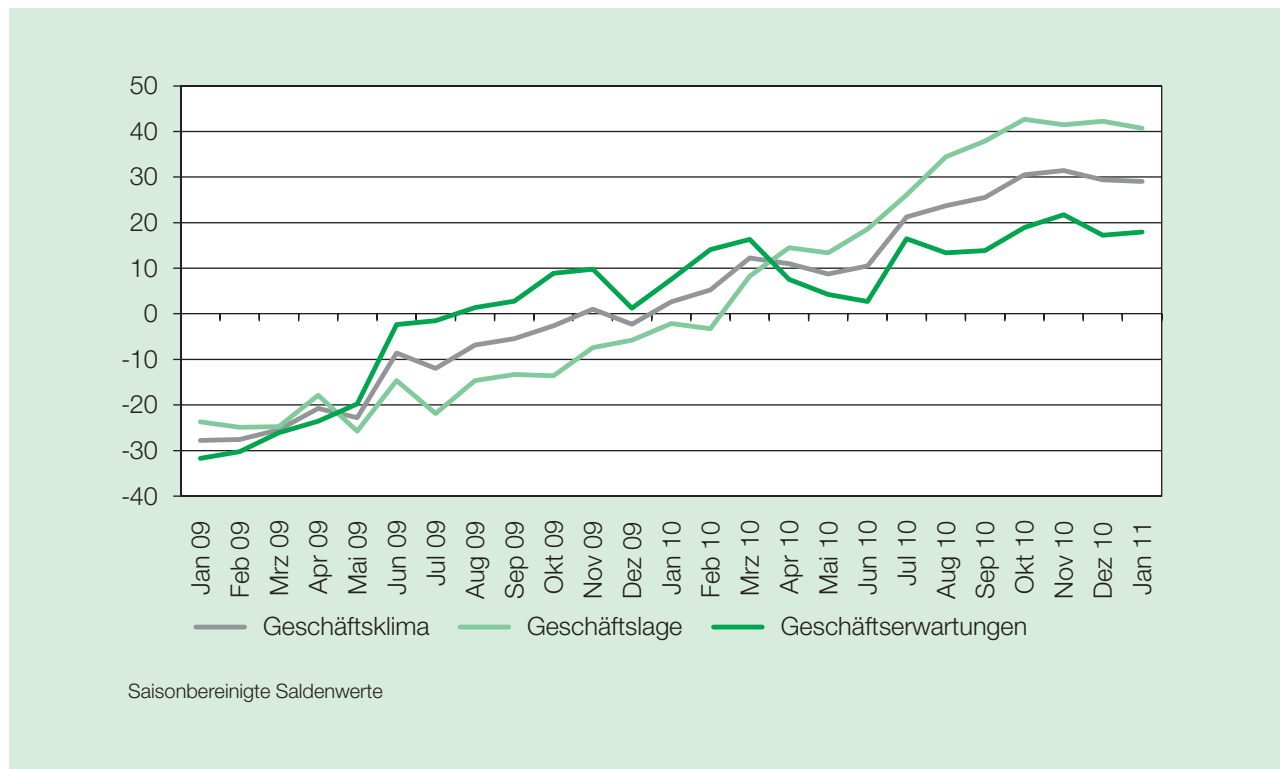
wurde, war in den Angaben zu den Geschäftsperspektiven wieder mehr Zuversicht feststellbar. Momentan rechnet per saldo in etwa jedes fünfte sächsische Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit einer günstigeren Entwicklung seiner Geschäfte in den kommenden sechs Monaten. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung lag den Angaben zufolge im Januar bei 84,9 % und damit geringfügig höher als bei der letzten Befragung (Oktober: 84,0 %). Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Auslastungsgrad sogar um knapp 8 Prozentpunkte. Damit liegt die Auslastung im aktuellen Monat über dem langjährigen Durchschnitt. Insbesondere die Produzenten von Investitionsgütern profitieren zum einen vom Auslandsgeschäft und zum anderen von der erhöhten Investitionstätigkeit im Inland. Bei der durchschnittlichen Reichweite der Auftragsbestände ist im Vergleich zum Vorjahresmonat keine Veränderung beobachtbar; die Produktionsdauer betrug wiederum im Durchschnitt 3,2 Monate. Die befragten Firmen erwarten aus dem Exportgeschäft in den kommenden drei Monaten wieder mehr Impulse als im Dezember. Da sich die konjunkturelle Dynamik im laufenden Jahr abschwächen dürfte, geht das IFO INSTITUT in seiner aktuellen Konjunkturprognose von einem Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe von 6,5 % im Jahr 2011 aus.

**Abbildung 1: Geschäftsklimaindex
Gewerbliche Wirtschaft^a Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 2: Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens und seine Komponenten
die Geschäftslage- und Geschäftserwartungssalden**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest
Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich**

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
Zeitpunkt	4. Quartal 2010	3. Quartal 2010	4. Quartal 2010	3. Quartal 2010	4. Quartal 2010	3. Quartal 2010
Verarbeitendes Gewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,7	2,7	2,9	2,8	3,5	2,9
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	83,0	82,5	81,2	80,0	84,0	81,6
Exportgeschäft – Erwartungen ^b	17,8	18,2	12,1	8,6	9,1	8,4
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	5,2	-0,3	3,9	-4,9	7,2	-0,1
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	13,9	10,5	9,6	8,2	2,4	5,9
Bauhauptgewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,5	2,4	2,2	2,1	2,2	2,1
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	68,5	69,8	70,3	72,0	69,1	70,6
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	-3,5	-8,9	-4,9	-8,9	-5,4	-5,1
Baupreise – Erwartungen ^b	-14,2	-13,8	-16,6	-12,5	-11,5	-7,7
Großhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	41,3	25,0	31,0	30,3	35,3	54,0
Bestellpläne ^b	18,4	11,6	7,4	11,7	23,6	26,6
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	34,3	30,4	32,7	37,1	34,3	21,5
Einzelhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	13,3	16,0	5,3	-1,0	2,3	3,3
Bestellpläne ^b	-0,7	-2,9	-8,9	-7,4	-5,1	-11,7
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	15,8	5,5	27,3	19,4	20,6	8,9
Anmerkung: Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegenüber Vorjahr). a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von positiven und negativen Unternehmensmeldungen.						

Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Am **17. Januar 2011** tagte der **Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung Sachsen** in der Niederlassung Dresden. Im Rahmen der Veranstaltung berichtete Dr. Wolf-Dietmar Speich vom STATISTISCHEN LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN über die Entwicklung der sächsischen Wirtschaft im abgelaufenen Jahr. Uwe Sujata und Sabine Engelmann vom INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (IAB), Regionalbüro Sachsen referierten über die aktuelle Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen. Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden die Prognosen zur konjunkturellen Entwicklung für die Jahre 2010 und 2011 vorgestellt. Dr. Wolfgang Nierhaus, wissenschaftlicher Mitarbeiter des IFO INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG München, erläuterte die aktuelle Deutschlandprognose des IFO INSTITUTS. Michael Kloß und Robert Lehmann, Mitarbeiter der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS, stellten die Konjunkturprognosen für Sachsen und Ostdeutschland für 2010/2011 vor. Die nächste Sitzung des Arbeitskreises wird voraussichtlich Ende Juni 2011 stattfinden.

Ein neuer Workshop wird im Frühjahr 2011 von den Dresdner ifo Wissenschaftlern ins Leben gerufen. Am **04. und 05. März 2011** lädt die ifo Niederlassung Dresden zum **1. Workshop „Arbeitsmarkt und Sozialpolitik“** ein. Der zweitägige Workshop soll ein Forum für aktuelle Forschungsergebnisse aus den Bereichen Arbeitsmarkt und Sozialpolitik bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung von Nachwuchsforschern in diesem Bereich beitragen. Willkommen sind Vortragsangebote sowohl mit theoretischer als auch mit empirischer Ausrichtung aus allen Teilgebieten der Arbeitsmarktforschung und Sozialpolitik. Bevorzugt behandelt werden Papiere, die sich mit den Anforderungen aus einer Gesellschaft im Wandel befassen (Kinderbetreuung, Arbeitsmarktbeteiligung, Alterssicherung etc.). Die Teilnahme am Workshop ist auch ohne Einreichung eines eigenen Beitrags möglich.

Weiterführende Informationen zu diesem Workshop finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Vorträge

Joachim Ragnitz, Managing Director der ifo Niederlassung Dresden, stellte am **21. Januar 2011** der Enquete-Kommission des Sächsischen Landtags in Dresden den Sächsischen Technologiebericht 2009 vor.

Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, referierte am **27. Januar 2011** beim Staatssekretärsausschuss Demographie über die Folgen des demographischen Wandels für den Arbeitsmarkt.

Außerdem hielt Joachim Ragnitz am **11. Februar 2011** anlässlich einer Klausurtagung der CDU in Cottbus einen Vortrag zur Zukunft des Wirtschaftsstandorts Lausitz.

ifo Veröffentlichungen

ifo Dresden Studie 56: Öffentliche Abgaben als Belastungsfaktoren der Unternehmen – dargestellt am Beispiel der Region Leipzig.

Joachim Ragnitz, Anna Montén, Christian Thater, 280 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2010. ISBN 978-3-88512-503-7, 25,- €, zzgl. Versandkosten.

Kommunale Abgaben in Form von Steuern, Gebühren und Beiträgen belasten die regionale Wirtschaft. Als Standortfaktor haben sie Einfluss auf An- und Umsiedlungsentscheidungen der Unternehmen. Die vorliegende Untersuchung diente deshalb dem Zweck, Betroffenheitsgrad und Belastungsniveau der Unternehmen des Kammerbezirkes der IHK zu Leipzig durch kommunale Abgaben in Erfahrung zu bringen. Hierbei wurden die bestehenden Unterschiede im Abgabenniveau zwischen den Städten des Kammerbezirks sowie mit konkurrierenden Standorten in Deutschland ermittelt. In Modellrechnungen wurde außerdem gezeigt, wie sich die Belastung von „Musterunternehmen“ verschiedener Branchen darstellt. Neben einer reinen Betroffenheitsanalyse wurden überdies mit Hilfe einer Ursachenanalyse Determinanten identifiziert, die Unterschiede in der lokalen Abgabenbelastung systematisch erklären können.

Bereits eine Betrachtung intraregionaler Unterschiede in einem eng abgegrenzten Gebiet wie dem Kammerbezirk der IHK zu Leipzig zeigt deutliche Unterschiede bei den lokalen Abgaben. Diese Unterschiede nehmen erwartungsgemäß zu, je weiter der Untersuchungsraum ausgeweitet wird. Die Untersuchung der Abgaben zeigt, dass sich einige Unterschiede auf die Gegebenheiten vor Ort zurückführen lassen (Einwohnerdichte, Situation der öffentlichen Haushalte, Standortattraktivität), andere Abgaben lassen sich jedoch nicht systematisch erklären. Die Ergebnisse der Ursachenanalyse bilden den Ausgangspunkt für eine wirtschaftspolitische Bewertung zur Verbesserung der Standortattraktivität der Gemeinden des Kammerbezirkes der IHK zu Leipzig.

Weitere Veröffentlichungen:

Dittrich, Marcus und Beate Schirwitz: Union Membership and Employment Dynamics: A Note, Economics Letters 110 (2011), S. 38-40.

ifo Dresden Studie 57: Langfristige Prognose der Einnahmeentwicklung für den Landeshaushalt des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025.

Johannes Steinbrecher, Christian Thater, Marcel Thum, 60 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2010. ISBN 978-3-88512-504-4, 15,- €, zzgl. Versandkosten.

Um die sächsische Landespolitik nachhaltig gestalten und für mehr Transparenz aktueller Politikentscheidungen sorgen zu können, erfolgt durch diese Studie eine Fortschreibung der Einnahmeentwicklung des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025. Durch die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise gewinnt diese Thematik zusätzlich an Bedeutung. Darüber hinaus stehen alle ostdeutschen Bundesländer vor dem Problem einer, im Vergleich zum Bundesgebiet insgesamt, stark rückläufigen Bevölkerungszahl. Dies führt zu erheblichen Mindereinnahmen im bundesstaatlichen Finanzausgleich. Gleichzeitig werden bis zum Jahr 2019 die ostspezifischen Transfers an die neuen Bundesländer zurückgefahren. Diese drei Faktoren führen in ihrer Summe zu sinkenden Landeseinnahmen. Ziel des Projektes ist, den Umfang dieses Einnahmerückganges abzuschätzen, um so frühzeitig Handlungsmöglichkeiten für die sächsische Haushaltspolitik abzuleiten.

Die sächsischen Landeseinnahmen werden im Projektionszeitraum voraussichtlich um rund ein Viertel zurückgehen. Während der Rückgang der Bundesergänzungszuweisungen für die Landespolitik einem vorgegebenen Pfad folgt und so frühzeitig in die Haushaltsplanung aufgenommen werden kann, birgt die weitere Entwicklung der Wirtschaftsleistung und damit des Steueraufkommens einige Unsicherheiten. Daher wird es erforderlich sein, diese Langfristprojektion unter Verwendung der jeweils aktuellen Ergebnisse der Steuerschätzung in regelmäßigen Abständen zu aktualisieren.

Diese Publikationen können in der ifo Niederlassung Dresden bei Katrin Behm bestellt werden (Tel. 0351/26476-12, Fax 0351/26476-20 oder per Email behm@ifo.de).

Ragnitz, Joachim: Die ostdeutsche Wirtschaft nach der Finanz- und Wirtschaftskrise: Auf der Suche nach neuen Lösungen, in: Perspektive 21, Heft 47 (2010), S. 27–32.

ifo intern

Beate Schirwitz, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei ifo Dresden, hat zum 01. Januar 2011 die Elternzeit nach der Geburt ihrer Tochter beendet und arbeitet nun wieder als Doktorandin im Forschungsbereich Arbeitsmarkt und Sozialpolitik.

Seit Januar 2011 wird das Team von ifo Dresden durch **Jan Kluge** verstärkt. Er hat an der Technischen Universität Dresden Volkswirtschaftslehre studiert. Im Jahr 2010 hat er dort sein Studium mit einer Masterarbeit zum Thema „Neue Ökonomische Geographie und die Regionalpolitik der Europäischen Union“ erfolgreich abgeschlossen. In der ifo Niederlassung Dresden arbeitet er als Doktorand im Forschungsbereich Regionaler Strukturwandel.

Call for Papers

1. Workshop Arbeitsmarkt und Sozialpolitik

04./05. März 2011

Der zweitägige Workshop soll ein Forum für aktuelle Forschungsergebnisse aus den Bereichen Arbeitsmarkt und Sozialpolitik bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung von Nachwuchsforschern in diesem Bereich beitragen. Willkommen sind Vortragsangebote sowohl mit theoretischer als auch mit empirischer Ausrichtung aus allen Teilgebieten der Arbeitsmarktforschung und Sozialpolitik. Bevorzugt behandelt werden Papiere, die sich mit den Anforderungen aus einer Gesellschaft im Wandel befassen (Kinderbetreuung, Arbeitsmarktbeteiligung, Alterssicherung etc.).

Die Teilnahme am Workshop ist auch ohne Einreichung eines eigenen Beitrags möglich.

Einreichungen:

Vortragsangebote können entweder durch Einreichung von Diskussionspapieren oder Kurzbeschreibungen (2–3 Seiten) erfolgen. Bitte schicken Sie Ihre Angebote bis spätestens 14.01.2011 per E-Mail an die folgende Adresse:

workshopDD@ifo.de

Aktuelle Informationen unter:

http://www.cesifo-group.de/link/_ifodrcomp_b_nd_events

ORGANISATORISCHES:

Konferenzsprache:

Deutsch

Ort:

ifo Institut für Wirtschaftsforschung,
Niederlassung Dresden

Zeit:

04. und 05. März 2011

Teilnahmegebühr:

Keine

Unterkunft:

Die Organisatoren sind gerne bei der Suche nach einer Unterkunft behilflich. Übernachtungskosten, Reisekosten und die Kosten für das gemeinsame Abendessen müssen jedoch vom Teilnehmer selbst getragen werden.

Ansprechpartner:

Prof. Alexander Kemnitz
Alexander.Kemnitz@tu-dresden.de

Wolfgang Nagl
Nagl@ifo.de

Christian Thater
Thater@ifo.de



Institut für Wirtschaftsforschung
Niederlassung Dresden